

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Gaux- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Posen, Böhmen, 1,50 Goldmark für das übrige Ausland 1,50 Goldmark pro Roman.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gleichung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (unlesbar zwei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsätze des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 1/2 des Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Drucken von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Däubhoff 292-295
Verlag: Däubhoff 2506-2507

Donnerstag, den 28. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstraße 3

Klar zum Gefecht!

Fort mit dem Zollhaus vom 4. Mai! — Schafft eine wirkliche Volksvertretung!

Der Reichstag vom 4. Mai wälzt sich in Todeskrämpfen. Kommunisten und Völkische haben ihn gestern zur Kaschemme erniedrigt. Deutschnationale, Völkische und Kommunisten haben gestern bei der namenslichen Abstimmung über das Eisenbahngesetz in zweiter Lesung mehr als ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt — wenn das Ergebnis heute bei der dritten Lesung dasselbe bleibt, kommt die Auflösung: die Erschließung!

Gestern hat die Polizei drei kommunistische Redakteure aus dem Sitzungssaal geholt!

Eine Schilderung des widerwärtigen Vorgangs finden unsere Leser an anderer Stelle. Hier sei nur so viel gesagt: der Eintritt der Polizei in den Reichstag ist von den Kommunisten durch ihr schamloses Verhalten erzwungen worden. Der Reichstagspräsident hatte im Einverständnis mit dem Hause die drei schlimmsten Brügelhelden, die den Abgeordneten Brod auf überfallen und verlegt hatten, ausgeschlossen. Sie weigerten sich, den Saal zu verlassen. Als jedoch Polizei in Zivilerschien, gingen sie sofort. Einer von ihnen schlug sich sogar schon zuvor in die Büsche.

Die Ausweisung der Ausgeschlossenen durch die Polizei vollzog sich in vollkommener Ruhe, ohne Anwendung von Gewalt. Die Kommunisten, die sich gegenüber ihren Reichstagskollegen wie wilde Bestien geberdeten, verhielten sich der Polizei gegenüber wie zahme Vämmer.

Warum gingen sie nicht aus dem Saal, als der Reichstag es verlangte? Warum verschwanden sie schleunigst, als die Polizei sie dazu aufforderte? Weil sie eben zu jener Sorte gehören, die frech ist, solange man sie gewähren läßt, und feig wird, wenn man ihnen Ernst zeigt.

Brennende Scham überkommt einen, wenn man daran denkt, daß diese unwürdigen Gesellen von Arbeitern in den Reichstag geschickt worden sind. Das muß anders werden! Wenn die Arbeiter nicht begreifen, daß Brüllaffen und Kaufbolbe keine Revolutionäre sind, wenn sie nicht mit den Kommunisten Schritt machen, so geben sie ihre eigene Sache verloren. Was wir da erlebt haben, war ein Niedergang ohne gleichen, ein Verzicht auf jegliche Würde, ein völliges Preisgeben und Inschmutztreten aller Ideale der Arbeiterbewegung.

Die Kommunisten schreien nach Amnestie. Wenn sie ernstlich die Amnestie wollen, dann sollen sie aufhören, Taten zu begehen, die in den Augen jedes rechtlich denkenden Menschen Straftaten sind. Sie sollen nicht mehr arme, betörte, verzweifelte Menschen zu Ueberfällen auf Polizeimachstuden verleiten, sie sollen nicht Reichwehroffiziere zum Waffendiebstahl verführen, sie sollen aufhören, die Rechtsordnung, ohne die kein Gemeinwesen leben kann, immer wieder gewalttätig anzugreifen. Wenn heute viele Hunderte oder gar Tausende im Gefängnis sitzen, so ist das ihre Schuld. Die Befreiung dieser Opfer wird sehr bald erfolgen, wenn nur die Kommunisten aufhören, mit einer „Revolution“ zu spielen, die sie nicht machen können.

Die Amnestierung der Opfer der kommunistischen Hehe ist aber noch viel leichter zu erreichen. Im Auswärtigen Ausschuh hat der Reichsminister Dr. Stresemann angekündigt, daß eine Amnestie auch im unbefestigten Gebiet zu erwarten sei, wenn durch Annahme des Londoner Vertrags eine allseitige Amnestie im besetzten Gebiet eintritt. Die Kommunisten brauchen also nur zu tun, was das Arbeiterinteresse ohnehin von ihnen verlangt, sie brauchen nur für die Gesetze zum Londoner Vertrag zu stimmen, um den unglücklichen Opfern, die sie mit frevelhafter Gewissenlosigkeit in die Gefängnisse gebracht haben, den Weg in die Freiheit zu öffnen.

Die Kommunisten lügen, wenn sie sagen, daß sie die Befreiung ihrer Opfer wollen. Sie tun alles, um diese Befreiung zu hindern. Die Amnestie ist ihnen weiter nichts als der Vorwand für den Skandal, der ihnen von Moskau anbefohlen ist, weil die russische Regierung eine Erholung Deutschlands und eine Verständigung der europäischen Völker untereinander mit allen Mitteln zu hintertreiben bemüht ist.

Die Abstimmung über das Eisenbahngesetz, zu dessen Zustandekommen eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, gestaltete sich in zweiter Lesung wie folgt:

Abgegebene Stimmen:	423
Ja:	248
Nein:	174
Enthalten:	1

Soll bei 423 Anwesenden eine Zweidrittelmehrheit erzielt werden, so müssen 282 Abgeordnete mit Ja und nur 141 dürfen mit Nein stimmen. Es fehlten also zur Zweidrittelmehrheit 34 Stimmen, die von der einen auf die andere Seite hinüber-

gehen mühten. Diese Stimmen wären nur bei den Deutschnationalen zu holen.

Etwa ein Drittel der deutschnationalen Fraktion, eher mehr als weniger, mühte heute in dritter Lesung für das Eisenbahngesetz stimmen, wenn dieses mit der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Mehrheit angenommen und die Auflösung vermieden werden sollte. Dreißig bis vierzig Deutschnationale, die gestern noch mit Nein stimmten, mühten heute mit Ja stimmen.

Werden sie das tun? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Zweck des Unfalls würde sein, die Auflösung zu vermeiden und das Wahlergebnis des 4. Mai in einer Bürgerblockregierung zu realisieren. Dazu scheint es aber jetzt zu spät. Lebens- und arbeitsfähig ist dieser Reichstag doch nicht mehr; seine Auflösung ließe sich bestenfalls etwas hinausschieben, nicht vermeiden. Die Deutschnationalen würden aber dann mit gebrochener Front in den Wahlkampf gehen.

Fallen die Deutschnationalen noch um, so fallen sie so tief in den Dreck, daß sie nie wieder hochkommen können.

Noch wird ein letzter Versuch gemacht, ein Rothrücken zu bauen. Die Volkspartei hat gefälligerweise zu dem Mantelgesetz, das alle Gesetze zum Londoner Vertrag zusammenfaßt, einen Änderungsantrag eingebracht, der angenommen worden ist. Der Antrag fordert die Regierung auf, sie solle auf die Räumung des Ruhrgebietes, der Kölner Zone und die Einhaltung des Rheinlandsabkommens hinwirken. Dieser Antrag ist totaler Blödsinn, den sich die Regierung eigentlich verbitten mühte, denn eine Regierung, die sich erst durch einen Reichstagsbeschluss auffordern läßt, das Selbstverständliche zu tun, stellt sich damit ein Armutzeugnis aus. Trotzdem hat sich die Regierung gegen die Annahme dieses lächerlichen Antrags nicht gewehrt.

Zu diesem Antrag hat nun Herr Schulz-Bromberg für die dritte Lesung deutschnationale Abänderungsanträge angekündigt. Diese Anträge wird man sich sehr genau ansehen müssen; sollten sie eine Abänderung des Londoner Vertrags in sich schließen, so würde jeder Abgeordnete, der für sie stimmt, sich die größte Gewissenlosigkeit zuschulden kommen lassen. Der Londoner Vertrag kann nicht mehr abgeändert, er kann vom Reichstag nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Regierung muß, wenn sie vertritt, bleiben will, jeden derartigen Änderungsantrag auf das entschiedenste bekämpfen. Dann aber ist auch die letzte Brücke, auf der die deutschnationale Fraktion den Rückzug aus ihrer verzweifeltsten Lage sucht, gesperrt.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht also dafür, daß es heute zum Klappen kommt, daß der Reichstag aufgelöst wird, daß das Karrenhaus in die Luft fliegt. Dann aber heißt es her an, um dem arbeitenden deutschen Volk eine wirkliche Volksvertretung zu schaffen!

Wenn das deutsche Volk leben will, muß es bei den kommenden Wahlen dem Spuk der nationalistischen Demagogie ein Ende bereiten. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung ihre Würde, ihren Ernst, ihre Aussicht auf den endgültigen Sieg wieder gewinnen will, muß sie sich vom Schmutz des Kommunismus befreien!

Gegen die Feinde der Völkerverständigung, gegen die Gegner des Achtstundentages, gegen die Brotwucherer und ihre blinden Helfer, gegen die kommunistischen Entwürdigter und Verderber der Arbeiterbewegung geht der Kampf!

Sozialdemokraten, Arbeiter Berlins, zeigt, daß es euch mit diesem Kampf ernst ist. Eine erste Gelegenheit dazu ist euch gegeben: diese Nummer des „Vorwärts“ geht in Hunderttausenden von Exemplaren in die Massen als Auftakt zu dem kommenden großen Kampf.

An die Arbeit! Zeigt heute schon, daß ihr morgen siegen werdet!

Schlussabstimmung erst am Freitag!

Der Vorkostenrat des Reichstages beschäftigte sich mit der Geschäftsliste des Hauses. Es wurde betont, daß es kaum möglich sein werde, die entscheidende Schlussabstimmung über die Gutachten Gesetze noch am Donnerstag vorzunehmen, da die dritte Lesung voraussichtlich längere Zeit beanspruchen werde. Es ist also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Schlussabstimmung erst am Freitag erfolgt.

Das Maß ist voll!

Provokateure und Zuschläger — Völkische und Kommunisten

Kommunisten und Völkische sind eins. Kommunisten und Völkische haben gemeinsame Interessen: die Herbeiführung des politischen Chaos. Sie handeln gemeinsam. Die Völkischen decken und verteidigen die Gemeinheiten der Kommunisten und umgekehrt. Das ist die Lehre der schmachvollen Szenen, die sich gestern morgen im Reichstag abspielten. Aber ein Unterschied besteht. Die Völkischen heften und die Kommunisten schlagen. Herr v. Graefe war der Provokateur, und die Kommunisten führten aus, was er wollte — so wie die erregte Masse die Provokationen eines Lockspiegels ausführt. Das ist die wahre Stellung der Kommunisten zu denen um Graefe und Endendorff. Sie sind die Werkzeugzeuge der Provokateure.

Schmachvoll genug, diese Schlägerei, von dem Junker Graefe provoziert, von den rohen, ihm willfährigen Gesellen der kommunistischen Fraktion in Szene gesetzt! Noch schmachvoller aber die folgenden Szenen! Die kommunistische Fraktion besaß die Stirn, in Zwischenrufen sich der rohen Lat noch zu rühmen und ihre Opfer zu beschimpfen. Die Rufe, die bei der Geschäftsordnungsdebatte aus ihren Reihen kamen, waren jeder einzelne ein Beweis innerer Verrohung. Die niederen Instinkte dieser Fraktion waren entsefelt. Nun gab es kein Halten mehr. Der Junker Graefe aber rührte sich von der Tribüne des Reichstages herab laut seiner Provokation, seiner Beschimpfungen! Von der Tribüne des Reichstages herab wiederholte er die widerlich gemeinen Anwürfe, die kein ehrlicher und anständiger Arbeiter jemals in den Mund nehmen würde. Nur eine Erklärung ist dafür, daß ihn nicht ein Sturm der Entrüstung aller anständigen Menschen im Reichstage von der Tribüne herunterfegte: daß alle anständigen Menschen im Reichstage fühlten, daß in diesen Szenen sich das Ende dieses Inflationsreiches im Sumpfe der Gemeinheit vollzog, und daß man diesem Prozeß seinen Lauf lassen muß. In diesen Stunden fiel der dünne Firnis parlamentarischer Anständigkeit von Völkischen und Kommunisten ab, und es erschien die Gemeinheit und Rohheit. Wer den Junker Graefe in diesen Szenen gesehen hat, für den gehört er zu den gerichteten Menschen.

Kommunisten und Völkische sind einander wert. Das sind die Elemente, auf die sich die Deutschnationalen stützen. Mit ihnen gemeinsam stehen die Deutschnationalen in einer Front gegen Lebensinteressen und Zukunft des Volkes. Es ist auch ein Stück Bundesgenossenschaft, daß die „Kreuzzeitung“ die Gemeinheiten des Junkers Graefe verweigert und deckt, und diesen Vorfalle zu einem Angriff gegen die Sozialdemokratie benützt. Und ein Stück geistiger Verwandschaft ist es, daß die Scherl-Presse über die schmachvollen Szenen in einer widerlichen Weise berichtet, die für Deutschland vielleicht noch beschämender ist als die Szenen selbst. Die Herren von dieser Presse stehen mit den Graefe und Grube auf einer Stufe.

Dieser Reichstag geht unter im Sumpfe der Gemeinheit. Gestern Abend schrieb die „Zeit“:

„Besonders kennzeichnend war es, daß die Nationalsozialisten unter der Führung des Herrn von Graefe die Partei der Kommunisten ergriffen. Die Szene war wiederum so schmachvoll, daß die allgemeine Auffassung dahin ging: Das Maß dieses Reichstags ist voll!“

Das ist die Auffassung aller anständigen Menschen. Deutschland kann diesen Reichstag nicht mehr ertragen. Es braucht ein reinigendes Gewitter.

Erklärung der Demokraten.

Brandmarkung Graefes als Provokateur.

Von der Deutschen Demokratischen Fraktion wird mitgeteilt:

Wir nehmen Veranlassung, zu der Mißhandlung unseres Abgeordneten Brod durch einen kommunistischen Abgeordneten folgendes zu bemerken:

1. In sachlicher Beziehung. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich stets dagegen gewehrt, daß die Verbrecher, die von links und rechts mit Gewalt gegen die Regierung anstürmen, amnestiert werden. Der Schutz der Verfassung und damit der Ordnung und der Sicherheit in Deutschland ist eine der vornehmsten Aufgaben der Deutschen Demokratischen Partei. Wenn jetzt anlässlich des Umstandes, daß wir die von den Franzosen im Ruhrgebiet wegen ihres Eintretens für das Deutschtum gefangen gehalten Deutschen befreit wissen wollen, unsere Unterhändler in London auch die

Freilassung der separatistischen Verbrecher haben zugehen müssen, von Kommunisten und Deutschösterreichern eine Freilassung aller politischen Verbrecher gefordert wird, so sehen wir keinen Zusammenhang, der uns veranlassen könnte, unsere bisherige Haltung aufzugeben. Aber auch, wenn man diese Ansicht nicht teilt, lag nicht der geringste Grund vor, daß heute dieser Gegenstand berührt wurde. Mit Recht hat unser Freund Brodau sich auf den Standpunkt gestellt, daß man erst einmal abwarten solle, ob in der Tat das Londoner Abkommen vom Reichstag genehmigt wird und damit die Folge eintritt, daß auch die Separatisten begnadigt werden müssen. Findet, wie gerade die Deutschösterreichern und die Kommunisten das wollen, das Londoner Abkommen eine Ablehnung, so fällt auch der letzte Grund für eine Begnadigung der politischen Gefangenen weg. Unser Freund Brodau hat also völlig richtig gehandelt, wenn er der Freilassung dieses Punktes auf die Tagesordnung und seiner Verweisung an den Ausschuß widersprochen hat. Es wäre für den Fall, daß das Londoner Abkommen im Reichstag angenommen wird, jederzeit möglich gewesen, Freitag diesen Punkt auf die Tagesordnung zu bringen. Für den Fall, daß das Abkommen abgelehnt wird, liegt aber überhaupt keine Veranlassung vor, den bereits vor Wochen vom Reichstag abgelehnten Antrag wieder zu behandeln.

2. In formeller Beziehung aber muß auf das fleißig bedauert werden, daß die geschäftsordnungsmäßige Ausübung der Pflichten eines Abgeordneten zu dem beklagenswerten Vorgang seiner Mißhandlung geführt hat. Die Nationalsozialistische Partei hat sich heute auf Antrags des Abgeordneten Koch von der Tribüne des Hauses dazu bekannt, daß sie anfänglich des Widerspruches Brodau's „raus“ gerufen habe; sie hat zugegeben, daß der Abgeordnete von Graefe mit geballter Faust vor die Stirn der Demokraten getreten ist und den Abgeordneten Brodau als „Jude Brutau“ und als einen „elenden Schuft“ bezeichnet hat und den Abgeordneten Kocell einen „Separatisten-schüler“ genannt hat. Alle diese Beschimpfungen haben dem Präsidenten nicht Anlaß gegeben, auch nur einen Ordnungsruf zu erteilen. Die furchtbare Erregung, in die das Haus durch dieses Vorgehen gekommen ist, hat dann zu den schweren Angriffen eines Kommunisten, dessen Name noch nicht feststeht, auf den Abg. Brodau und zu der sich daran anschließenden Schlägerei geführt.

Der Abg. von Graefe hat heute im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß er die Erregung der Kommunisten über das Vorgehen des Abg. Brodau verstehen könne und hat sich also erneut wieder zu seiner Rolle als Propagateur bekannt. Die Deutsche Demokratische Partei hat auf parlamentarische Sauberkeit und Ordnung von jeher das größte Gewicht gelegt. Dieser Grundbesitz wird die DDB auch in ihrer Stellungnahme gegen das Vorgehen der berufsmäßigen Revolutionäre im Reichstag leiten.

Der Fall Brodau.

Die Kommunisten verachten den Verletzten.

Der demokratische Abgeordnete Brodau verbrachte den größten Teil des gestrigen Sitzungstages im Krankenzimmer des Reichstages, wo ein herbeigerufener Spezialist am rechten Auge eine Verletzung der Hornhaut feststellte. Erst zu den momentanen Abstimmungen erschien er mit verbundenem Kopf im Saal, um seine Stimme abzugeben. Ein Teil der Kommunisten begrüßte ihn mit Hohngelächern, während der andere ziemlich betreten das Gescholten hatte die Freiheit zu rufen: „Gott ist gerecht! Brodau geht es noch besser als den Justizinspektoren.“ Das gänzlich abgestumpfte Haus ertrag auch diese schamlose Herabwürdigung.

Die sozialdemokratische Fraktion war für die Verweisung der Antragsanträge in den Ausschuß. Sie hat den Einspruch, den Herr Brodau im Auftrag seiner Fraktion abgab, nicht verstanden. An dem Urteil über die kommunistischen Prügelhelden wird dadurch aber nicht das geringste geändert. Wenn ein Abgeordneter nicht mehr von seinen geschäftsordnungsmäßigen Rechten Gebrauch machen kann, ohne in Gefahr zu geraten, daß ihm dabei ein Auge ausläuft, dann wandelt sich das Parlament zur Kasse und ein Eingreifen zur Wiederherstellung der Ordnung wird unvermeidlich.

In der sozialdemokratischen Fraktion gab es über die kommunistischen Ausschreitungen nur eine Stimme des Ekels und der Ent-

rüstung. Sie wird in den Arbeitermassen ein millionenfaches Echo finden.

Die Schande der Kommunisten.

Die Ausweisung der drei ausgeschlossenen Kommunisten spielte sich folgendermaßen ab:

Nachdem der Präsident Ballraf die Tribünen hatte räumen lassen, betreten etwa 20 Polizeibeamte in Zivil den Saal. Sie gingen, geführt vom Hausinspektor, durch die Reihen der kommunistischen Abgeordneten und ließen sich die ausgeschlossenen Abgeordneten bezeichnen. Die kommunistische Fraktion begrüßte die Polizeibeamten mit lebhaftem Händeklatschen und Hochrufen auf die Demokratie und die Republik. Die Kriminalbeamten forderten die kommunistischen Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen, und siehe da: was sie dem Präsidenten versagt hatten, taten sie gegenüber den Polizeibeamten gehoramt. Die Abgeordneten gingen sofort und sittsam aus dem Saal. Die übrigen kommunistischen Abgeordneten klatschten frenetisch Beifall. Iwan Rag sah auf einer der vorderen Bänke und lachte über das ganze Geschehen. Während die drei kommunistischen Abgeordneten dem Befehl der Polizeibeamten Folge leisteten, stimmten die Kommunisten die „Internationale“ an. Niemand ist das Kampflied der internationalen Arbeiterklasse so geschändet worden wie durch diese Gesellschaft, die bei einem solchen Schmierenschauspiel diesen Gesang anstimmte!

Die Hinausbeförderten waren Grube und Eppstein. Redermeyer war schon zuvor verschwunden.

Arbeit für Sinowjew.

Die Deutschnationalen fördern den Kommunismus.

In der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 22. August schreibt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Hoegsch:

Der Moskauer Bolschewismus hat im letzten Jahre gesehen, daß der deutsche Kommunismus trotz wirtschaftlich günstiger Voraussetzungen nicht fähig gewesen ist, die Räteherrschaft in Deutschland zu errichten. Er sieht weiter, daß die Londoner Konferenz doch nicht scheitert, vielmehr die Lösung der Reparationsfrage Europa zunächst einmal Ruhe und Ordnung bringt. Hier waren die Gefühle zwiespältig. Man mußte das Gelingen der Konferenz wünschen, weil man vom Kapitalismus Anleihen erhofft, einen wirtschaftlichen Modus vivendi, die Atempause, die man braucht, da man selber mit dem wirtschaftspolitischen Scheitern am Ende ist und im Bankrott der eigenen Wirtschaftspolitik steht. Zugleich aber wußte man, daß der Boden für den Kommunismus in Mitteleuropa nur zu bereiten wäre, wenn das Reparationsproblem ungeklärt bliebe, wenn wieder eine Wirtschaft eintritt, wie im vorigen Jahre in Deutschland als Folge des französischen Ruhreindrucks mit Inflation, Wirtschaftsnote, politischer Unruhe... Es wird gelten, daß man eine kommunistische Revolution nicht allein durch Agitation in ein Land hineintragen kann, sondern daß diese Agitation nur auf Erfolg hoffen kann, wenn sie an vorhandene Notstände, Unordnung und Gärung anknüpfen kann.

Wenn die Deutschnationalen das einsehen und trotzdem das Chaos wollen, das aus dem Scheitern des Londoner Vertrags unweigerlich hervorgehen müßte, arbeiten sie bewußt an der Bolschewisierung Deutschlands — vielleicht in der Hoffnung, später auf den Trümmern ihre eigene Herrschaft errichten zu können. Sie sind Katastrophopolitiker nach innen wie nach außen.

Schulter an Schulter mit den Separatisten.

Ludwigshafen, 27. August. (W.B.) Die Deutschnationalen Schulter an Schulter mit den rheinischen Separatisten, schreibt die „Pfälzische Rundschau“, die die Laitsache verurteilt, daß separatistische Kreise schon heute in Geheimversammlungen auf die Notwendigkeit einer Propaganda für die rheinische Idee nach der voraussetzlichen Ablehnung der Dawes-Befehle im Reichstag hinweisen, mit dem deutschen Wink, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um vom Preußenjoch loszukommen. Wollen die Deutschnationalen, so fragt das Blatt, durch ihre Haltung die Entwicklung begünstigen, dann Göll auf zu dieser traurigen Fahrt.

Die Regierungsunterschrift genügt.

Frankreich macht keine Schwierigkeiten.

Paris, 27. Aug. (Eigener Drahtbericht.) Eine von Herriot in der Kammerdebatte am Samstag auf eine Anfrage gegebene Antwort hatte zu der irrümlichen Auslegung Anlaß gegeben, als ob die französische Regierung, falls im Reichstag die Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz nicht zustandekommen sollte, die auf Grund des Art. 45 der Reichsverfassung gegebene Unterschrift der deutschen Regierung unter das Londoner Protokoll nicht anerkennen werde und sich am 1. September nicht mehr an die Beschlüsse der Londoner Konferenz gebunden halten werde. Diese Auslegung ist, wie unser Korrespondent des „Soz. Parlamentaristenblattes“ von bestunterrichteter Seite erfährt, absolut falsch. Die französische Regierung steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Frage, wie die deutsche Unterschrift zustandekommen wird, eine rein innerdeutsche staatsrechtliche Angelegenheit ist, die die anderen Regierungen nicht berührt.

Im „Quotidien“ vertritt Benoiste Grumbach diesen Standpunkt in eingehenden Darlegungen. Er führt aus, daß man in Berlin begreifen müsse, wenn Frankreich, dessen Parlament die Londoner Abmachungen durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum gutgeheißen habe, eine ähnliche Ratifikation durch den Reichstag verlange. Das wolle aber keineswegs besagen, daß die französische Regierung nicht in vollem Maß der besonderen Lage, in der sich die deutsche Regierung befindet, Rechnung zu tragen bereit sei, oder gar die auf Grund der Reichsverfassung zugelassene vorläufige Unterschrift der deutschen Regierung nicht anerkennen beabsichtige. Es sei völlig unbecorrecht, glauben zu wollen, daß Frankreich dem deutschen Volke irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legen würde, wenn es den politischen Irrtum, den es bei den letzten Wahlen begangen habe, jetzt korrigieren wolle. Die Unterschriften von Marx und Stresemann unter die Vereinbarungen von London können durch die Auflösung des Reichstages nur an Autorität gewinnen. Herriot habe so ausreichende Beweise für seine Verkündigungsbereitschaft gegeben, daß man in Deutschland nicht zu befürchten brauche, daß die französische Regierung eine Auflösung des Reichstages als Vorwand für eine Nichtigkeitsklärung der Londoner Konferenzergebnisse benutzen werde.

Aus der vorstehenden Meldung, insbesondere aus den Ausführungen Grumbachs, die sicher nicht ohne Einverständnis mit maßgebenden französischen Kabinettsmitgliedern erfolgen, glauben wir entnehmen zu können, daß mit der Unterschrift des Londoner Protokolls, die voraussichtlich durch den deutschen Botschafter in London erfolgen wird, auch die Räumungsfristen zu laufen beginnen. Praktisch würde das bedeuten, daß 24 Stunden nach Unterzeichnung die Räumung von Dortmund und Umgebung erfolgt — trotz der deutschnationalen Katastrophopolitiker. Auch in Frankreich ist man anscheinend davon überzeugt, daß der bei einer endgültigen Ablehnung des Eisenbahngesetzes an das deutsche Volk zu richtende Appell die nachträgliche Zustimmung des Reichstages zur Unterschrift der Reichsregierung gewährleistet.

Die Kadau-Internationale.

Belgrader Kommunisten fördern einen Vortrag Vanderveelde's.

Belgrad, 27. August. (Zll.) Western hielt der belgische Sozialistenführer Vanderveelde einen Vortrag im belgischen Arbeiterheim. Einige Kommunisten verurteilten Vanderveelde zu fördern. Es kam zu einer Schlägerei. Die Sozialisten, die in der Mehrzahl waren, drängten die Kommunisten hinaus. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Erst dann konnte Vanderveelde seinen Vortrag beenden. Vanderveelde wird sich in den nächsten Tagen nach Sofia begeben.

General Dawes' Bruder, Rufus Dawes, schiffte sich auf der „Aquitania“ nach Frankreich ein, wo er sich an den Arbeiten im Zusammenhang mit der Regelung der Reparationsfrage beteiligen wird.

Das Industriegut.

Das Jahrbuchverleger des Reichlichen Vereins zu Berlin gibt die Zeitschrift „Der Deutsche“ (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin S. 6) ein Sonderheft heraus, das über die Industriegüter und deren Bedeutung handelt. Das reichhaltige Heft enthält u. a. auch einen Aufsatz des Beamten Dr.-Ing. Walter Kurt Behrend über das Industriegut, dem wir folgendes entnehmen:

Allgemein hat man in den letzten Jahren in den Ländern mit industrieller Entwicklung die Beobachtung gemacht, daß die gewerblichen Betriebe in zunehmendem Maße dazu neigen, aus den Großstädten abzuwandern und sich auf dem Lande anzusiedeln. Die Ursachen dieser Erscheinung sind bekannt. Nicht nur die Steigerung der Grundrente, die vertieft auf die Produktion wirkt und die Industrie mit Ausgaben belastet, die ihre Konkurrenzfähigkeit vermindern, gibt Anlaß zu einer Wanderung des Standortes und zur Abwanderung nach kleineren Arbeitsmärkten; es wirkt ebenso auch die Erfahrung mit, daß sich im allgemeinen auf dem Lande bequemere Arbeitsverhältnisse für die Industrie bieten.

Neben den großen Erleichterungen, die den Großstädten durch eine verstärkte Abwanderung der Industrie aufs Land erwachsen, neben den Vorteilen, die sich daraus für die Lösung der städtischen Wohnungsfrage ergeben würden, bringt diese neue Entwicklung aber noch eine weitere Möglichkeit mit sich. Sie eröffnet nämlich die Aussicht auf eine planmäßige Durchdringung von Industrie und Landwirtschaft und damit auf eine gleichmäßigere Entwicklung der beiden wichtigsten Produktionszweige der modernen Volkswirtschaft, und zwar durch die Einrichtung sogenannter Industriegüter.

Das Industriegut ist ein landwirtschaftlicher Großbetrieb, der einem industriellen Unternehmen auf dem Lande unmittelbar angeschlossen ist und mit ihm sowohl räumlich wie hinsichtlich seiner Organisation, seiner ökonomischen Zwecksetzungen organisch verbunden ist. Die erste und bisher einzige Gründung dieser Art ist das Industriegut der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-B. in Eberswalde, das während des Krieges geschaffen wurde, um den Schwerearbeitern eines dem Rüstungsbedarf dienenden großgewerblichen Betriebes die fehlenden Nahrungsmittel auf dem Wege der Selbsterzeugung zu schaffen und damit ihre bedrohte Leistungsfähigkeit zu erhalten. Das charakteristische Merkmal des Industriegutes besteht in der engen örtlichen Verbindung von Werk und Landwirtschaft. Die Flächen des Werks können also voll ausgenutzt und für Düngermittel nutzbar gemacht werden. Von vielen Seiten wird heute die rationelle Ausnutzung der in den menschlichen Abgängen enthaltenen wertvollen Düngstoffe zur Steigerung der Bodenerträge auch für die städtische und vorstädtische Siedlung gefordert. Beim Industriegut ist dies eine Selbstverständlichkeit. Denn die unmittelbare Verwertung der Flächen trägt nicht nur zur Verbesserung des Bodens bei, sie entsorgt zugleich auch das Werk von den Ausgaben für Latrinabfuhr und Kanalisationsanlagen, die je

nach der Belegtheit des Wertes, recht beträchtliche Höhen erklimmen können.

Was die Arbeiterfrage betrifft, so hat das Industriegut allerdings für die dauernd beschäftigten Arbeiter mit hohen Löhnen zu rechnen, da die Nähe der Industrie in diesem Sinne einen ungünstigen Einfluß ausübt. Dabei ist dem Industriegut andererseits die Beschaffung der Saisonarbeiter, ohne die kein landwirtschaftlicher Großbetrieb bei dem naturbedingten Saisoncharakter der Landwirtschaft auszukommen vermag, wesentlich erleichtert, da das Industriegut für diese Zeiten vermehrten Arbeitsbedarfs aus seiner Belegschaft ohne Schaden eine Anzahl von geeigneten Hilfskräften zur Verfügung stellen kann. Der Umstand, daß diesen Kräften die höheren Industrielöhne gezahlt werden müssen, fällt insofern weniger ins Gewicht, als sie nur für tatsächliche Arbeitsstunden entlohnt werden, dagegen nicht wie die Saisonarbeiter auch für die Zeiten, wo die Arbeit infolge schlechter Bitterung oder anderer Umstände ausfallen muß. Und was für die menschliche Arbeitskraft gilt, gilt auch für die tierische. Auch die Gespanne des Industriegutes können unbeschadet in Perioden des Anbaues und der Ernte Aushilfsdienste im landwirtschaftlichen Betrieb leisten (ebenso können umgekehrt die Gutsgepanne in gegebenen Fällen der Industrie dienstbar gemacht werden). Auch für die Instandhaltung der Geräte und Maschinen stehen dem Gutsbetrieb infolge der engen Verknüpfung mit der Industrie technisch geschulte Kräfte aus den Werkstätten zu Gebote, während umgekehrt das Werk für die Beaufsichtigung seines Fuhrwesens sich mit Vorteil des Leiters der Landwirtschaft bedienen wird. Und wo dem landwirtschaftlichen Betrieb die Hilfsmittel eines industriellen Wertes, wo ihm ständig ein Stab von Ingenieuren und Techniker, von Werkmeistern und Facharbeitern zur Verfügung stehen, wird es an Möglichkeiten, Erregungen und Ratsschlüssen zur Intensivierung des Betriebes nicht fehlen, so daß das Industriegut geradezu als das gegebene Versuchsfeld für neue Erfindungen auf dem Gebiete der Industriellierung gelten kann.

Es ergibt sich aus dieser Betrachtung, daß durch die innige Verbindung zweier an sich heterogener Produktionszweige die Produktion und Rentabilität beider gesteigert wird. Auch indem das Industriegut die Erweiterungsgründe des Wertes, die andernfalls als Bruchland unangetastet bleiben und lediglich Zinsverluste verursachen, in Kultur nimmt, hebt es nicht nur die Wertverträge, sondern schafft zugleich durch Erweiterung des Nahrungsraumes einen nicht zu unterschätzenden Gewinn für die Allgemeinheit.

In sozialer Hinsicht endlich hat das Industriegut eine bedeutende Mission zu erfüllen. Nicht nur, daß es im allgemeinen die Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Werkangehörigen erleichtert und ihnen eine wesentlich bessere Lebenshaltung ermöglicht, es bietet auch der Militär- und Altersfürsorge besonders günstige Bedingungen und trägt dazu bei, daß der Kindersterblichkeit durch Gewährung ausreichender Milchstoff entgegen gewirkt werden kann. Und schließlich schafft das Industriegut mit seinen wogenden Feldern

und blühenden Gärten auch der Fabrik einen natürlichen Rahmen, der das Werk als Ganzes umfaßt und in die umgebende Natur als organisch gewachsenes Gebilde einleitet. Daß eine solche Umgebung lebend auf die Arbeitskraft und Lebensfreude der Wertangehörigen wirkt, liegt fest, auch wenn es bisher nicht möglich gewesen ist, diese Wirkungen statistisch zu messen.

Das Wesen des Industriegutes liegt in dem engen Wechsel und Nüchternheit von Industrie und Landwirtschaft. In dieser vollkommenen und unigen Verbindung landwirtschaftlicher und gewerblicher Siedlung stellt es im kleinen die Lösung der großen bevölkerungspolitischen Aufgaben dar, welche den Ausgleich zwischen Stadt und Land bezwecken.

Mars-Beobachtungen. Die abschließende Bewertung der Marsbeobachtungen in den Tagen seiner größten Erleuchtung liegen begründeterweise noch nicht vor. Außerdem bleibt unser Nachbarplanet auch noch auf längere Zeit in großer Reichweite, so daß noch weitere Ergebnisse abgewartet werden können. Soweit aber läßt sich jetzt schon sagen, daß keine der sensationellen Erwartungen erfüllt wurde, von denen oberflächliche, besonders amerikanische Reporter ja sprachen. Rätselhafte Radiomeldungen, die aus Kanada gemeldet wurden, aber vor uns abschließend nicht weitergegeben wurden, dürften auf über vorkommende atmosphärische Störungen zurückzuführen sein. Auch angebliche neue Entdeckungen der Hamburger Sternwarte, wie sie wenigstens Wolff meldete, waren „olle Kamellen“.

Es dürfte zutreffen, was zusammenfassend der Observator der Münchener Sternwarte, Dr. C. Eilberner, in den „M. N. N.“ feststellt:

Bis jetzt sind noch keine „Ueberraschungen“ bekannt geworden, vorausgesetzt, daß man etwa der Umdeutung eines neuen, bisher nicht gedeuteten Flecks auf der Marsoberfläche keine allzu große Bedeutung beimißt. Daß die Marsatopographie im allgemeinen eine gewisse Förderung erfahren wird, steht wohl außer Zweifel. Aber das wird auch jedem, der weiß, was er von dem Ereignis zu erwarten hatte, vollaus genügen. Von einem gewissen Interesse werden vielleicht auch die photographischen Aufnahmen der Marsoberfläche werden. Solche sind schon bei einer früheren Gelegenheit aus dem Wertes-Observatorium bei Chicago hergestellt worden und zeigen Details, wie man sie nur in einem sehr guten Fernrohr sehen kann. — Daß gewisse Träume dagegen sich nicht verwirklichen werden, das läßt sich allerdings, auch ohne nähere Nachrichten abzuwarten, jetzt schon sagen. So vor allem die Verdrängung mit den Marsbewohnern mit Hilfe optischer Abstrahlungen, von der man überall in den letzten Tagen reden hörte. Dazu ist nämlich gerade die Zeit, wo der Mars in Opposition, also der Erde am nächsten steht, die ungünstigste. Denn dann steht man vom Mars aus die Erde überdacht nicht, weil sie für die Marsbewohner ja am Tag am Himmel steht!

Wenn ich häßlich wäre... „Wenn ich häßlich wäre, nicht bloß wenig häßlich, sondern geradezu furchtbar häßlich,“ schreibt die englische Schauspielerin Gladys Cooper, die für die schönste Frau Englands gilt, „dann würde ich mich genau so glücklich fühlen wie jetzt. So wahrhaftig glücklich! Ich meine damit nicht, daß

Gewerkschaftsbewegung

Kleinarbeit!

Man spricht nicht viel über die Kleinarbeit — solange sie besorgt wird. Denen, die sie verrichten, gilt sie als selbstverständlich und damit auch all die mit ihr verbundenen Mühen. Doch die Zahl derer, die sich der Kleinarbeit unterziehen, ist noch nicht groß genug, weil sie nie groß genug sein kann. Die Lust und Liebe zur Kleinarbeit war manchem Genossen unter den kommunistischen Quertreibereien vergangen. Doch der Miskmut schwindet wieder, Einsicht und Vertrauen zur Organisation machen sie wieder geltend. Die Kleinarbeit muß einlegen, um die alte Geschlossenheit wiederherzustellen!

Jedes Gewerkschaftsmitglied muß sich auf seine Weise, nach seinen Kräften an der Kleinarbeit beteiligen! Keiner braucht darauf zu warten, bis er einen besonderen Auftrag dazu bekommt oder zu irgendeinem Komitee gewählt wird. Als Verbandsmitglied hat jeder und jede die Pflicht, für die Ausbreitung, Stärkung und Geschlossenheit seiner Organisation zu wirken. Heute mehr denn je!

Wir haben abzurechnen mit der Reaktion auf sozialem Gebiete, abzurechnen mit der systematischen Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung, wie auch mit der gelben und der pulverroten Quertreiberei. Zunächst aber sind wir noch in der Abwehr gegen die Unterdrückungsaktionen der deutschen Arbeitgeberverbände. Von all den Unorganisierten, die nach dem November 1918 den Gewerkschaften zuströmten, um zu ernien, wo sie nicht gefüt hatten, sind viele längst wieder der alten Gleichgültigkeit verfallen, weil sie nicht aufgeföhrt werden konnten, da in dem ersten Wirtwart alles drunter und drüber ging. Es ist höchste Zeit, diese Gleichgültigen wieder aufzumuntern, auch die „Beitragsparer“ näher anzusehen, wie all den Außenleitern klar zu machen, was sie zu tun haben, ihnen zu sagen, wie die Dinge stehen.

Jeder Gewerkschaftsmitglied, der weiß, warum er organisiert ist, kann einem Unorganisierten oder Nichtmehrorganisierten begreiflich machen, daß auch er sich in Reih und Glied stellen muß. Wird so von allen überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern die Tätigkeit der Funktionäre durch mündliche Agitation, Heranziehung neuer Mitglieder, regelmäßige und pünktliche Beitragszahlung unterstützt, bekommen auch die Funktionäre wieder mehr Freude an ihrer Tätigkeit, und diese Wirkung pflanzt sich weiter über die Ortsverwaltungen bis in die Verbandszentralen.

Mit Recht waren wir früher stolz darauf, daß uns die Kleinarbeit niemand nachmacht. Von dem fanatischen Sekten-eifer der Kommunisten haben wir uns vielfach darin übertreffen lassen. Der Spuk ist verflohen, der Bann ist gebrochen! Alles hängt von unserer Kleinarbeit ab, auf die Kleinarbeit kommt es an, um unsere Gewerkschaften wieder größer und stärker zu machen.

Metallarbeiter vor die Front!

Vor dem Kriege waren die Metallarbeiter der Kerntrupp der organisierten Arbeiterschaft. In der Kriegszeit selbst haben die Metallarbeiter bewiesen, daß sie sich auch dem damals in der Metallindustrie herrschenden Militarismus nicht beugen. Im Jahre 1919 kam es in Berlin zu der großen Bewegung zum Abschluß eines Tarifvertrages. Wochenlang standen die Berliner Metallarbeiter im Kampfe. Das Ziel, das sie sich gesteckt hatten, konnte nicht ganz erreicht werden. Vergeblich suchten die Unternehmer ihnen

die erzwungene Tarifposition freistig zu machen.

Außer in der Inflationsperiode wurde die Kampfbasis zugunsten der Metallindustriellen verschoben.

Bis zum Juli 1923 war es noch möglich, alle Differenzen zu überbrücken. Die Metallarbeiter mußten wieder in die vorderste Kampfreihe treten um die Zahlung wertbeständiger Löhne. Der Verband Berliner Metallindustrieller stemmte sich mit aller Macht dagegen, dennoch sah er sich nach kurzer Zeit gezwungen, von seinem Standpunkt abzugehen. Die einheitsliche Lohnwache wurde eingeföhrt, der Lohn wurde früher ausgezahlt und eine sogenannte Inderberechnung geschaffen.

Doch kaum hatten die Arbeitgeber bemerkt, daß die Einigkeit der Arbeiter in den Betrieben gelockert war, als sie neue Schwierigkeiten machten, was sich zuerst beim Uebergange vom Papier- zum Geldlohn zeigte. Die Unternehmer nützten

die organisatorische Zerissenheit der Arbeiterschaft nach besten Kräften aus. Die Berliner Metallindustriellen traten als Preisfechter für die gesamte Industrie in den Vordergrund. Die Parole war: Zerreißung des Tarifvertrages, Zurückdrängung der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung des Achtstundentages, Herabsetzung des Reallohnes und die „Reinigung“ der Betriebe von „unproduktiven Elementen“. Die Scharfmacher im BZM, gingen weiter dazu über, den Berliner Metallarbeitern ab

1. Januar 1924 einen Lohnabzug zu diktiert. Es gelang der Organisation, auch diesen Anschlag zurückzuweisen.

Anstatt nun aus all diesen Vorgängen die Lehre zu ziehen,

die Einheit der Belegschaften wiederherzustellen,

gingen die Quertreiber von rechts und von links dazu über, Sonderorganisationen zu gründen, um so die Front der Arbeiter vollends zu schwächen. Die Gelben tauchten wieder auf, und die ihnen verwandten „Vaterländischen“, die „Revolutionäre“ aber gründeten die „B.D.“, die „Union“ der Hand- und Klopfarbeiter und obendrein die sogenannte „Industrie-Organisation, Gruppe Metall“. Der Kampf der Arbeiter untereinander begann erst recht, und die Unternehmer waren in diesem Streit der

SPD.-Fraktion der Gemeinde- u. Staatsarbeiter!

Montag, den 1. September, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25:

Fraktionsversammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Paul Löbe: Das Sachverständigen Gutachten und die Arbeiter. Fraktionsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung müssen alle SPD.-Genossen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erscheinen. Sympathisierende können durch Genossen eingeföhrt werden und sind willkommen. Sorge jeder für guten Besuch! Der Fraktionsvorstand.

schende Dritte. Die Folgen zeigten sich bald. Längere Arbeitszeit und niedrigere Reallohne sind das Ziel, das die Unternehmer sich gesteckt haben und konsequent verfolgen.

Für all die Kämpfe, die uns bevorstehen, gibt es daher mehr denn je

die Gleichgültigen und Verzagten aufzurütteln,

ihre Selbstbewußtsein zu stärken, sie wieder den Reihen der Organisation einzugliedern. Die „radikalen“ Redensarten, der Verband sei keine Kampforganiisation mehr, werden durch die Tatsache Lügen gestraft, daß die Hauptmasse in der Zeit vom 1. April bis 4. Juni 1924 1142.000 Goldmark, die Verwaltungsstelle Berlin außerdem 117.000 Goldmark für Streiks aufgewandt hat. Die Erwerbslosen- und die Krankenunterstützung werden in aller nächster Zeit wieder eingeföhrt werden.

Kurzum: Es gibt für die Metallarbeiter Berlins nur eins: in die Organisation,

hinciu in den Deutschen Metallarbeiterverband!

„Sozialpolitik“ bei Osram.

Seit Monaten baut auch die Industrie ob. Ein willkommener Anlaß für die Verteilungen, „mißliebige Elemente“, vornehmlich Vertrauensleute der freien Gewerkschaften, abzubauen.

Seit Einführung des Betriebsrätegesetzes sind die Betriebsräte, besonders wo es sich um geschulte und klassenbewußte Leute aus den freien Gewerkschaften handelt, den Herren der Industrie ein Dorn im Auge. Endlich, endlich gibt es eine legale Art, diese Störenfriede los zu werden. Die ganze Schar der arden und keinen Spund ist jetzt eifrig an der Arbeit, Mittel und Wege zu suchen, um auf „Abbau“ die Zustimmung der Arbeitsgerichte zur Entlassung der Vertrauensleute von Arbeitern und Angestellten durchzusetzen. Daß man neben dem Abbau auch alle anderen Winen springen läßt, dafür ein Beispiel:

Der langjährige Betriebs- und Angestelltenratsvorsitzende des Werkes Osram, Charlottenburg, Kumm, hatte den Unwillen seiner Direktion erregt, so daß man ihm, koste es was es wolle, aus dem Betriebe entfernen wollte. Kumm ist alter Funktionär des BZM, Mitglied der Tarifkommission u. a. m., und ist seiner Direktion genau so unangenehm, wie er sich der Achtung seiner Kollegen im Betriebe wie in der Gewerkschaft erfreut.

Da er auch dem „Wertgemeinschaftsgedanken“ beim Osram-Konzern im Wege ist, sollte er verschwinden. Beweis: Der jetzige Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Firma, Herr Jungheim, plähte in der Erregung heraus: „Wir verzichten lieber heute wie morgen auf Ihre Dienste. Wir zahlen Ihnen noch Geld zu, wenn Sie gehen.“ u. a. m.

Bei dieser Einstellung ist es verständlich, daß Kumm schikaniert wurde wo nur möglich. Eine Verwarnung nach der anderen traf ihn, bis eine Klage vor dem Arbeitsgericht das gut vorbereitete Werk endlich krönen sollte. Kumm hatte sich vor dem Kaufmannsgericht wegen wiederholter „grober Pflichtverletzung“ zu verantworten.

Der Verlauf der Verhandlung entsprach allerdings nicht ganz den Wünschen der Klagen. Die Klage wurde einstimmig abgelehnt. Es blieb übrig: ein Wandel an Kenntnissen des Arbeitsrechts, eine Fülle leichtfertiger Anwürfe und der Nachweis sorgföhter Schikanen, auf Sollkonto der Klagen, die einem Unternehmen, wie der Osram-Konzern es sein sollte, nicht zur Ehre gereichen.

Für den Beklagten und seine Organisation, den BZM, bedeutet diese Verhandlung einen Erfolg und eine Genugtuung, die im Interesse der Arbeitnehmerbewegung nicht hoch genug einzuschätzen sind.

Unseren Kollegen in den Betrieben sollte dieser Vorfall ein erneuter Beweis dafür sein, daß es noch nicht ganz nach dem Belieben

der Herren Arbeitgeber und ihrer Synbdi geht, wenn die Angestellten eingedenk ihrer Klassenlage statt der „lieben Wertgemeinschaftler“ allüberall solche Kollogen zu ihren Vertretern wählt, die neben der nötigen Entschiedenheit auch die Kenntnisse aufbringen, die erforderlich sind — auch heute noch — den Nachweis zu erbringen, daß es nicht allein nach dem Wohlwollen der Herren Arbeitgeber geht.

Die freien Gewerkschaften und ihre Funktionäre sind auch unter den schwierigen Verhältnissen der Zeit das einzige Bollwerk gegen Willkür und Uebergriffe der Arbeitgeber. Wenn alle Kollegen in den Betrieben diese Erkenntnis sich zu eigen machen würden, läße es in vielen Betrieben anders aus. Hoffentlich lernen das die Angestellten erkennen, solange es noch Zeit ist.

Der Streik im Sägewerk Sobrechtsfelde.

Die Streikleitung schreibt uns: Am 26. August schrieb der „Polst-Anzeiger“, daß vier Fünftel der Arbeiter im Streik stehen und der Rest weiter arbeite. In Wirklichkeit sind zwei Kriegsbeschädigte und der Heizer im Werk geblieben. Wenn die Betriebsleitung glaubt, mit diesen drei Arbeitern ohne geschultes Personal in kommender Woche den Betrieb aufnehmen zu können, so zeugt dies entweder von Unkenntnis des Betriebes oder aber einer ebenso starken Täuschung der Berliner Bevölkerung. Die Behauptung, der Aufsichtsrat der Güter-G. m. b. H. habe eine tarifliche Neuordnung mit den Arbeitern des Sägewerks abgeschlossen, steht auf demselben Blatt. Trotz Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 25. Juni, in dem der Sägewerksdirektion aufgegeben wurde, durch Sonderabkommen die von der Stabgüter-G. m. b. H. in den übrigen Betrieben durchgeführten Tarifbestimmungen über Urlaub, Kronenlohn sowie Kündigungsschutz, ruhelohnberechtigter Arbeitnehmer abzuschließen, lehnte die Betriebsleitung alle Verhandlungen ab.

Auch die Löhne der Kammereiarbeiter waren festgelegt. Trotzdem nun die Löhne der Berliner Arbeiter 47 Pf. betragen, zahlt die Betriebsleitung immer noch einen Stundenlohn von 40 Pf. Es wird sich ja in nächster Zeit herausstellen, ob der Aufsichtsrat das Verfahren der Direktion billigt. Bis dahin: Keine Streikarbeit für Sobrechtsfelde.

Parasiten!

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe haben sich auch die Hyänen des Schlichtes, die Belegenheits-Stellenvermittler, in der letzten Zeit wieder recht unliebsam bemerkbar gemacht. Sie beuten die Arbeitslosen in gewissem Maße und unverdienter Weise aus. Einen dieser Herren hat jetzt das Verhängnis ereilt. Ein gewisser Otto Behrendt hatte in der Gottschestr. 1 einen Arbeitsnachweis aufgemacht und nahm von den armen Arbeitslosen außer der Einschreibgebühr von 1 M. eine Vermittlungsgebühr von 3 bis 10 M., selbst für Stellungen, die nicht einmal frei waren. Die Organisation griff alsbald ein, und zwar mit Erfolg.

Das Polizeiamt Wedding schreibt der Organisation unterm 25. August 1924 folgendes:

„An den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Berlin, Engelauer 24 III.“

Auf das gef. Schreiben vom 30. Juli d. J. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß der Stellensmittler Otto Behrendt, Gottschestr. 1, keinen Gewerbebetrieb eingeleitet hat. Ausweislich seiner Steueranmeldung hatte er am 1. Juni 1924 das Gewerbe angemeldet und, wie er glaubhaft versichert, in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ohne Erlaubnis der Landeszentralbehörde ausgeübt.

Unter gleichzeitiger Verwarnung ist ihm Herrmit am 14. August die weitere Ausübung des Gewerbebetriebes von mir untersagt worden.

Der Polizeipräsident Berlin, Polizeiamt Wedding.

gez. Koch.

Der Verband bemerkt hierzu: Uns ist zur Kenntnis gekommen, daß noch mehrere solcher parasitären Existenzen ihr Unwesen treiben. Wir bitten unsere Kollegen, uns vor dem Treiben solcher Ausplünderer der Arbeitslosen stets sofort Mitteilung zu machen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Wahlerfolg des BZM.

In Rüstingen hat bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht die Ortsgruppe Wilhelms haben-Rüstingen des Zentralverbandes der Angestellten einen Erfolg davongetragen. Auf die BZM-Liste entfielen 85 Stimmen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt nur 31 Stimmen. Infolgedessen stellt der BZM die zwei zu wählenden Beisitzer.

Achtung, SPD.-Betriebsfunktionäre!

Jeder Genosse muß heute und folgende Tage seine volle Pflicht tun. Werkt für die Partei und den „Vorwärts“.

Osram A. Siedingstraße, Freitag, den 29. August, nachm. 8 Uhr. Fraktionsübung im Lokal „Sportplatz“.

Achtung, Kupferämmer! Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses wichtige Mitgliederversammlung! Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt erforderlich!

Achtung, Zimmerer! Geben, Mittwoch, vor 8 Uhr zur Ausfüllung des Fragebogens unserer höchsten Erhebung. Alle Funktionäre haben dafür zu sorgen, daß es noch nicht erledigt ist, die Ausfüllung unbedingt noch heute nachgeholt wird. Weiterhin sei mitgeteilt, daß am Sonntag, den 29. August, in allen Betrieben Versammlungen stattfinden, in welchen die Fragebogen abzufragen sind.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Seltenow; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ostern; Kultur: A. S. Böger; Soziale und Sonstige: Felix Karstädt; Anzeigen: Th. Glöde; Amtlich in Berlin. Verlag: Norddeutsche Zeitung G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68. Einheitsrate 2 Pfertig 4 Beilagen und Unterhaltungsblatt „Johannell“.

An alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Metall-Industrie.

Rücksichtslos und brutal kämpft eine geschlossene Unternehmerfront unter Führung des Verbandes Berliner Metallindustrieller gegen alle Rechte der Arbeiterschaft an. Alle Mittel, auch die schäblichsten, werden in Anwendung gebracht, um die Metallarbeiter auf die Knie zu zwingen. Maßregelungen der Funktionäre der Organisation, Aussperrung ganzer Belegschaften, willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der schon vorhandenen Hungerlöhne sind die Mittel, die die Arbeitgeber anwenden und von deren Anwendung sie erhoffen, ihren Herrn-im-Hanse-Standpunkt noch mehr zu befestigen. Viele tausend Arbeitslose sind dem ungeheuren Elend mit ihrer Familie preisgegeben. Das ist der Erfolg dieser brutalen Unternehmerwillkür. Diese Unternehmerwillkür wird in gewisser Beziehung noch gestützt durch die Organe der jeweiligen Regierung. Der unzählig jahrelange Bruderkrieg in der Arbeiterschaft und die schreckliche Zeit der Inflation haben die gewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter zeitweise geschwächt. Dieser Zustand wurde für das Unternehmertum das

Signal zum Angriff. Aber nicht kampflös sind ihnen einige Erfolge beschieden gewesen.

Selbennützig haben hunderttausende Metallarbeiter unter Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Kampf um Freiheit, Lohn und Brot geführt. Wochen- und monatelang mit larger Streikunterstützung dem Unternehmertum Trotz geboten. Wenn noch nicht alles wieder erreicht werden konnte, so liegt es daran, daß viele tausende Arbeiter noch unorganisiert und indifferent herumlaufen und dadurch dem Unternehmertum auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind.

Metallarbeiter, das darf nicht so weiter gehen, folgt dem Beispiel vieler Betriebe und organisiert die Arbeiter wieder restlos, rüttelt die Flauen auf. Es gilt den Kampf aufzunehmen um den Achtstundentag und um die Hebung des Reallohnes. Nur eine starke Organisation wird von den Unternehmern respektiert und ist in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen.

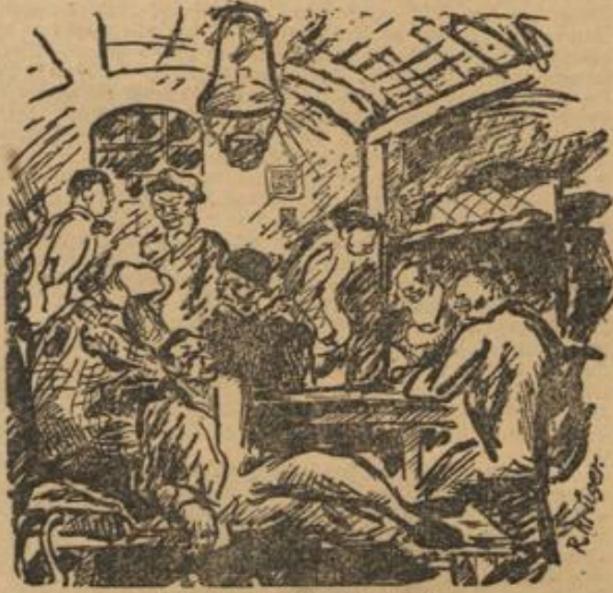
Auf, organisiert alle Abseitsstehenden im Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Berliner Elendsnächte.

Da ist einer, ein junger Arbeiter, der kommt neu nach Berlin. In der Heimat schon lange Zeit arbeitslos, wollte er trotz allen Ab-ratens sein Glück in der Weltstadt versuchen.

Fremdenlogis mit elektr. Licht.

... Ich laufe die ganzen Straßen um den Bahnhof herum ab und frage in jedem Haus nach, das als Hotel oder Fremdenlogis kennlich ist.



Ein Massen-Elendsquartier.

Vecke verkündet ein großes Schick über der Tür. Endlich gefunden, denke ich, im Keller und in der Nebentraße gelegen, wird der Zimmerpreis hier zu erschwingen sein.

so erfahre ich die Geschichte aller anwesenden Gäste. Drüben in der Sofaede sitzt ein junges Mädchen. „Es ist bald Zeit, daß sie in die Charité geht.“ sagt meine Nachbarin.

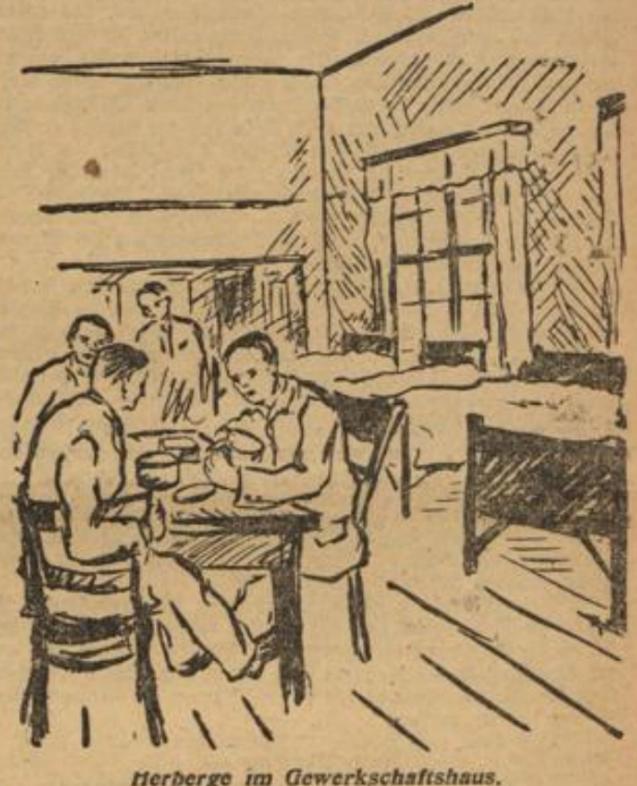
Im Massenquartier.

Der nächste Tag bringt mir noch nicht die erhoffte Arbeit. Ich muß also länger hier bleiben. Ein älterer Mann, mit welchem ich beim Mittagstisch zusammenlag, gab mir auf meine Bitte eine Adresse an, wo man für fünfzig Pfennige schlafen kann.

durch die Finger gleiten. Dann stellt er betrieblig fest: „Es sind drei Mark, wäre der Regen nicht gekommen, hätte ich es auf fünf gebracht.“

Eine Musterherberge.

Erst später erfuhr ich, daß ich mir sowohl die Ausgabe von drei Mark für die erste Nacht wie auch die Unruhe der zweiten Nacht hätte ersparen können.



Herberge im Gewerkschaftshaus.

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Er wußte nämlich, daß Verstorbene keine Schmerzen kannten, weil sie keinen Leib hatten, sondern nur aus Seelenstoff bestanden.

Spät in der Nacht kehrte er heim. Jetzt bewohnte er allein das alte Zimmer Willis, aber er blieb nicht gerne ohne Gesellschaft zu Hause.

Einmal sah Andreas Einbrecher in der Nacht, aber er sagte nichts dem Polizisten, den er an der nächsten Ecke traf. Die Einbrecher arbeiteten an der Tür eines Ladens.

Andreas einen fernen Duft mit dem Winde daherkommen, seine Glieder wurden mehr müde als sonst. Er verlor das Interesse für viele Dinge.

Seine Schmerzen verstärkten sich, sein Husten wurde noch trockener, die Anfälle dauerten länger. Er vergaß heute, was gefiern geschehen war.

Da kam eines Tages eine gerichtliche Vorladung. Sie war genau wie die erste mit einem würdigen Amtssiegel versehen, ein weißer Adler erhob seine Schwingen auf blutrotem Grunde.

Er erinnerte sich wieder an seine Leiden, er arbeitete an seiner Rede, er bereitete sich zu einer großen Anklage vor. „Hoher Gerichtshof“ wollte er sagen.

Von einer Turmuhr schlug die zehnte Vormittagsstunde. Eine zweite Uhr wiederholte die zehnte Schläge. Mit langgezogenen, wehlagenden Tönen fiel eine dritte ein.

Andreas stand vor dem Richter. Die Vorladung hatte er soeben dem Gerichtsdiener übergeben. Der trug sie mit weihvoller Gebärde zum Schreiber.

brechen, und dennoch war in seinem Gang etwas Gewichtiges, wie in dem Parademarsch eines lautlosen Gespenstes.

Der Richter saß in der Mitte zwischen zwei blonden wohlgenährten Männern mit blanken Schlägen. Andreas hätte gerne gewußt, was die beiden Männer dachten.

Auf dem erhöhten Tisch, zwischen zwei weißen und dicken, aber nicht gleich großen Kerzen stand ein Kreuz, gelb und wuchtig, wie aus Würfeln aufgebaut.

Er war gespannt auf den Gang der Verhandlung. Manchmal ging die Tür auf. Dann sah Andreas auf einer Bank im Korridor seine Frau Katharina, die kleine Anni, den Herrn von der Plattform der Straßenbahn und fessamerweise auch den rotbackigen Händler, der den Esel gekauft hatte.

werkstattshaus. Hier wird man in großen luftigen Zimmern untergebracht. Die höchste Belagung eines Zimmers ist ein Bett. In diesem Falle werden für eine Nacht 75 Pf. erhoben. Am Tage steht den Benutzern der Schlafräume das Leinwand- und Schreibzimmer zur Verfügung. Der erhebliche Wert der Herberge liegt aber darin, daß jeder Neuankommende ein Bad nehmen muß. Personen, die mit Ungeziefer befallen sind, werden an Körper und Kleidung von diesem Mebel befreit. Bemerkenswert ist, daß die Aufnahme in die Herberge nicht nur auf Organisierte beschränkt ist, diese haben nur bei großem Andrang den Vorrang. Wäre mir die Erlaubnis dieser Herberge früher bekannt gewesen, hätte ich Fremdenlogis und Wasserlogis vermeiden können. Es ging mir aber nicht nur in dieser Beziehung so: man muß als Fremder überall Beleggeld bezahlen...

Makel der Arbeitslosigkeit.

Unmittelbar neben dem schmucken Rathaus steht ein altes graues Gebäude. Ehemals machte es Wohnquartier gebietet haben. Ein langer halbkundiger Flur führt hindurch; der Zementfußboden ist ausgetreten; die ursprünglich braunrote Farbe des Zements wird nach den Wänden zu dunkler, fast schwarz; bei den Vertiefungen in der Mitte des Flurs kommt der dunkelgraue Untergrund stellenweise stark zum Vorschein. Obwohl Besen und Eimer ihr Reinigungswerk faun beendet haben, sieht diese farblose Farbensammlung unbehaglich aus. Man wittert Armut — Elend.

Ein kleiner Hof. Die Fassaden der Häuser, die ihn einschließen, sind eintönig altgrau. Die vom Erdboden erreichbaren Fenster sind alle stark vergittert. Dazu grauer Zementfußboden. Durch einen kunstvollen Eisengitter mit vielen Schnörkeln sieht man links die Rückfront des Rathauses in ruhig-stolzem Rot. In sattem Grün leuchten gepflegte Rosenflächen mit Strauchweiß hindurch. Die Tür des Torweges zum Hinterhaus ist aus den Angeln gehoben, steht. Derselbe armliege halbkundige Gang wie vorne. Rechts seitwärts führt eine schmale Treppe hinauf, die, wie alles hier, mit den Spuren des Alters und der starken Benutzung behaftet ist. An den ehemals weißgetünchten Wänden des Flurs liegen Plakate. Die üblichen behördlichen Bekanntmachungen. Fast ausnahmslos drohen sie mit Strafen, wenn man unterläßt — wenn man begehrt. Links wieder der leere Rahmen einer Tür. Einige Stufen abwärts. Ein breiter Gang. Zementfußboden, ausgetreten, grau, schmutzgrün, schwarz. An beiden Enden Fenster. Von der einen Seite kommt das Licht aus dem durchsichtigen altgrauen Hof, das andere Fenster ist — auch vergittert. Plakate liegen an den schmutzweißen vortriessgetränkten Wänden. Ein kleines Schalterfenster, daneben der leere Rahmen einer Tür. Zwei Stufen aufwärts. Zwei große dunkle Räume, beide verbunden durch den leeren Rahmen einer Tür. Hüft hohe Holzbarrieren teilen beide Zimmer jeweils in Vorraum und Bureau ein. An den Wänden Altentänder aus rotem, unearbeiteten Latten und Brettern. Die Wandflächen der Büroräume zeigen Plakate mit Verhaltungsmaßregeln, Vorschriften — Vorschriften, Verhaltungsmaßregeln — strafdrohend. Der dunkle, fast schwarze Holzfußboden, der starke Erhöhungen und Vertiefungen aufweist, sieht immer feucht aus.

hochachtbare Stadtväter haben in der Erkenntnis ihrer Ansehbarkeit in diese Räume des Elends die Fürsorge für die Elenden untergebracht. Das Schild „Erwerbslosen-Fürsorge“ erübrigt sich vollkommen. Die Ausgaben dafür konnten auch noch erspart werden.

Nebenan das Rathaus. Längst nicht mehr neu, aber wohl ein Kontrast! Die schöne breite Freitreppe, die große Säulenhalle, spiegelblankes Atrium, schöne Bilder an den gefliesten Wänden, große Bogenfenster mit buntem Glas und Bleifassung, schwere Eichentüren, alles hoch, hell, lustig. Das ästhetische Empfinden des kalten Bürgers könnte starken Erschütterungen ausgesetzt sein, wenn hier in den Räumen der stolzen, wohlhabenden Behaglichkeit hungernde Erwerbslose umherläufen. Also laien die fürsorglichen Stadtväter doch Recht. „Jedem das Seine“ war doch der Wahlspruch aus der schönen vergangenen Zeit.

Weider trifft das in ähnlichen Ausmaßen fast ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu. Können die weicherzigen Stadtväter sich in die Stimmung der Hungernden, Elenden versehen, die, aus der häuslichen Armut kommend, fast täglich, und dann oft stundenlang, in den elendigen, armliegen Räumen der Erwerbslosen-Fürsorge warten müssen?

Kein Vertrag —

— aber ein „patriarchalisches Arbeitsverhältnis“.

Ueber ein höchst eigenartiges Arbeitsverhältnis machte der Inhaber einer kleinen Eigentümerskribel interessante Angaben vor dem Kaufmannsgericht. Eines Tages im Frühjahr traf er auf der Straße den schienen Klager M., den er von einer früheren gemeinschaftlichen Beschäftigung bei einer anderen Firma her kannte. M. klopte ihm seine Not: keine Stellung, abgerissen, Hunger im Leib. Der Beklagte nahm ihn mit, ließ ihn im Geschäft, in der Fabrik, auf dem Hof helfen und gewährte ihm dafür Essen und Trinken und gelegentliche Taschengelder, bezahlte Kaffee und Haarschneiden für ihn, bezahlgelbe ihn auch mal des Nachts, ja nahm ihn sogar bei Familien-spaziergängen mit und hielt ihn frei. Von einem Anstellungsverhältnis war nie die Rede. Bei der allgemeinen Geschäftskaufe ging es auch dem Beklagten schlecht; er war halbe und ganze Tage auf der Jagd nach Kundenschaft und Kredit, und diese mangelnde Lustigkeit benutzte der 23jährige M. dazu, sich allerhand Funktionen im Geschäft anzuweisen, die anderen Angestellten zufamen. Vor Gericht bezeichnete er sich als „Stadtvertreter, Kassierer und Vorkassierer der kaufmännischen Abteilung“ und verlangte für diese angebliche Tätigkeit ein recht ansehnliches Restgehalt. Der Beklagte hatte nämlich den Klager auf die Straße gesetzt, nachdem er sich im Geschäft so angesetzt hatte, daß alle Voraussetzungen für eine Fortführung des Arbeitsverhältnisses fortfielen. M. hat daraufhin in Briefen an seinen Gönner damit gedroht, „ihm den häuslichen Frieden zu stören“ und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen verheimlichter Bankrotts zu machen. Dem Gericht lächelte der Klager allerlei Märchen über sein Verhältnis zu dem Beklagten auf. Ein Anstellungsvertrag für ihn mit 200 M. Monatsgehalt hätte bei den Personalakten gelegen, der allerdings erst in Kraft treten sollte, wenn das Geschäft doch noch wird. Es kam schließlich darauf hinaus, daß der ehemalige Kollege ihm Dank für die musterhafte Führung des Geschäfts schuldig wäre. Trotz aller Widerwärtigkeiten verstand sich der Beklagte doch noch dazu, vergleichsweise an den Klager 80 M. zu zahlen, obwohl selbst das Gericht anerkannte, daß keinerlei Verpflichtung dazu vorliegt. Der Beklagte versich um eine Erfahrung reicher den Gerichtssaal.

Ein Freund seiner Damenwäsche.

Eine eigenartige Liebhaberei hat den Portier Otto K. aus Rantow als Dieb vor das Gericht gebracht. In der Wohnung des Angeklagten hatte ein Restaurateur einen Koffer untergestellt. Eines Tages erbrach K. diesen Koffer und nahm aus ihm verschiedene Stücke Damenwäsche, jedoch nicht die einfachen, sondern nur solche Wäsche, die schön mit Spitzen verziert war. Weiter verschaffte er sich ein Bettlaken, das zuvor von einem jungen Mädchen benutzt worden war. Dann zog er sich die Damenwäsche an, legte sich damit ins Bett und wickelte sich in das erwähnte Bettlaken ein. Nach seinen unklaren Angaben hat ihm das wohlgefallen. Der rechtmäßige Besitzer der Wäsche sah jedoch diese eigenartige Liebhaberei als Diebstahl an, machte gegen K. eine Anzeige und auch das Schöffengericht verurteilte ihn wegen dieses Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis. Hiergegen wurde Berufung eingelegt, so daß sich jetzt die Strafammer des Landgerichts III mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Obgleich der Kreisarzt von Rantow dem Angeklagten nicht den Schwur

des § 51 zubilligte und von einem Fall von Feindschaft sprach, kam das Berufungsgericht zu einer Freisprechung, da es der Meinung war, daß der Angeklagte eine krankhafte Reizung besitze und infolgedessen nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Ein unfähiger Hypnotiseur.

Erfolgreiche Verurteilung vor der Ferienstrafkammer.

Der Fall des Tierarztes Dr. Baumgart, der eine gewisse Bekanntheit mit der kürzlich verhandelten Affäre des Pastors Barth besitzt, da auch in ihm Hypnose eine große Rolle spielt, beschäftigte aufs neue die Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Wie seinerzeit ausführlich bereits mitgeteilt, wurde Dr. Baumgart, der lange Zeit in Afrika war und sich später viel mit Hypnose beschäftigte, wegen Verurteilung zum Raub zu 1 1/2 Jahr Gefängnis, sowie 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Da er hiergegen Berufung eingelegt hatte, mußte die mysteriöse Angelegenheit vor dem Landgericht erneut aufgerollt werden.

Eines Tages war zu Kriminalkommissar Werneburg ein junger Bankbeamter namens Kortensper mit der Mitteilung gekommen, daß er von einem in Geldverlegenheit befindlichen Arzt zu einem Raub angezogen worden sei, der im Laufe des Nachmittags vor sich gehen sollte. Als nun der zunächst mißtrauisch gewordene Kommissar die Sache weiter verfolgte, konnte er am Nachmittag an der Ecke der Joachimshaler Straße und Kurfürstendam den Bankbeamten und in seiner Begleitung Dr. Baumgart festnehmen, als sie in ein Haus hineingingen. Das Opfer sollte, wie sich herausstellte, der Kaufmann Jaacksohn sein, von dem sich nach späteren Feststellungen Dr. Baumgart geschädigt fühlte. Während Dr. B. zunächst bei der Vernehmung angab, daß er mit dem Kaufmann Jaacksohn „etwas auszumachen“ gehabt hätte, stellte er am nächsten Tag die Behauptung auf, daß es sich nur um ein hypnotisches Experiment gehandelt habe. Der Bankbeamte sei nach Verurteilung, auch von anderer Seite her, ein sehr gutes Medium und er habe nur die Frage lösen wollen, ob es möglich sei, in der Hypnose ein Verbrechen zu begehen, um später den Bankbeamten als Medium in Vorträgen vorzuführen und damit Geld zu verdienen. Auch in der erneuten Verhandlung blieb Dr. Baumgart bei diesen Angaben und erklärte immer wieder auf Ehre und Gewissen, er habe dem Kaufmann Jaacksohn nichts Böses anzu tun wollen. Demgegenüber beteuerte jedoch der Bankbeamte als Zeuge, daß er keineswegs hypnotisiert war und ihm gegenüber Dr. Baumgart auch gar nicht dazu fähig gewesen wäre. Als er den Gedanken geduldet habe, sei ihm von Dr. Baumgart gesagt worden: „Dann kann ich Ihnen ja auch eine Suggestion geben“, er habe jedoch abgelehnt und erklärt, er werde die Sache schon bei Bewußtsein ausführen. Der Sachverständige, stellvertretender Gefängnisarzt Dr. Goldschmidt gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte nicht mehr infolge widriger Verhältnisse die volle Urteilskraft besitze. Obgleich Rat Dr. Ross kam zu dem Ergebnis, nachdem er die Frage gestreift hatte, wie weit es möglich sei, jemanden durch Hypnose zur Begehung eines Verbrechens anzuführen, daß der Angeklagte vollständig unfähig zu derartigen wissenschaftlichen Experimenten sei und auf dem Gebiete der Psychologie ebensowenig Erfahrung besitze. Daraus, daß, wie erwiesen sei, ein bekannter Mediziner ihm erklärte, er glaube ihm Patienten zur selbständigen Behandlung überlassen zu können, habe der Angeklagte sicherlich die richtige Kritik über sich verloren. Das Landgericht sah die Sache diesmal wesentlich milder an, indem es nur auf acht Monate Gefängnis erkannte, außerdem dem Angeklagten eine Bewährungsfrist zubilligte und dem Haftbefehl sofort aufhob. Die Ehrenstrafe kam gänzlich in Fortfall.

Die Schutzwaffe gegen Felddiebe!

Leben wir noch im Mittelalter? Man möchte es glauben, wenn man sieht, mit welchen Mitteln der Pächter des im Nordosten Berlins gelegenen Rittergutes Birkholz gegen Felddiebstähle einzusetzen will. Bewohner der Kolonie Birkholzaue, die seinem Rittergut und dem Dorf Birkholz benachbart ist, werden von ihm beschuldigt, ihm Feldfrucht gestohlen zu haben. Sein Grimm über die Verurteilung seiner Acker äußert sich in der folgenden Drohung, die ein öffentlicher Aushang bekanntgibt:

Birkholz, den 21. August 1924.

Bekanntmachung!

In den letzten Tagen habe ich Einwohner aus der Kolonie beobachtet lassen, wie sie mir Kartoffeln aus den an den Wald grenzenden Schlägen entwendeten. Gleichfalls habe ich selbst vor einigen Tagen mehrere Burden beim Stehlen von Geradella auf dem Schreiberischen Grundstück ertappt. Falls diese Felddiebstähle nicht aufhören sollten, mögen sich die Täter die Schuld selbst zuschreiben, wenn ich in den nächsten Tagen auf sie scharf schließen werde. Ich erwarte von der Selbstdisziplin der Bewohner von Birkholzaue, daß sie mich im Kampf gegen derartige schickliche Elemente unterstützen. Wer bedürftig ist, mag es offen zugeben, ihm wird man helfen; aber Diebstahl an Eigentum anderer ist eine Gemeinheit.

Wallew, Rittergut Birkholz.

Daß dieser Herr Wallew über den Karrikeliebhaber nicht erfreut ist, läßt sich begründen. Aber die Drohung, auf die Diebe künftig schießen zu lassen, ist ein unerhörter Uebergriff. Die zuständige Behörde wird den unentbrannten Rittergutsbesitzer sehr nachdrücklich über die Grenzen seines Rechtes zu belehren haben.

Ein unbewohntes Haus von — 57 Zimmern.

Die Kanakern und Methoden mancher Wohnungsämter sind ja bekanntlich so eigenartige, eigenwillige und für Laien vollständig unverständliche, daß es wohlrich gar keinen Zweck hat, zu den unendlich vielen Bracht- und Probestücken, die über dieses Thema im Laufe der Jahre veröffentlicht worden sind, neue hinzuzufügen. Und doch gibt es immer wieder Fälle, die so froh und so kurios zugleich sind, daß man unwillkürlich stillschweigend an ihnen vorübergehen kann. Uns wird folgendes aus der Praxis eines Wohnungsamtes mitgeteilt, das gewiß verdient, niedriger gebührt zu werden: In der Kolonie Brunwald, in der übrigens eine große Anzahl eleganter Villen steht, die von einer Familie ganz allein bewohnt werden, ohne daß das Wohnungsamt Wilmersdorf eine Hand rührt und obdachlose Familien als Zwangsmieter hineinsetzt, gibt es in der kurzen und stillen Brahmstraße eine herrliche Villa, die die Kleinigkeit von 57 Zimmern aufweist. Diese Villa, vollständig möbliert, und wie man hört, auf das eleganteste ausgestattet, steht seit langem schon leer und wird überhaupt von niemandem bewohnt. Die Eigentümerin ist eine Holländerin, die das prunkvolle Haus, wie es heißt, während der Inflationszeit für ein Butterbrot gekauft hat, sich jetzt ständig in Holland aufhält und die Bewirt-

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 28. August.
Tagesschau, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorpresse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
8.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Sprachunterricht (Englisch). 8.10 Uhr abends: Vortrag des Herrn Tarrats Dr. Sobitz von der preuß. Hochschule für Leibesübungen, Spandau: „Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft“. 9—10 Uhr abends: Zu Goethes 175. Geburtstag: Musik zu Goethes „Egmont“ (mit verbindendem Gedicht von Grillparzer). Dirigent: Dr. Felix Günther; Rezitation: Alfred Brann (vom Schiller-Theater, Berlin); Klavier: Kammermädlerin Charlotte Kuhn-Brandner vom Nationaltheater, München; Ein Orchester, bestehend aus Mitgliedern des Berliner Philharmon. Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesschnellen, Zeitungs-, Wetterdienst, Sportschreiben. 10.25—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

schaffung und Instandhaltung des Grundstücks dem Gärtner überläßt, der ein idyllisches Leben führt, das wir ihm im übrigen durchaus gönnen. Das Wohnungsamt Wilmersdorf aber möchten wir geizig anfragen, warum es hier nicht eingreift und den unglücklichen Zuständen ein Ende bereitet. Der Umstand, daß die Eigentümerin des Hauses eine Holländerin ist, hindert doch das Wohnungsamt nicht daran, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die vielen Zimmer einem notwendigen und nützbringenden Zweck zuzuführen.

Volksernährung und Familie.

Was hat man bei der Ernährung im Haushalt zu beachten?

In der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Titel „Die Volksernährung“ herausgegebenen Schriftenammlung ist Anfang 1923 ein von dem bekannten Sachverständigen für Lebensmittelfragen, Geheimrat Prof. Dr. A. Juckenaak in Berlin verfaßter Leitfaden: „Was haben wir bei unserer Ernährung im Haushalt zu beachten?“ erschienen. Das Büchlein, das heute (Verlag Julius Springer, Berlin) bereits in dritter Auflage vorliegt, will in erster Linie weite Kreise, insbesondere die Hausfrauen, dazu anregen, bei der Auswahl und der Zubereitung von Lebensmitteln mehr als bisher darüber nachzudenken, was bei der Ernährung eine Rolle spielt und was im Haus allgemeine Beachtung verdient.

Wir haben ja in Deutschland nach dem Kriege bei der ständig herrschenden Knappheit der Lebensmittel umlernen müssen, hunderttausende von Familien, und namentlich die Hausfrauen in Arbeiterfamilien sind gezwungen, viel weniger fleisch und bedeutend weniger Fleisch auf den Tisch zu bringen. Bewußtlose Zeitungen haben während des Krieges wiederholt gepredigt, daß alle möglichen und unmöglichen Ersatzmittel nicht nur ebenso gut wie Fleisch, sondern sogar besser seien. Heute noch besteht in manchen Kreisen der Irrtum, daß es möglich wäre, durch allerhand Surrogate und Mischungen die wirklich kräftigen Nahrungsmittel zu ersetzen. Nichts ist falscher und gefährlicher als dieser Irrtum, worauf Prof. Juckenaak in seinem Büchlein gebührend hinweist. Zu dem Kapitel: „Gibt es Fleischersatz?“ z. B. sagt er: „Alles, was bisher unter der Angabe „Fleischersatz“ in den Verkehr gelangt ist, ist nicht geeignet, Fleisch in seinen wesentlichsten Eigenschaften zu ersetzen. Es handelt sich bei allen diesen Dingen in der Regel um ein Gemisch aus Hülsenfrüchten und Getreide, die mehr oder weniger gewürzt sind und bei bestimmungsgemäßer Zubereitung unter Zusatz von Fett dem Hackbraten ähnliche Speisen liefern soll. Auch diese oft gestellte Frage, ob Pilze Fleisch ersetzen können, beantwortet dieser Sachverständige mit einem kategorischen Nein. Er sagt, daß die stickstoffhaltigen Stoffe der Pilze nicht den Fleisch-eiweißstoffen entsprechen und diese bei weitem nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß die Pilze nicht leicht verdaulich sind und daher hinreichend zerleinert werden müssen, z. B. mit der Fleischhackmaschine.

In dankenswerter Weise räumt Prof. Juckenaak aber auch mit anderen Vorurteilen in der Ernährung auf. Häufig genug hört man sehr ungünstige Meinungen äußern über Pferdefleisch, Pferdeschmalz, Ziegenfleisch und Liegenfett. Zu diesem Thema äußert sich Prof. Juckenaak dahin, daß er die Vorurteile gegen diese Nahrung in das Gebiet der Fabel verweist. Die genannten Fleisch- und Fettarten, so sagt Prof. Juckenaak, stehen in ihrem Nährwert dem Rindfleisch mit entsprechendem Fettgehalt sowie dem Rinderfett nicht nach. Dagegen wendet er sich gegen das Braten des Fleisches, das nicht ökonomisch ist. Beim Braten des Fleisches nämlich, beim Grillen der Kruste, werden Eiweißstoffe und Fett zerstört. Wirtschaftlicher ist daher das Kochen und Dünsten.

Ein sehr wichtiges und ausführliches Kapitel behandelt in der Broschüre die „Ernährung des Säuglings“, die Prof. Dr. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses, bearbeitet hat. Gerade hier finden die Hausfrauen eine große Anzahl von Anregungen, Hinweisen und Belehrungen für eine gesunde Ernährung des Säuglings. Prof. Langstein betont, um nur einiges hervorzuheben, daß für den Säugling, sein Wachstum und sein Gedeihen am zweckmäßigsten die Muttermilch ist. Er gibt für die Fälle, in denen die Brust nicht gereicht wird, detaillierte Anweisungen, auf welche Weise die Kindermilch gekocht und gelüftet werden muß. Vor allem betont er, daß vor jeder Mahlzeit der Flaschenverzicht abgenommen und ein mit einer glühenden Nadel durchlöcherter Gummifinger aufgesetzt werden muß. Das Probieren aus dem Sauger — eine Erscheinung, die man immer wieder sieht — ist auf das strengste verboten. Vereicht wird die Flasche dem Kinde in Halbleitende, und während der ganzen Trinkzeit wird die Flasche gehalten.

Diese kurze Probe aus dem Inhalt läßt bereits erkennen, welchen großen Wert die Broschüre „Was haben wir bei unserer Ernährung im Haushalt zu beachten?“ besitzt. Sie ist nicht nur geeignet, öffentliche und private Speiseanstalten, Krankenhäuser usw. zu beraten, sondern vor allem auch jedem Haushalt Belehrungen und beachtenswerte Ratshläge zu bieten. Die Schrift ist für 1.50 M. im Buchhandel zu haben.

Schulentlassung und Lehrlingseinstellung.

In wenigen Wochen verlassen wieder Tausende von Berliner Knaben und Mädchen die Schule, um ins Berufsleben einzutreten. Leider ist gerade jetzt die Wirtschaftslage so unsicher, daß die Mehrzahl der Lehrherren sich zurzeit noch nicht über eine Einstellung oder Nicht-einstellung von Lehrlingen schlüssig geworden ist. Auf den Berufsämtern liegen für diese Jahreszeit verhältnismäßig noch sehr wenige Meldungen freier Lehrstellen vor, und es droht wieder das Gespenst der Arbeitslosigkeit der Schulentlassenen mit allen ihren traurigen Folgeerscheinungen. Das beste Mittel gegen die angebotene Gefahr ist aber die rechtzeitig Bereitstellung von Lehr- und Anlernstellen für die Jugendlichen. Und hierbei mögen sich die Arbeitgeber vergegenwärtigen, daß das Opfer, das sie durch Verhinderung der Ausbildung im bisherigen Umfang selbst bei wenig günstiger Geschäftslage bringen, nicht umsonst gebracht ist, da es der Jugend und der Zukunft der deutschen Arbeit zugute kommt. Es ergibt sich hier der Appell an alle Lehrherren im Handwerk, in der Industrie, im Verkehr und Handel, ihren Bedarf an Lehrlingen und Lehrlinginnen für den Oktobertermin schon jetzt bei den Berufsämtern anzumelden, und wenn irgend möglich, ihre bisherige Lehrlingseinstellung nicht einzuschränken. Meldungen freier Lehr- und Anlernstellen können schriftlich oder telephonisch erfolgen bei den nachstehend verzeichneten Berufsämtern: Für Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg und Weißensee im Berufsamt Mitte, C. 25, Lönzberger Str. 43—47, Fernsprecher: Alexander 5085—88; für Friedrichshagen, Lichtenberg, Treptow, Copenick und Friedrichshagen im Berufsamt Ost, O. 17, Straßauer Platz 30/31, Fernsprecher: Alexander 87, 2230, 2445; für Neutölln, Kreuzberg und Tempelhof im Berufsamt Süd, Neutölln, Thomsenstraße (Holzhafen), Fernsprecher: Neutölln 1520—22, 1540; für Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz und Jochen-dorf im Berufsamt Südwest, Schöneberg, Feuerstr. 7, Fernsprecher: Stephan 2680—85; für Tiergarten, Charlottenburg und Spandau im Berufsamt West, Charlottenburg, Spreestr. 31, Fernsprecher: Wilhelm 7300/03; für Wedding, Pantow und Reinickendorf Berufsamt Nord, N. 20, Bonkr. 47, Fernsprecher: Hanfa 2580.

Abtury von einer Brücke.

Beim Bau einer 6—8 Meter hohen Brücke auf dem Schlauchhof für die Zimmermann Emil Soldau, 28 1/2 Jahre alt, Kogelstr. 83 wohnhaft, mit dem Kopf auf das Steinpflaster und zog sich schwere Kopfverletzungen zu. Bewußtlos wurde er mittelst Krankenwagens vom Rettungsdienst nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht.

Der erste Flug des Z. R. 3.

Das in Friedrichshafen lang erwartete Ereignis ist gestern Tatsache geworden. Nach fast zweijähriger Arbeit — wenn man die konstruktiven Vorarbeiten mitrechnet — ist der Z. R. 3, der auf Grund fast zwanzigjähriger Erfahrungen erbaute Luftkrieger aus der großen Halle der Werft herausgebracht worden und hat seine erste Probefahrt angetreten. Kurz nach 14 Uhr nachmittags war alles klar, und unter den Hochrufen der auf dem Flugplatz Anwesenden hob Z. R. 3 sich langsam mit einer gewaltigen Schiefe über den Flugplatz. In 200 Meter Höhe entfalten die Motore ihre Kraft und mit einer ungeheuren Schnelligkeit — obwohl der Führer noch nicht volle Kraft gefaltet hatte — zog das Luftschiff über der Stadt dahin. Die Einwohner der Stadt hatten sich zum allergrößten Teil auf den freien Plätzen und vor der Stadt oder am See versammelt, um das selten gewordene Schauspiel eines Zeppelinfluges zu genießen. In mittleren Höhen von 200 bis 300 Meter zog der Zeppelin seine Kreise und Schleifen. Dabei konnte man feststellen, daß das Schiff, wohl infolge der neuartigen Konstruktion seiner Motoren, die sich während der Fahrt umleiten lassen, eine überraschende Wendigkeit zeigte. Auch die Veränderung in der Höhenlage ging mit hervorragender Präzision vor sich. Nach zweistündiger wohlgeleiteter Fahrt landete Z. R. 3 dann wieder vor der Halle, wo die Führer und die Besatzung lebhaft begrüßt wurden.

Gasvergiftung eines Liebespaares.

In einem Absteigequartier in der Friedrichstraße mietete sich abends ein Liebespaar ein Zimmer. Wegen 2 Uhr nachts wurde die Inhaberin des Quartiers infolge starken Gasgeruchs aufmerksam, und da sie aus dem betreffenden Zimmer auch Stöhnen vernahm, ließ sie die verschlossene Tür öffnen. Man fand das Paar im besinnungslosen Zustande, durch Gas vergiftet, auf und sorgte für die sofortige Ueberführung beider nach der Charité. Es scheint sich lediglich um Unachtsamkeit zu handeln. Eine der Personen muß dem Gahn des in dem Zimmer befindlichen Gaslochers gestreift und dadurch geöffnet haben. Ueber die Persönlichkeiten der beiden noch immer Bewußtlosen konnte bisher nichts ermittelt werden, da sie keinerlei Papiere bei sich haben.

Eine gefürte italienische Nacht.

Eine Gesellschaft von vier Personen feierte vorgestern abend in einer Wohnküche in Reutlingen, Bezirk 14, ein italienische Nacht. Um dem Zusammensein einen festlicheren Anstrich zu geben, hatten sie die Küche mit bunten Lampen und Girlanden ausgeschmückt. Leider wurde die heitere Veranstaltung von der Kriminalpolizei empfindlich gestört. Die vierköpfige Gesellschaft wurde der Polizei zugeführt, da man in den Teilnehmern Mitglieder einer gemeinbühnigen Laubeneindeckungsbande festgestellt hatte. Vorläufig bestreiten die Festgenommenen, die ihnen zur Last gelegten Diebstähle begangen zu haben.

Ausbau der Messe-Gesellschaft.

Die Gemeinnützige Berliner Messe-Ausbau-Gesellschaft, die schon vom Tage ihrer Begründung an einen starken südlichen Einschlag hatte, hat in den letzten Wochen ihr Grundkapital auf 100 000 Goldmark erhöht, wobei die Beteiligung der Stadt Berlin auf 40 800 Goldmark festgelegt worden ist. Diesen finanziellen Uebergewicht der Stadt entsprechend stellt sie die Majorität des Aufsichtsrates, darunter auch den Vorsitzenden. Gleichzeitig ist der Name der Gesellschaft in „Gemeinnützige Berliner Messe- und Ausstellungsges. m. b. H.“ geändert worden.

Der Tod auf der Straßenbahn.

Der trotz aller Warnungen nicht auszurückende Unfug, einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu bestiegen oder zu verlassen, hat wiederum ein Opfer gefordert. Der Schüler Heinz Schramm aus der Berliner Straße 84 in Reutlingen, versuchte auf einen in voller Fahrt befindlichen Wagen der Linie 47 B aufzuspringen. Er glitt ab und geriet unter die Räder des Anhängewagens. Mit schweren Verletzungen wurde der Knabe nach dem Krankenhaus geschafft, er starb jedoch bald nach der Einlieferung.

Ein gemeingefährlicher Unfug wurde gestern früh festgenommen. Es ist der 18 Jahre alte Knabe Schulz, der in der Enser Straße ein auf dem Bürgersteig spielendes vierjähriges Mädchen mit sich in den Hausflur lockte, um es zu mißhandeln. Glücklicherweise wurde er durch Passanten, die auf das Schreien der Kleinen herbeieilten, an seinem Vorhaben gehindert. Schulz wurde der Kriminalpolizei zugeführt.

Bannerweibe in Lausitz. Die 84. Abteilung in Bantow veranfaßte am Sonntag, den 31. d. M. (beginnend 3 Uhr) im Restaurant „Deutsches Haus“, Bismarckstraße 41/43 (am Bahnhof Bantow — Straßenbahn 96), die Weibe ihres Banners im Rahmen eines Familienfestes. Die Groß-Berliner Parteigenossen werden hierdurch zum Besuch der Veranstaltung eingeladen.

Hautjucken, Flechten, offene Füße

(Krankheiten), auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte

San.-Nat. Dr. Straßls Hautsalbe.
In Originalbotteln zu haben: Stefanen-Apothek, Berlin SW. 10, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz).

Rüstet zu neuen Kämpfen!

Deutschnationaler Schachergeist und kommunistische Kadavertaktik verbünden sich, um die Reaktion zu stärken und das Chaos in Deutschland zu steigern. Harte Kämpfe um die Lastenverteilung, Kämpfe gegen Brotwucherer und Steuerdrückeberger stehen bevor. Wer diesen Kampf fördern will, muß neue Leser für den „Vorwärts“ und neue Mitglieder für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen suchen. An die Arbeit!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abteilung _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig,

Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. _____ M.

_____ den _____ 1924.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

(Bei der Aufnahme ist jede erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden)

(Ausgefüllt zu senden an: Sozialdem. Bezirksverband, SW. 68, Lindenstr. 3.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Bolt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.
(Monatlich 3.— Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name _____
Wohnung: _____
_____ Straße Nr. _____
vorn — Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

(Ausgefüllt zu senden an: Expedition „Vorwärts“, SW. 68, Lindenstr. 3.)

Komtesse Guckel, das alte Lustspiel von Franz v. Schönthan und Franz Koppel-Elsfeld, wird zurzeit auf der Saalbüchse des Rose-Theaters gespielt. Es führt in die Zeit ruhiger Beschaulichkeit, in die Zeit, da man mit der Postkutsche fuhr und Karisbad eine Strahlenbeleuchtung bekam. All der militärische Klimbin und die Ueberheblichkeit der höchsten Beamten erscheinen auf der Bühne, aber sie sind für uns erträglich, weil es sich um das Jahr 1815 handelt. Sie kriegen sich schließlich, was nach vernünftigen Verwechslungen und von der Liebe diktierten Witten, den ach so guten, programmatischen Lustspielabschluss bildet. Erna Heinrich als Komtesse Guckel verstand es in so reizender Weise die Wahrheit zu sagen, daß sie auf offener Szene Beifall erntete. Ebenso gefielen Willi Rose, der als Horst v. Reuhoff so recht der Teufelskerl war, Gerda Schröder und Paul Role als schüchternes Liebespaar, Hans Eckert als Heirat, der nicht weiß, wie er sich drehen und sich wenden soll, Lotte v. Sorrow in ihrer feinen Beteilei um Protektion, und Wolfgang Müller als russischer General.

Bezirksbildungsausschuß. Der Bezirksbildungsausschuß veranstaltet im Winter 1924/25 vier proletarische Festerunden im Großen Schauspielhaus, und zwar am Sonntag, den 21. September: „Die Internationale“; Sonntag, den 5. Oktober: „Feterlunde zu Ehren Tolstois“; Sonntag, den 9. November: „Die Revolution“; Freitag, den 29. Dezember: „Weihnachtsfeier“; außerdem vier große Konzerte in der Philharmonie, Bernburger Straße; Sonntag, den 12. Oktober: Orchesterkonzert, Werke von Beethoven und Brahms; Sonntag, den 23. November: Königlich-kammermusik; Sonntag, den 25. Januar 1925: Internationale Wieder- und Vorgesänge; Sonntag, den 15. März 1925: Slawische Musik, Werke von Tschaikowsky und Dvorak. Vier Festerunden und vier Konzerte im Abonnement je 3,00 Goldmark. Einzelnverkauf für beide Veranstaltungen liegen aus bei allen Abteilungsvereinigungen und den Mitgliedern der Kreisbildungsausschüsse.

Uterabende von Steglitz, Lichterfelde, Conwit, Feute, Donnerstag, den 28. August, abends 6 Uhr, wichtige Sitzung bei Tietz, Ringstr., 12a. Uterabende: Tagesordnung: 1. Neumahl des Obmannes, 2. Arbeitsplan, 3. Schulgemeinschaft, 4. Verschiedenes. Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr, gemeinsame Sitzung der Schulgemeinschaft im gleichen Lokal. Alle Uterabende, namentlich die Obleute der Schulen, müssen erscheinen.

Ein Autobus mit Insassen verbrannt.

Ein schweres Autounglück ereignete sich nachts um 1 1/2 Uhr auf der Chaussee zwischen Heinos und Raalte in der niederländischen Provinz Overijssel. Ein vollbesetzter Autobus, der von einer Kirmes in Heinos zurückkehrte, geriet auf unauferklärte Weise in Brand und war nach wenigen Minuten vollkommen ausgebrannt. Es entstand im Wagen eine unbeschreibliche Panik, da die beiden Wagenführer abgeschlossen waren und die Schlüssel in der Verwirrung nicht gefunden werden konnten. Vorbeifahrenden Radfahrern gelang es, einige Personen durch die Fenster aus dem Wagen herauszuziehen. Die übrigen Passagiere verbrannten vollständig, so daß die genaue Anzahl der Opfer noch nicht festgestellt werden konnte. Sechs Leichen sind jedoch schon identifiziert. Ein Insasse sah noch ausrecht, aber völlig verkohlt im Wagen. Der Chauffeur und die wenigen Begetzten mußten infolge ihrer schweren Brandwunden in ein Krankenhaus geschafft werden.

Falschmeldung über ein Grubenunglück. Die B.T.D. aus Hohenlohe-Ernstthal telegraphisch melbet, ist die auswärtige Blättermeldung von einem Grubenunglück auf dem Kaisergruben-Rohlschacht in Gerddorf, wobei 18 Bergleute verwickelt sein sollen, erfunden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftlicher Berlin G. L. Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kameradschaft Kreuzberg, Freitag, den 29. August, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Meise, Richterstr. 23. Vorstand und Komitee um 7 Uhr wichtige Besprechungen. Republikaner als Gäste willkommen. — Kameradschaft Friedrichshagen, Freitag, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr. In Schmidt's Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 10a, letzte Annahme und Entgegennahme des Fahrgeldes für die nächste Fahrt. Fahrgeld einschließlich Essen und Getränke abends 4.— M. Aufstehen Gruppen. Bezirksführer- und Vorstandssitzung. — Kameradschaft Oranienburg, Freitag, abends 7 Uhr, bei Schneider, Breitenauer Allee 13, Abteilungsleiter, Stellvertreter und Gruppenführer wichtige Besprechung. — Kameradschaft Tempelhof, Sonntag, abends 8 Uhr, im Hotel, abends 6 Uhr. Karlens Hofhof Tempelhof. — Jugendkameradschaft Oberlysee, am Donnerstag, den 28. August, Hoffenberg, Wilmershof, im Jugendheim am Hoffenberg, Nr. 117. — Gruppe Tempelhof, Reichsstr. 12b, Sonntag, abends 8 Uhr. Reichsbannerabteilung. Nicht oder, zu erscheinen. — Ortsgruppe Schwedde, Sonntag, den 29. August, abends 8 Uhr, Vorkommnisse der Kameradschaft bei Kraus am Bahnhof, Wilmershof, Wilmershof. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Schwarzrotgold des Junge- und Kiefernabte G. B. Südwelt. Monatsversammlung heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Eisenstr. 100/110, im Schulhof, Protestmaßnahmen.

Verband Volksgenossen, Disziplin Berlin, Donnerstag, den 28. August, abends 10 Uhr, im Rosarien-Palast, Pfandstr. 9-11, Rabe Jannowich, Redner, Vortrag des Genossen Hermann Hauptmann: Individualismus und Sozialismus. Gäste willkommen. (Jeden Donnerstag Vortrag mit Musikanten.)

Berliner Mittelband, Ortsgruppe Mühlh. Freitag, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr, Vorkommnisse im Rosarien-Palast, Pfandstr. 9-11.

Der Reichsverband der Arbeitervereine, G. B. Bezirk, Bayerische Str. 111, hält am Freitag, den 29. August, vorm. 3 Uhr, im Oranienhof, Schilde Hotel, seinen Verbandstag 1924 (Generalversammlung) ab. Arbeiter-Radio-Klub, Freitag, den 29. August, „Radioabend“ in der Schule Mühlh. Material und Apparate ist mitsprechend.

Geschäftliche Mitteilungen.

V. P. P. des heftigen Primus-Palast Potsdamer Straße. Derselbe wird von dem bekannten Rindfleisch Brudermann am 3. September in ein neues, vollständiges Gewand gekleidet. In der Eröffnungsszene wird der Domogonist Prof. Ritter eine Reihe von Originalkompositionen zum Vortrag bringen. Der Dines, ein erleuchteter und bewährter Rindfleischmann, übernimmt die Leitung des Theaters und wird sich bemühen, V. P. P. in die Reihe der ersten und besten Rindfleischtheater Berlins einzuführen. Die Besetzung lag in den Händen der Architekten Wolfson und Kaufman. Gestrichelt wird der V. P. P. mit der Uraufführung „Gedner von Rottrame“.

Weiter für Berlin und Umgegend. Stimmlich Müll, meist bemittelt bei schwacher Luftbewegung; keine erheblichen Niederschläge. — Für Deutschland. Im Küstengebiet noch einzelne leichte Regenfälle, überall ziemlich kühl und wolfig.

Mef * Stoffe

durch Güte und Preiswürdigkeit seit Jahren bekannt

Die Preise steigen: heute als morgen!

Wir bieten noch an:
Anzug, Paletot- und Ulster- 5⁰⁰ 7⁰⁰ 11⁰⁰ 13⁰⁰ etc.
Stoffe, neue Musterungen . . . M.
Damen-Rockkaro und Streifen 4⁰⁰ 7⁰⁰ 8⁰⁰ etc.
in Cheviot und Velours . . . M.
Tuchhaus M. E. Freitag, Molkenmarkt 14
Ecke Molkenstraße

Beispiele:

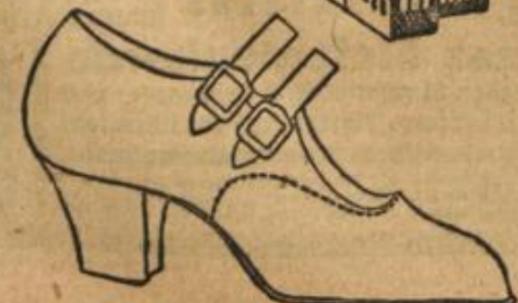
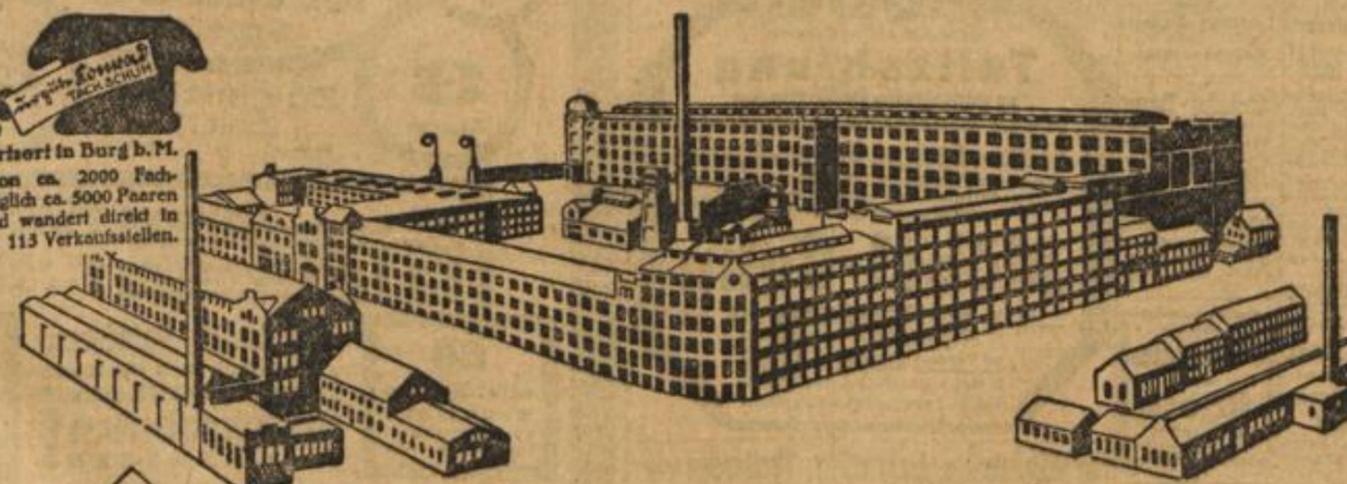
- Damen-Halbschuh, beliebte Form Lady . . . 6⁰⁰
- Damen-Pumps, der beliebte Modeschuh . . . 7⁵⁰
- Damen-Spangenschuh mit moderner Schiebeshalle . . . 7⁹⁰
- Brauner Damenspangenschuh, sehr vornehmer Strahenschuh. 9⁸⁰
- Herrren-Halbschuh, gefällig in der Form . . . 8⁰⁰
- Herrren-Stiefel, echt R.-Chevreau, spottbillig . . . 9⁸⁰
- Brauner Herrren-Halbschuh, echt Rindbox . . . 11⁰⁰
- Herrren-Stiefel, ia R.-Chevreau, echt randgenäht . . . 12⁵⁰

Verkaufsstellen in Berlin und Vororten:

- SW, Friedrichstr. 240/41
- W, Potsdamer Str. 50
- W, Schillerstr. 16
- NW, Beusselstr. 29
- NW, Turmstr. 41
- NN, Wilsnacker Str. 22
- N, Brunnenstr. 37
- N, Damsiger Str. 1
- N, Friedrichstr. 130
- N, Müllersstr. 3
- O, Androssstr. 20
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstr. 2 a
- SO, Wrangelsstr. 49
- C, Spittelmarkt 15
- C, Rosenthaler Str. 14
- NN, Wilsnacker Str. 22
- Neukölln, Bergstraße 30/31
- N, Damsiger Str. 1
- Wilmersdorf, Str. 122/23
- Potsdam, Brandeburger Str. 34



„Sein“ Geburtsort in Burg b. M. „Er“ wird von ca. 2000 Facharbeitern in täglich ca. 5000 Paaren hergestellt und wandert direkt in seine eigenen 113 Verkaufsstellen.



Tack & Co AG
Burg
b. Magdeburg

Extra billige Angebote!

Einsegnungs-Anzüge 19⁵⁰

Blauer Cheviot, 1 reihig, hübsche flotte Form 28⁵⁰ 24⁰⁰ 22⁵⁰

Einsegnungs-Kleider 9⁵⁰

Blauer Cheviot, reine Wolle, in reichh. Auswahl 16⁶⁵ 13⁵⁰ 12⁴⁰

Herren-Anzüge

Herren-Sakko-Anzug aus hübschen, gemusterten Stoffen	22⁵⁰
Herren-Sakko-Anzug dunkel gemustert	26⁵⁰
Herren-Sakko-Anzug gute Stoffe, gute Verarbeitung	36⁰⁰
Herren-Sakko-Anzug vorzügliche Qualität, beste Verarbeitung	45⁰⁰

Burschen-Anzüge 17⁰⁰

3teilig, grau gemusterte Stoffe 24⁷⁵

In allen anderen Abteilungen sind die Preise ebenfalls ganz bedeutend herabgesetzt

Herren-Ulster

Herren-Uebergangs-Ulster neue Form, Fischgräten-Muster	22²⁵
Herren-Ulster gute Stoffe, vorzügliche Verarbeitung	33⁷⁵
Herren-Loden-Mäntel gute Stoffe mit Sattel, Gurt und Falte	18⁰⁰
Gummi-Mäntel in großer Auswahl von	14⁷⁵

Kleider-Vertrieb G.m. b. H. Kommandantenstraße 80-81
 2. Verkaufsst.: Osten, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsst.: Lichtenberg, Frankfurt Allee 82. 4. Verkaufsst.: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eing. Boddinstr. 5. Verkaufsst.: Norden, Müllersstr. 181

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Figaros Hochzeit

Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Polenblut

Volksbühne
Tägl. 8 Uhr:
Gelsa

Deutsch. Theater
Sommerzeit
Städtl.: Stadt und Gasse
Tägl. 8 Uhr

Nur noch bis 31. Aug.
Maxdahlbert u. Max Lande
in
Clubleute

Kammerspiele
Sommerzeit
Städtl.: Stadt und Gasse
Tägl. 8 Uhr

Nur noch bis 31. Aug.
Das Zeichen an der Tür

Theater L. & Klappstein
Heute 7 U. z. 1. Male:
Die Leinwand des Käufers

Komödienhaus
Sonnabend 8 Uhr:
Mein Vetter Eduard

Berliner Theater
Sonnabend 7 Uhr:
Der süße Cavalier

Th. a. Nollendorpl.
Tägl. 7.25 und 9.15:
Gösta Berling, I. T.

Mozartaal
Täglich 7 u. 9 Uhr:
ROSITA

SCALA
8 Uhr:
Internat.
VARIETE

Th. d. Admiralspalast
Allabendl. 8 1/2 Uhr:
Die neue gr. Revue
„Noch und Noch“

Das Drama. Theater
8 1/2, Gesamtl. 30.31
Tel. Norden 10160/61
Eröffnung
Heute 7 Uhr:
Gilles u. Jeanne
von Georg Kaiser

Intimes The. 8 U.
Laf des s. in. adf. kann
Besuch im Barr. etc.

Metropol-Theater
8 U., D. Weltstädtler
Mascottchen

Th. I. Kommand. Str.
Ab 30. Aug. 8 Uhr:
Mister Globetrotter
Operette v. O. Urack

Tribüne 8 Uhr:
D. Gatte d. Früheins
Euk. Schm. Mathel

Große Volksoper im Theater
des Westens
8 Uhr: Samson u. Dalila (Sommer-
preise)

LUNAPARK
Donnerstag: Elitetag
Feuerwerk / Tonkünstlerkonzert
Preisgabe!
Welchen Titel gibt die Genossen-
schaft dem scherz. Bühnenge-
hörigen ihrem Kunstfest am
3. September?
100 Preise!
Kostüme, Mäntel, Jacken, Hüte,
Pelze, Schuhe, Schirme, Hand-
tasche u. dergl. (Damen- und
Herren-Moden erster Firmen).
Theaterkarten der Berl. Theater
(einschl. Staatstheater) usw. usw.
Eintritt 1 Mark
Tägl. 20 Pf. Weltfahrtsg. 1. & 2. E. L. & L.

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, 28. Aug., nachm. 2 1/2 Uhr
Deutsches Hürden-Rennen

**Theater am
Königsplatz**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 5 U.
**Blite-
Sänger**
Der größte
Lachserfolg
der Saison.
„Kegelklub
Diecköppe“

PPP
POTSDAMERSTRASSE
Das vornehme Uraufführungs-Theater
Primus-Palast-Potsdamerstr. 19

wird Dienstag, den 2. September, abends 9 Uhr,
nach vollkommener künstlerischer Umgestaltung mit dem
Bruckmann-Großfilm

**DER GLÖCKNER
VON
NOTRE DAME**



eröffnet!
An der Konzertorgel: Domorganist **Prof. Walter Fischer.**
Vorverkauf ab Sonnabend von 11 bis 1 Uhr

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Der Familienklex
m. Jul. Falkenstein
Gutschein
bis Sonntag 31. Aug.
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
**Die große Revue:
Wien gib acht!**
Ueb. 150 Mitwirkende
Karten 2-16 Mar.
Kasse den ganzen Tag geöffnet

**Krause-
Pianos
zur
Miete**
Ansbacher Str. 1,
Täg. Kapellmeisterstr.

Damentaschen
bis zu den elegantesten
Autorinduck-Koffert., Lederl. M. 10.95
Florida-Vollleder-Koffert. M. 5.25
Rindled.-Aktentaschen m. Griff M. 5.25
Besuchtaschen von M. 1.50 an
Coupékoffer von M. 4.90 an
Auch Einzelverkauf!

Lederwarenfabrik Metzler
Prinzenstr. 88, auch Vertriebspl. u. Rithstr.

Rose-Theater
8 Uhr:
Komtesse Guckert
Gartenbühne 7 1/2
Glücksschulze

Reichshallen-Theater
Wieder täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang 8 Uhr
Dönhoff-Brettel
(Reichshallen-Theater auf Garten
Gr. Spezial.-Progr.
Anf. 7 1/2, Sonnt. 5 1/2 U)

kleines Th.
Der Teufelsadvokat
Eine Casanovakom.
mit Ferdia. Bonn
Gutschein
bis Sonntag 31. Aug.
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Waller-Theat.
Täglich 8 Uhr:
**Der ungetreue
Eckehart**
Schwank in 3 Akten
von Hans Storm

Möbel-Cohn
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstr. 47-48
(5 Min. v. Bahnh. Gesundbrunnen)
Von 8-7 ununterbrochen geöffnet

Möbel
jeder Art auf bequemste
Teilzahlung
zu günstigsten Bedingungen
Preise bedeutend herabgesetzt
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer
sämtliche Einzelmöbel in Nußbaum und Eiche,
Klubbarnaturen und sonstige Polstermöbel,
weiße, farbige und naturfarb. Küchen.

Möbel-Cohn
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstr. 47-48
(5 Min. v. Bahnh. Gesundbrunnen)
Von 8-7 ununterbrochen geöffnet

Für Möbelfabriken, Baugeschäfte, Tischlereien usw.!

Empfehlen vom Sagerplatz
Berlin N, Scharnhorststr. 20:
Trockene Stamm- und Zopfbretter
in allen Größen.
Kistenbretter, Rüstbretter, Rüststangen usw.

Kurt Ehrlich & Co., G.m.b.H.
Telephon: Norden 6774.

Komische Oper · Premiere Freitag, 29. Aug., 7 Uhr
Die gewaltigste und größte Revue der Welt:
Das hat die Welt noch nicht gesehen!
Hammersänger Leo Slezak als Gast · Ueber 250 Mitwirkende · Original-Ausstattung der Pariser Revuebühnen

Das vornehme Uraufführungs-Theater
Primus-Palast-Potsdamerstr. 19
wird Dienstag, den 2. September, abends 9 Uhr,
nach vollkommener künstlerischer Umgestaltung mit dem
Bruckmann-Großfilm
**DER GLÖCKNER
VON
NOTRE DAME**
eröffnet!
An der Konzertorgel: Domorganist **Prof. Walter Fischer.**
Vorverkauf ab Sonnabend von 11 bis 1 Uhr

Möbel
jeder Art auf bequemste
Teilzahlung
zu günstigsten Bedingungen
Preise bedeutend herabgesetzt
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer
sämtliche Einzelmöbel in Nußbaum und Eiche,
Klubbarnaturen und sonstige Polstermöbel,
weiße, farbige und naturfarb. Küchen.

Möbel-Cohn
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstr. 47-48
(5 Min. v. Bahnh. Gesundbrunnen)
Von 8-7 ununterbrochen geöffnet

Für Möbelfabriken, Baugeschäfte, Tischlereien usw.!

Empfehlen vom Sagerplatz
Berlin N, Scharnhorststr. 20:
Trockene Stamm- und Zopfbretter
in allen Größen.
Kistenbretter, Rüstbretter, Rüststangen usw.

Kurt Ehrlich & Co., G.m.b.H.
Telephon: Norden 6774.

Freitag 29. August
Morgen abends 8 UHR
KRONE
Erster europäischer **3 Manegen-CIRCUS**
Berlin · Schönhauser Allee · Hauptbahnhof Danziger Straße

ERÖFFNUNG

Berlin im Zeichen circusischer Hochleistungen!!

85 gigantische **85**
CIRCUS-Spiele!
in **3** Manegen zu gleicher Zeit!! in **3** Manegen

16 tollkühne Jokeys auf einmal in **3 MANEGEN**
22 Luftkünstler auf einmal in den Lüften

60 verschiedene Raubtiere zu gleicher Zeit in **3 Manegen**
30 Indier-Bajadern auf einmal in **3 Manegen**
28 Akrobaten! in **3 MANEGEN**
60 verschied. exotische Tiere, wie Büffel, Kamels, Pferde, Zebus auf einmal in **1 Manege** allein

Krones Elefantenherde
4 Schulleiter, 21 verschiedene Reitkünstler und Reitkünstlerinnen · Massen-Freiheitsdressuren!

Vorverkauf ist eröffnet! Bei allen Theaterkassen Wertheim u. auch allen 12 Circuskasernen täglich, ab 10 Uhr vorm. **ununterbrochen!**

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Das erste, beste Prog.
Zum Schluss:
Der Eröffn.-Schlag
Muß Liebe schön sein!
Komodie in 4 Act.
Volkstüml. Preise

WINTERTHEATRE
Winstons werden
mitw. u. auch. Symphon
sowie der
August-Spielplan!
Rausen gestaffelt!

Kommunistisches Doppelspiel.

In Rußland hui! — in Deutschland psui!

Von Artur Crispian.

In Deutschland wüsten die Kommunisten gegen die Annahme des Dawes-Gutachtens.

In Rußland feiern die Kommunisten das während der Londoner Konferenz zustandekommene englisch-russische Abkommen.

In Deutschland hat ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter dem Reichstag eine ganze Beilage der „Roten Fahne“ eingesandt. In dieser Beilage wettert der Kommunist gegen „die Bankenherrschaft“ und gegen „die kapitalistische Fremdherrschaft“, die durch das Dawes-Gutachten über Deutschland verhängt werden sollen. „Bei der internationalen Verflechtung des Kapitals“ sei jede Hoffnung auf eine endgültige Besserung der Lage des Gesamtproletariats „durch zersplitterte Kämpfe sinnlos“, helfen könne nur „die Diktatur des Weltproletariats“.

In Rußland wurde, wie der „Vorwärts“ dieser Tage melden konnte, die Engländerin Frau Lawrence, Mitglied des Parlaments und der englischen Arbeiterpartei, bei ihrer Ankunft in Moskau von der Sowjetpresse mit dankbaren Gefühlen begrüßt. Mehr noch. In der Sitzung des Moskauer Sowjets vom 20. d. M. befand sich der Berichterstatter Rakowski, daß die englische Arbeiterpartei zum Gefangen des Abkommens viel beigetragen habe. Und in der Resolution des Sowjets heißt es ausdrücklich, daß „die aktive Teilnahme des organisierten englischen Proletariats, vertreten durch die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften, bei dem Abschluß des Vertrages als eine der wichtigsten Äußerungen der internationalen Klassenolidarität der Arbeiter betrachtet werden müsse“. So ist die Tonart jetzt. Es ist aber nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß die Bolschewisten vor gar nicht langer Zeit den Führer der englischen Arbeiterregierung und Hauptförderer des englisch-russischen Abkommens, MacDonald, in dem amtlichen Bolschewistenorgan „Pravda“ also beschimpften: „Wir dürfen erwarten, daß er die Außenpolitik des englischen Imperialismus fortsetzen wird, eine Politik, die sich zusammensetzt aus Habgier, Heuchelei, Gemeinheit und Schlaubei, eine Politik, die auf der grausamsten Ausbeutung verschiedenster Länder beruht. MacDonald wird auch den heuchlerischsten kapitalistischen Politiker übertreffen.“

In der Tat, MacDonald hat „auch den heuchlerischsten kapitalistischen Politiker übertroffen“. Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt hat er, im Gegensatz zur Politik Baldwin-Curzon, die Sowjetregierung anerkannt. Dabei war er „gemein“ genug, als Gegenleistung dafür keinerlei Konzessionen von der Sowjetregierung zu fordern.

Man muß ferner wissen, daß MacDonald auch weiterhin fortgesetzt bemüht gewesen ist, Sowjetrußland das größte Maß an Entgegenkommen zu sichern und daß er die arbeitenden Massen Sowjetrußlands nach Möglichkeit vor neuen harten Belastungen schützen will. Das erkennen die Bolschewisten gegenwärtig auch dankbar an und sie stellen das Zustandekommen des englisch-russischen Abkommens als „einen großen Erfolg der bolschewistischen Politik“ hin. In England hat inzwischen ein heftiger Kampf der Kapitalisten gegen die Ratifizierung des Abkommens eingesetzt.

Wie führen die Kommunisten praktisch ihren Krieg gegen „die Bankenherrschaft“ und gegen „die kapitalistische Fremdherrschaft“? Wie fördern sie praktisch „die Zusammenschließung des Weltproletariats“, damit es „die Diktatur“ über „das international verflochtene Kapital“ erlange?

Schauen wir uns einige Hauptbestimmungen des englisch-russischen Abkommens an, dessen Zustandekommen die Kommunisten selbst als „einen großen Erfolg“ ihrer Politik ansprechen:

Die kommunistische Regierung Rußlands verpflichtet sich, die Ansprüche der englischen Besitzer von Vorkriegsschulden anzuerkennen und die Besitzer billig zu entschädigen. Die russische Regierung verpflichtet sich, alle Ansprüche der englischen Regierung gegen die Sowjetregierung, dazu gehören Kriegsdarlehen von England an die Zarenregierung, zu regeln. Die russische Regierung verpflichtet sich, eine runde Summe an England zu zahlen, zur Abfindung der besonderen Schadenerschlagsansprüche von Engländern wegen politischer Ereignisse und Maßnahmen in Rußland seit dem 1. August 1914. Insbesondere sind auch die englischen Kapitalisten zu entschädigen, die von den russischen Nationalisierungsdekretten für gewerbliche Unternehmungen getroffen sind.

Die Gesamtsumme der russischen Schulden wird mit 10 Milliarden Goldrubel berechnet. Dabei sind die Kriegsanleihen durch russische Gegenforderungen schon als gelöst berechnet. Es wird nicht zuletzt von dem guten Willen der englischen Kapitalisten und von der Konzessionsbereitschaft der russischen Kommunisten abhängen, ob und welche Ermäßigungen und Erleichterungen in der Schuldenfrage noch zu erreichen sind.

Die alten Handelsverträge werden aufgehoben. Der neue Handelsvertrag sieht die Meistbegünstigung und die Ausdehnung des Systems der englischen staatlichen Handelskredite auf die Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland vor.

Die russische kommunistische Regierung übernimmt erneut in verschärftester Weise die Verpflichtung, keine Unternehmungen zu fördern oder zu dulden, die gegen den Bestand und die Wohlfahrt der englischen Monarchie gerichtet sind.

Wenn die russische Regierung alle ihre Verpflichtungen erfüllt, dann wird England sein Parlament ersuchen, eine Anleihe für Rußland zu garantieren.

Das heißt, die englische Regierung kann nicht aus eigenen Mitteln eine Anleihe bewilligen. Hier soll das Privatkapital, sollen die Banken helfen. Sechs der größten Banken Englands haben schon zu Beginn der Verhandlungen mit Rußland ihre Bedingungen formuliert: Wiederherstellung des Privateigentums, Einführung einer Zivilrechtsordnung, Schaffung unabhängiger Gerichte, Sicherung privater Verträge, Garantien

Deutschvölkische Theologie.



„Mit nichts, Geliebte im Herrn, sind Christentum und Militarismus unvereinbare Gegensätze. Hat doch der liebe Heiland selbst — denken wir an den Hauptmann von Kapernaum — gern in Offizierskreisen verkehrt.“

gegen Beschlagnahmungen usw. Ohne harte Verpflichtungen geben die Kapitalisten kein Geld her.

Sowjetrußland braucht dringend auswärtige Anleihen, und es wird sich sicher mit den Bankkapitalisten über „die Errichtung der kapitalistischen Fremdherrschaft“ in seinem Lande friedlich und schiedlich verständigen.

Die russische kommunistische Regierung ist mit allen ihren Kräften und Fähigkeiten bemüht, zu wirtschaftlichen Beziehungen mit den kapitalistischen Regierungen und großkapitalistischen Konzernen in der ganzen Welt zu kommen.

Das ist, wie der oben mitgeteilte Auszug aus dem englisch-russischen Abkommen erneut bestätigt, nur unter schweren Opfern und immer neuen Belastungen der arbeitenden Massen in Rußland möglich: Abzahlung von Zaren-Schulden, Entschädigungen von Kapitalisten, Gewährung von Ausbeutungskonzessionen an nationale und internationale Kapitalisten, Oeffnung Rußlands als Anlagegebiet für internationale Finanzkapitalisten durch die Methode der äußeren Anleihe.

Obendrein müssen die russischen Kommunisten, weil sie die Regierungspartei sind, auf das Brunnstück ihrer Propaganda, die Förderung der proletarischen Weltrevolution ausdrücklich verzichten und Burgfrieden mit kapitalistischen Regierungen feierlich eingehen.

Nach diesen Feststellungen kann man den groben Unfug

ermessen, den die Kommunisten in Deutschland auf Befehl von Moskau mit ihrem Geshimpfe gegen die Haltung der Sozialdemokratie gewerbsmäßig verüben.

Deutschland kann ohne äußere Anleihe, ohne Beseitigung militärischer Zwangsmassnahmen und gewaltiger Eingriffe in seine Wirtschaft nicht zur stabilen Währung und Belebung seiner Produktion gelangen. Ohne stabile Währung und Belebung der Produktion kann das Proletariat in Deutschland seine Kampfkraft nicht wiederherstellen, kann es seine Lebenshaltung nicht heben, kann es nicht die Vorbedingungen für seinen Sieg über den Kapitalismus schaffen. An politischen Wirkungsmöglichkeiten fehlt es dem Proletariat in Deutschland, im Gegensatz zu Sowjetrußland, nicht. Damit sich diese Wirkungsmöglichkeiten voll entfalten können, ist eine andere Haltung zum Dawes-Gutachten, als die der Sozialdemokratie, einfach unmöglich. Es sei denn, man wollte das Proletariat dem Kapitalismus wehrlos ausliefern.

Das ist das Furchtbare in Sowjetrußland, daß die Gewerkschaften dort keine freigebildeten Organisationen sein können, daß sie den kommunistischen Parteiorganisationen und Regierungsbehörden unterstehen, daß sie nicht, wie in Deutschland, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen die kapitalistische Ausbeutung kämpfen können. Das ist das Furchtbare in Sowjetrußland, daß das sozialistische Proletariat keine poli-

ischen Wirkungsmöglichkeiten hat, daß seine Vorkämpfer jacobinischen Tschakabestien, wie Koshernikow, ausgeliefert sind und auf den Teufelsinseln im Weißen Meer gemartert werden. Darum trifft jede Konzession der Kommunisten an die Kapitalisten das russische Proletariat unendlich härter als irgendeine Bankenherrschaft die Arbeiter in irgendeinem Land je treffen könnte.

Bisher haben die Kommunisten in Deutschland nicht genügend aufgeklärte Arbeiter mit Botschaften auf einen unmittelbar bevorstehenden Sieg des Bolschewismus in Deutschland genarrt. Dieses Trug- und Gaukelspiel ist zusammengebrochen. Jetzt bemühen sie sich, ihre politische Existenz durch nationalsozialistische Verheerungen zu erhalten.

Die Kommunisten werden von Arbeitern schon als Humoristen bezeichnet, die kommunistische Partei als komische Partei.

Wer wollte die Berechtigung dieser Kennzeichnung der Kommunisten bestreiten? Die Kommunisten haben längst den Schritt vom Erhabenen, Durchführung der Weltrevolution, zum Lächerlichen, nationalsozialistisch-antifemische Radaupolitik, gemacht.

Die Speisekarte des Sozialrentners.

Der Rat von Dresden hat den Stadtarzt Dr. Dienemann aufgefordert, ein Gutachten darüber abzugeben, wieviel ein Mensch, der keiner Arbeit mehr nachgehen kann, zum wöchentlichen Lebensunterhalt bedarf. Dienemann stellt für die Berechnung der Unterstützungssätze dem Fürsorgeamt folgende Zusammenstellung auf:

Der Nahrungsbedarf eines Erwachsenen, der keiner Arbeit nachgeht, beträgt wöchentlich 14 000 Kalorien (Wärmeeinheiten). Es würden deshalb nötig sein:

	Kalorien	W.
8 Vollkornbrotmengen	2 000 (je 0,18 W.)	0,78
2000 g Brot	4 500	0,46
500 g Gemüse	125	0,80
3000 g Kartoffeln	2 750 (1 Pfd. 0,04 W.)	0,24
250 g Speisefett oder Margarine	2 000 (1 . . . 0,74)	0,87
150 g Marmelade oder Sirup	300 (1 . . . 0,48)	0,15
125 g Zucker oder Honig	275 (1 . . . 1,00)	0,25
250 g Fett	600 (1 . . . 0,24)	0,12
160 g Butter	640 (1 . . . 0,38)	0,16
250 g Eier	575 (1 . . . 0,22)	0,11
125 g Kaffee-Erlaß	— (1 . . . 0,35)	0,09
	14 065	8,03

Hiernach würde der Ernährungsaufwand für einen Erwachsenen mit rund drei Mark wöchentlich anzunehmen und zum Ausgleich für wahrscheinliche Preissteigerungen 20 Pf. mehr anzusetzen sein. Insgesamt würde also der Nahrungsbedarf für einen Erwachsenen 3,20 W. betragen. Dazu tritt noch ein Gaszuschlag für Familien von 60 Pf. und für Alleinlebende von 40 Pf. In den Sommermonaten, wo ein Gasverbrauch nur zum Kochen notwendig ist, sind die Verbrauchsmengen als ausreichend anzusehen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Chemnitz des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen bemerkt zu diesem Gutachten mit Recht:

Dieser Küchenzettel, überall eingeführt, würde manche Volkskrankheit radikal ausrotten. Wen könnte die Zuckerkrankheit wohl noch plagen, wer über Herz- oder Lebererkrankung klagt, wen wäre ein Kartoffelbauch wohl noch lästig, wo blieben die Nervenkrankheiten (ohne Koffein und Tee)? Der Jähorn würde völlig verschwinden, da diese Krankheit nur eine Eigentümlichkeit der Fleischesser ist. Auch der Vergar mit all seinen Folgen kommt nach dem Dienemannschen Rezept nicht mehr in Frage, da die Milch nicht mehr sauer und die Butter nicht mehr ranzig werden kann. Der völlige Verzicht auf die ausländischen Gewürze ist auch nur zu begrüßen. Da ist beispielsweise der Senf, durch dessen Genuß die Leute verdummen und der außerdem Fiebel im Gesicht hervorruft, soll und darf der Pfeffer, der den ganzen Geschmack verdirbt. Aber auch der Essig, der nur saure Gesichter macht, wird künftig nur noch zu Umhängen verwendet. Durch die Einstellung auf eine vegetarische Lebensweise wird auch die besondere Ausgabe für Salz fortfallen, da in der Pflanzenkost genügend Salz enthalten ist. — Im übrigen wird Herr Dr. Dienemann dem Sprichwort durchaus gerecht: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“

Das kann man unterschreiben, aber man muß noch hinzusetzen, daß die bürgerliche Mehrheit des gegenwärtigen Reichstags — entgegen den Anträgen der Sozialdemokraten — Unterstützungssätze beschlossen hat, die diese 3 W. für das „Menü der Nichtarbeitenden“ kaum übriglassen. Dr. Dienemann begutachtet wohl noch in Erinnerung an die Kriegszeit, als Ärzte „wissenschaftlich“ nachwiesen, daß Kohlrüben nahrhafter sein sollten als Fleisch und Milch, und Fette überflüssig seien. Vielleicht gibt es noch anderorts solche Ärzte; das wäre zu bedauern, denn schließlich sollten sich die Herren für zu gut halten, eine Hungerlebenshaltung amtlich zu rechtfertigen. Ihre Aufgabe wäre es doch wohl, den Maßgebenden in Reich, Staat und Gemeinde klarzulegen, daß alles getan werden muß, deutsche Staatsbürger, die arbeiten wollen, aber nicht mehr können, über das jetzige Hungerniveau zu erheben.

Konsumentenmacht!

Der Wiederaufbau Deutschlands erfordert Zusammenfassung der Kräfte. Das Unternehmertum hat dies auch längst erkannt und seit Jahren systematisch auf Konzentration hingearbeitet. Die Zusammenschließung von Einzelunternehmungen zu großen Konzernen, Kartellen, Trusts usw. sind täglich Zeuge dafür, wie das Kapital versteht, sich rechtzeitig einzustellen, um in allen Situationen sich Vorteile zu sichern. Ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Einstellung werden hier Wirtschaftspragmen in den Vordergrund gestellt und lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelt. Aus diesen Vorgängen sollte die Arbeiterschaft lernen. Nicht nur, daß sie sich in ihren politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen nicht zersplittern sollte, sie müßte auch von ihrer wirtschaftlichen Macht als Konsument ganz anderen Gebrauch machen, als sie es bis jetzt getan hat. Der Angestellte, Arbeiter und Beamte muß, wenn er seine Macht als Verbraucher ausnützen will, sich in den Konsumvereinen organisieren, um sich durch gemeinsamen Warenbezug auf dem Gebiet des Verbrauchs jene Vorteile zu sichern, die das Unternehmertum auf dem Gebiete der Produktion sich sichert. In wievielen Fällen würde es heute schon der Arbeiterschaft möglich sein, in ihrer eigenen Organisation nicht nur die Warenverteilung, sondern auch Warenproduktion zu ganz anderen, besseren Bedingungen durchzuführen, als es in der kapitalistischen Industrie der Fall ist, wenn eben diese Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre wirtschaftlichen Interessen genau so planmäßig wahrnehmen und vertreten würden, wie dies das Unternehmertum täglich tut.

Der Kampf der Gemeindearbeiter.

Für den sozialen Arbeitsvertrag.

Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 war das Signal zur Beseitigung des Achtstundentags, auch für alle Herren, die im Reich, im Staat und Gemeinde sich zur Vertretung der Arbeitgeberinteressen berufen und verpflichtet fühlen. Das Reich verfügte für Berlin die 8 1/2 stündige Arbeitszeit für die Beamten, während es Preußen, dank dem sozialdemokratischen Einflusse, in Berlin beim Achtstundentag bewenden ließ. Die Gemeinde Berlin forderte als Mitglied des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für die Gemeindearbeiter. Außerdem aber, gestützt auf die Verfügung des Arbeitsministeriums und sanktioniert von der Reichsregierung, die zehnstündige Arbeitszeit für das Personal der Pflegeanstalten.

Beide Vorhölle konnte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für Berlin abwehren, mit Unterstützung der Sozialdemokratie im Roten Hause. Den Gemeindearbeitern blieb der Achtstundentag erhalten, trotz Reichsarbeitsvertrag, dem Haus- und Betriebspersonal der Pflegeanstalten die neunstündige Arbeitszeit, trotz Arbeitsministerium und Gesundheitsamt.

Beim Abschluß des Tarifvertrages für die Elektrizitätswerke gelang es, die achtstündige Arbeitszeit in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.

Die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke haben unter dem Druck der Verhältnisse zu Anfang dieses Jahres die 8 1/2 stündige Arbeitszeit geschluckt, sie sind dabei, beim nahen Ablauf der Vereinbarungen über die Arbeitszeit sich erneut und hoffentlich für dauernd die achtstündige Arbeitszeit zu erringen.

Der Kampf gegen den sozialen Arbeitsvertrag, um Urlaub, Krankentage, Ueberzeitbezahlung und Feiertagsbezahlung, geführt auf der ganzen Front der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter, ist fast gänzlich abgeschlagen. Die Front der Arbeitergegner steht aber noch unerschüttert. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im Reichstag und im Landtag, Herr Baeth in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und hinter ihm als Erfolgshaft die politischen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen laufen Sturm gegen jede Form des sozialen Arbeitsvertrages. Die Organisation wird in den nächsten Jahren all ihre Kraft anzuwenden haben, um die Angriffe der Vertreter des Kapitals auf unsere sozialen Einrichtungen abzuwehren.

Mühsam kommen wir in der Lohnfrage vorwärts. Widerstand an allen Stellen, das Ziel der Arbeitgeber der Industrie und ihrer gelehrigen Schüler in Reich, Staat und Kommune ist die Zahlung niedriger Löhne für die breite Masse, Befriedigung einzelner qualifizierten Arbeiter und damit Zerspaltung der Reihen der Arbeitnehmer. Unter dem Druck des Kapitals stehend, sind wir in Reich, Staat und Gemeinde schrittweise weiter gekommen, wobei wir anerkennen die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei.

Der Angriff auf das Grundrecht des sozialen Arbeitsvertrages,

Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung ist zurzeit im vollen Gange. Für Reich und Staat hat schon im Jahre 1922 der Finanzminister Hermes unseligen Andenkens einen Antrag auf Gewährung von Ruhe-lohn an Staatsarbeiter nicht nur abgelehnt, sondern gleichzeitig einen Angriff auf das bestehende Recht in den Gemeinden Deutschlands unternommen mit dem Erfolg, daß sich die Gemeinden, darunter auch Berlin, bemühen, das bestehende Recht zu schmälern und abzubauen. Für Berlin besteht seit dem 5. Mai 1901 ein Gemeindebefehl über Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt stehenden Personen. Der damalige Beschluß ist zurückzuführen auf Anträge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die in der Stadtverordnetenversammlung die tatkräftigste Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion fanden. Trotz verschiedener Veränderungen im Laufe der Jahre sind die Grundzüge im allgemeinen die gleichen geblieben, im wesentlichen in Anlehnung an die Pensionsverhältnisse der Beamten. Die Zeit nach der Revolution brachte den Rechtsanspruch der Arbeiter und Angestellten auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung, ohne Beitragspflicht der Arbeiter. Ruhe-lohn wie die übrigen sozialen Einrichtungen wurden damals und müssen auch heute noch als Gegenleistung für die relativ niedrigen Löhne der Gemeindearbeiter bezeichnet werden. Seit Jahr und Tag verfaßt der Berliner Magistrat, die Arbeiter und Angestellten zur Beitragsleistung heranzuziehen. Zu den umfangreichen Abzügen für die Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung und Lohnsteuer sollen weitere Abzüge bis zu 1 W. pro Woche bei den Arbeitern (bei den Angestellten dürften die Sätze noch höher sein) für eine neu zu gründende Ruhe-lohnkasse gemacht werden. Das ist sowohl für Arbeiter wie für Angestellte untragbar; sie erheben mit dem gleichen Recht wie die Beamten Anspruch darauf, Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung in der bisherigen Form zu erhalten. Sie wenden sich an alle politisch einsichtigen Parteien um Unterstützung zur Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes.

Gefällig wirkte sich der Abbau bei den Beamten, Arbeitern und Angestellten des Staates und der Gemeinden aus. Berlin allein hat im Jahre 1923 mehr als 20 000 Personen abgebaut,

vessach über das Maß dessen hinausgehend, was eine geregelte Verwaltungstätigkeit erfordert. Der Abbau auf Grund der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 hat die Rechtslage der Arbeiter und Angestellten bei Reich, Staat und Kommune ganz wesentlich beschränkt. Die Zukunft wird den Beamten, Arbeitern und Angestellten in Reich, Staat und Gemeinde schwere Kämpfe um die Erhaltung ihrer bisherigen Rechte und die Weiterführung ihrer Position bringen.

Einigkeit und Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften ist Vorbedingung zum Erfolg!

Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei ist Voraussetzung für den politischen Fortschritt.

Mahnung an die Siemens-Belegschaft!

Aus dem Siemens-Konzern wird uns geschrieben: Bei den Betriebsratwahlen im März 1924 schlossen in den meisten Werken die „oppositionellen“ Betriebsräte die Mehrheit. Die SPD-Beute haben es verstanden, die Belegschaft mit ihrer Phrasologie einzufangen. In ihren Flugblättern wurde das Blaue vom Himmel versprochen. Was aber wurde von diesen revolutionären Heiden in den fünf Monaten ihrer Tätigkeit geleistet?

Jede Lohnbewegung wurde abgelehnt, der Achtstundentag bewußt oder unbewußt verraten. Die Revolutionäre haben keine Ahnung von gesetzlichen Bestimmungen. Ein Teil dieser edlen Epheusjunktionäre hat sich sogar an Arbeitergruppen bereichert und ist dann stillschweigend in der Vertiefung verschwunden. Wir bringen auf diesem Wege der Siemens-Belegschaft folgende Dinge zur Kenntnis: Der revolutionäre Arbeiterratvorsitzende (Sch.) hat 500 W. unterschlagen, die er bei den Kollegen des Werkes für die Firma Beamtenzuschüsse kassierte. Außerdem Sammelgelder der I. A. H. und Beiträge, die er für die Industrieorganisation entfaltete. Als er von seinen Freunden zur Verantwortung gezogen werden sollte, schrieb er der SPD-Fraktion des Siemens-Konzerns, daß er die Gelder im Spiel verloren hat. In seinem uns vorliegenden Schreiben (vom 19. August) ersuchte er, ihm das Urteil mitzuteilen. Am Sonntag nahm er sich das Leben.

Ein anderer SPD-Fraktionsmann, der ehemalige Vorsitzende des Betriebsrates eines Werkes, L., hat sich in ähnlicher Weise vergangen, indem er aus dem Konsum seines Werkes einen Posten Zigaretten ohne Bezahlung mitnahm. Der ganz edle Moskowitzer F. aber, ehemals Vorsitzender des Betriebsrates der Bauleitung, wollte an die Direktionsmitglieder seines Werkes je 5 Pfund Schokolade verteilen, das eigentlich seinen Kollegen zustand. Die Direktion lehnte es aber dankend ab, von diesem weltberühmten revolutionären Angebot Gebrauch zu machen.

Arbeitsrechtlich haben diese Leute überhaupt keinen Schimmer, das beweist die Wahl zum Gesamtbetriebsrat. Auf Veranlassung des Oberrevolutionärs S. wurden bei der Gesamtbetriebsratswahl die Stimmzettel gekennzeichnet mit dem Wort „Opposition“. Der Wahlvorstand mußte laut I. A. H. Wahlordnung § 9, die so gekennzeichneten Stimmzettel, 61 an der Zahl für ungültig erklären. Darob ganz erstaunte Gesichter bei den Kapuzisten. Man ließ zum Bürgerlichen Gericht und beantragte, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung, daß der Wahlvorstand korrekt verfahren ist.

Der neue, jetzt noch amtierende Arbeiterratsvorsitzende des B.-Werkes, ebenfalls ein Moskowitzer, erklärte auf die Frage des Vertreters des Oberpräsidenten im Besen der Firmenleitung amtlich einer Stilllegungsverhandlung, wie die Betriebsvertretung dazu stehe, daß er mit den gesetzlichen Bestimmungen (der Stilllegungsverordnung) nicht so vertraut sei. Er bitte um die nötige Aufklärung.

Im Wernerwerk wird von diesen revolutionären Heiden der neun- bzw. zehnstundentag sanktioniert.

Ist es nicht endlich an der Zeit, daß die Siemens-Belegschaft diese Renegaten der Arbeiterbewegung zum Teufel jagt, daß man ihnen zeigt, wo sie hingehören? Man muß nur die Langmut der Belegschaft bewundern. Genug des grauenhaften Spiels!

Der Siemens-Belegschaft rufen wir zu: Besinnt Euch, hinweg mit diesen Schädlingen in der Arbeiterbewegung, erkennt nun endlich, daß nur die freien Gewerkschaften die Träger und einzig richtigen Vertreter der Arbeiterschaft sein können. Rost Euch auf, tretet wieder ein in die Reihen der freien Gewerkschaften!

Wir haben hier in Berlin die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend mit 175 Lebensmittel-Abgabestellen, 3 Warenhäuser, 6 Fleischverkaufsstellen. In Lichtenberg unterhält sie neben mehreren anderen Betrieben die größte Bäckerei Berlins, hat eine Zweigbäckerei in Tempelhof, verfügt insgesamt über 75 Doppelauszugöfen, stellt anerkanntermaßen das beste Brot her und könnte viele Mehrverbraucher mit Brot beliefern, wenn nur die ihrer wirtschaftlichen Struktur nach für die Konsum-Genossenschaft unbedingt als Mitglieder in Betracht kommenden Verbraucher ihre Kaufkraft so organisieren und konzentrieren wollten, daß sie lediglich in dieser für sie in Betracht kommenden Organisation ihren Bedarf an Brot und Backwaren decken würden. Dort steht der Betrieb, technisch und hygienisch vornehmlich wie kein zweiter, und er wird wirtschaftlich nicht voll ausgenutzt, weil die Verbraucherschaft es nicht versteht, ihre Interessen richtig zu wahren.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine ist, wie schon der Name besagt, ein Zentralunternehmen der deutschen Genossenschaftler, sie unterhält Seifenfabriken, Zündholzfabriken, Teigwarenfabrik usw. usw. und muß teilweise verlornt arbeiten lassen auch nur deshalb, weil die Arbeiterschaft nicht versteht, ihren eigenen Betrieb in erster Linie zu unterstützen. Hier öffnet sich namentlich für unsere Frauen ein ungeheures Gebiet praktischer Tätigkeit. Die Frau muß sich viel mehr bewußt werden, welche Macht sie mit ihrem Wareneinkauf ausübt. Sie muß jeden Wareneinkauf so gewissenhaft als eine Volksabstimmung betrachten. Deckt sie ihren Bedarf in einem Privatgeschäft, so stimmt sie damit ab für die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung; deckt sie dagegen ihren Bedarf im Konsumverein, so stimmt sie für die sozialistische Wirtschaftsordnung und trägt ihrerseits dazu bei, die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft zu fördern. Je mehr dieser Gedanke von der arbeitenden Bevölkerung erfaßt und in die Tat umgesetzt wird, desto mehr trägt sie auch wiederum dazu bei, daß Angehörige ihrer Klasse von der kapitalistischen Fron losgelöst und im genossenschaftlichen Betrieb beschäftigt werden können.

Selbstverständlich muß auch da gearbeitet, mit aller Hingabe gearbeitet werden, aber jeder dort Tätige — sei es nun ein Lehrling in irgendeiner Abgabestelle, sei es irgend ein anderer Beamter bis hinauf zum Geschäftsführer selbst — arbeitet für die Gemeinwirtschaft, sie alle wirken durch ihre Tätigkeit für die von uns erstrebte sozialistische Wirtschaftsordnung. Wenn so unsere Berliner Frauen und Männer den Genossenschaftsgedanken erfassen und betätigen, werden wir es sehr bald erleben, daß die jetzigen Einrichtungen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend nicht mehr ausreichen, um den Bedarf ihrer Mitglieder zu decken. Wir wissen aber auch, daß die Rettung der Konsum-Genossenschaft wissenschauend Vorfrage getroffen hat, um viel weiteren Ansprüchen genügen zu können, als gegenwärtig an sie gestellt werden. Sie besitzt Grundstücke genug, um auf diesen Produktionsstätten zu errichten, sie ist auch nicht etwa engbergig, um alle Dinge von einer Stelle aus zu regeln, sondern ist bestrebt, ihrem ganzen Betrieb die größte Wirtschaftlichkeit zu verleihen, und so wird sie in ihrer weiteren Entwicklung Bäckereien, Bogenhäuser und andere Betriebe nicht nur an einer Stelle in Lichtenberg, sondern in den verschiedensten Gegenden Berlins errichten, um strahlenförmig dieses große Wirtschaftsgebiet mit Waren jeglicher Art zu versorgen.

Angestellte, Arbeiter und Beamte, Männer und Frauen, werdet euch bewußt, welche Macht ihr als Verbraucher verkörpert; werdet euch bewußt, daß diese Macht nur benutzt werden kann, wenn sie organisiert ist, und schließt euch deshalb der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend an!

Internationaler Antifriegstag am 21. September.

Verbandstag der Schuhmacher.

Leipzig, 27. August.

Am Dienstag erfolgte die große Aussprache über die vorgelegten Berichte. Ludwig Birnbaum, dessen Ausführungen als Vertreter aus dem besetzten Gebiet besondere Bedeutung zukommen, wies in scharfer Polemik die Auffassung der Kommunisten zurück. Eingehend verbreitete er sich über die Stellung zum Sachverständigenrat, das die Kommunisten in erster Linie bekämpfen, weil Russland die deutsch-französische Verständigung fürchtete. Auch die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei den Kommunisten unangenehm. Das besetzte Gebiet verlange unbedingte Annahme des Sachverständigenrats. Ablehnung durch die Kommunisten sei schmähtlicher Verrat an Millionen des deutschen Proletariats, vor allem an den Arbeitern im besetzten Gebiet. Unter den 140.000 zurückkehrenden Ausgewiesenen seien auch viele Kommunisten. Vor allem den Klassen-genossen im besetzten Gebiet sei man es schuldig, den Weg des Sachverständigenrats zu gehen.

Schulz-Berlin führte Beschwerde, daß die Russen nicht zum Verbandstag eingeladen wurden. Simon wies für den Verbandsvorstand diese Beschwerde zurück und stellte fest, daß sämtliche Beiratsmitglieder für die Arbeitszeitabmachung im neuen Reichsstarif gestimmt haben, die dem Vorstand von den Kommunisten zum Vorwurf gemacht wurde. Der Verband werde zu gegebener Zeit den Kampf für die 47-Stunden-Woche aufnehmen.

In der weiteren Diskussion markierte eine Reihe kommunistischer Redner auf, die sich vor allem gegen eine vom Verbandsvorstand eingebrachte Entschliessung über das disziplinierte Zusammenwirken der Verbandsmitglieder wenden, da sie in dieser Entschliessung ein Hindernis für ihre Agitation in der Organisation sehen. Brunner, als Vertreter des DGB, weist die kommuni-

stischen Vorwürfe gegen die freigewerkschaftliche Spitzenorganisation zurück. Das Schlüsselwort des Verbandsvorstandes Simon war eine sachliche, aber gründliche Abrechnung mit den Kommunisten. Der Verbandstag müsse zu völlig klaren Entscheidungen über die Taktik des Verbandes und die Disziplin seiner Mitglieder kommen; gelten könne nur, was Verbandsratsbeschlüsse und Statut vorschreiben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

1. Kreis Bezirksleiter Berg. Ehrenbürger! Freitag, den 28. August, 7 1/2 Uhr. in der Aula Senefelderstr. 8. Kollektivbesprechung der neuernannten Ehrenbürger. Alle sozialistischen Lehrer sowie Stadt- und Bezirksvereinsleiter sind hierzu eingeladen.
2. Kreis Wedding. Arbeitergemeinschaft der Rindervereinde Groß-Berlin! Freitag, den 28. August, 8 Uhr. Schule Dufourer Str. 3.
3. Kreis Kreuzberg. Sonnabend, den 29. August, 7 1/2 Uhr. „Quater Abend“ im „Deutschen Hof“, Dufourer Straße. „Humor und Frohsinn“. Preis: 50 Pf. Eintritt: 20 Pf. Eintrittskarten zum Preis von 80 Pf. bei allen Bezirksleitern und an der Kasse. — Achtung! Ehrenbürger! Freitag, den 28. August, 7 Uhr. Konferenz der Obleute bei Frau, Groß-Strasse 26. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Heute, Donnerstag, den 28. August:
Jugendgruppen, Spielgemeinschaft, Musikgruppe! 7 1/2 Uhr. Besprechung im Jugendheim, Eilber Str. 45. — Gruppe Friedrichshagen: Chenda. — Gruppe Kottbus: 7 1/2 Uhr. Donziger Str. 2. Vortrag des Gen. Bergholz: „Nation und Klassenkampf“.

Morgen, Freitag, den 29. August:
12 1/2, 130. Ost. Kantow. 7 1/2 Uhr. Besprechung mit der Zeitungsbeiratskommission und allen Beiratsmitgliedern über unpolitische Stellung im Jugendheim Kantow, Breite Str. 22. Besprechung und Hauptbesprechung sind eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Schönemannsdorf (Kreis Niederbarnim). Unsere aller Vorkämpferin Rosa Weigel ist im Alter von 55 Jahren verstorben.

Jugendveranstaltungen.

Anmeldungen zum Ferienaufenthalt am Querssee (Sankt-Heim) werden noch im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., angenommen.

Heute, Donnerstag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr:

Gesundbrunnen: 1. Rote Schule, Colnburger Str. 2. Vortrag: „Nikotin und Alkohol.“ — Kaufhaus: 1. Rindener Str. 22. Vortrag: „Die Entwidlung des Verfallsunrechts.“ — Rosenthal: Dufourer Str. 3. „Ludwig-Franck-Abend.“ — Schwergendort: Rathaus, Berfort Str. Vortrag: „Die sozialistische Arbeiterjugend.“ — Senefelder-Viertel: Dufourer Str. 77 (Babushoff). Vortrag: „Unsere Winterarbeit.“ — Südwesten: Volkswirtschaftlicher Vortrag.

Berchelsdorf Odersprez. Kreisamtsabend im Jugendheim, Rindener Str. 22 (Schule).

In letzter Zeit haben Schwindler unter Vorlegung gefälschter Kontenentwürfen versucht, Steuerbeträge in der Wohnung von Steuerpflichtigen einzusuchen. In mehreren Fällen ist es ihnen auch gelungen, Geldbeträge zu erhalten. Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Einzahlungen von Reichsteuern grundsätzlich bei der zuständigen Finanzkasse zu leisten sind. Der Einzahlung bei der Finanzkasse gleich zu achten ist die Überweisung im Bank- oder Postcheckweg, die Überweisung mittels Postanweisung oder Postkarte, sowie die Einzahlung von Schecks.

Die Einzahlung von Beiträgen in Girokonten, oder sogar in gemischten Konten ist unter allen Umständen zu vermeiden, weil bei etwaigem Verlust von Geldbeträgen aus Briefen die Steuerzahlung als nicht geleistet anzusehen ist.

Zur Einholung „rückständiger Steuern“ sind nur die Vollstreckungsbeamten der Finanzämter berechtigt, deren Personalausweis mit ihrem Lichtbild und dem Abdruck des Dienstzeichens versehen ist.

„Hoffnung“

Berliner Schneidereiengesellschaft E. G. m. b. H.

Am Rosenthaler Platz Brunnenstraße 185 Am Rosenthaler Platz

Herren- und Knabenbekleidung

in großer Auswahl / zu billigsten Preisen / fertig am Lager

Wir empfehlen besonders:

**Sportanzüge in Loden und Manchester
Gummimäntel, Bozener Mäntel u. Pelzinnen**

Ersklassige Maßanfertigung

zu soliden Preisen

Einsegnungs-Anzüge in allen Größen vorrätig

Geöffnet von 8-7 Uhr

Sonderangebot nur für Groß-Berlin

Behufs Räumung der älteren Riesen-Kartonnagen-Bestände werden zum Verkauf gestellt:

Fritzi Massary 3 Pf.

ohne Mundstück **extra dick**, oval
in Ersatzpackungen zu 10, 25, 50 Stück

Die Qualität — eine Sensation

Nicht die Packung — der Inhalt entscheidet!

Urteilen Sie selbst!

Zu haben in den Zigarrengeschäften.



3 Ausnahmetage Plüsch- und Pelzmäntel

Wollplüschmäntel	...	für diese Woche nur 75.-
Biberplüschmäntel	...	120.- 110.- 65.-
Pelzmäntel	...	485.- 475.- 275.-
Sealpüschmäntel	...	185.- 141.- 110.-
Seidenplüschmäntel	...	135.- 118.- 95.-
Pelzjacket (Prochiststücke)	...	300.- 175.- 125.-

Im Preisabbau nochmals ermäßigt!
Barbury- und Gummimäntel ... nur 42.-
Tuchmäntel ... 75.- 45.- 25.-
Kostüme, entzück. Ausg. 150.- 120.- 80.- 60.- 45.- 25.-
Übersangsmäntel, Ulster ... 65.- 45.- 20.-
Prächtige Gabardine-Röcke ... 36.- 25.- 18.-

Extra-Trauerabteilung

Bekannt billige Preise! Große Auswahl!

Westmann

1. Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a Berlin N.O., Gr. Frankl-Str. 115
2. Geschäft:

Nur einen Kneifer

und zwar Optiker Ruhnke's Finger-Kneifer! So sagen viele und haben recht, denn Ruhnke's Finger-Kneifer ist der Beste überlegen. Er sitzt ebenso gerade, ebenso fest, aber er ist fast unsichtbar und brüht nicht. Dabei läßt er sich viel leichter auf- und ablegen, ein Griff mit zwei Fingern genügt dazu. Lassen Sie also die Kräfte jenen, die würdig und älter aussehen möchten. Tragen Sie aber einen Neidiamen Ruhnke-Finger-Kneifer, der genau paßt. Unser Lager darin enthält so viele Weiten, Stufenformen, Größen und Preislagen, daß Sie sicher sein können, bei uns das Rechte zu finden.

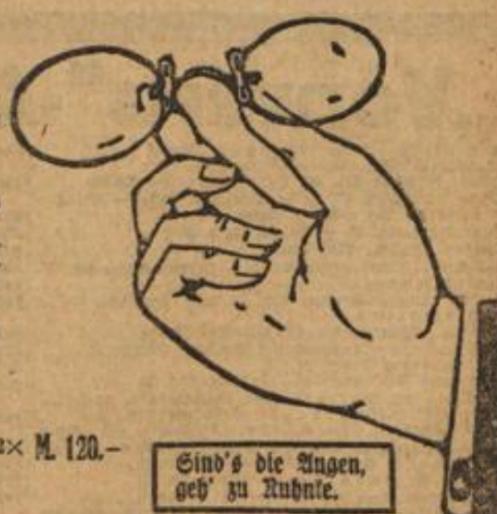
Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach unserer bewährten Methode und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller

Für Reise, Jagd und Sport:

Prismen-Feldstecher „Television“ eigenh. entz. Fabrikat 6x Vergr. M. 75.- 8x M. 85.- 10x M. 100.- 12x M. 120.-

Optiker Ruhnke

- | | | | | | | |
|---|---|---|---|--|--|---|
| C Spittelmarkt 68a
Alexander-Platz
nahe Wäldchen
Königsplatz 55
gegenüber Rathaus
SW | W Friedrich-Str. 193a
Gde. Leipziger Str.
Leipziger Str. 113
Gde. Nauener-Str.
Lütz-Str. 1
Gde. Potsdamer Str. | SO Oranien-Str. 44
zwischen Moritz- und
Oranien-Platz | N Friedrich-Str. 106
Gde. Biegel-Str.
Invaliden-Str. 104
Gde. Brunnen-Str. | N Chaussee-Str. 72
nahe Müller-Str. | Charlottenburg:
Tauentzien-Str. 15
Gde. Wilmersdorfer Str.
Joachimsthauer Str. 3
nahe Hof. 30a | Schöneberg:
Gde. Klagen-Str.
Friedenau:
Alte Str. 18, Gde. Kirch-Str.
Neußillen:
Berg-Str. 4, Gde. Jochen-Str. |
|---|---|---|---|--|--|---|



Abstimmungen in zweiter Lesung.

Polizei im Reichstag. — Keine Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung ging die Novelle zum Postgesetz (Erhöhung der Ersatzpflicht der Post für verlorene Pakete und Einschreibbriefe) an den Verkehrsausschuss. Einige andere kleine Vorlagen werden verabschiedet, darunter der Freundschaftsvertrag mit Nicaragua und die Verlängerung des vorläufigen Handelsübereinkommens mit Spanien.

Frau Abg. Golle (Ruth Fischer) (Komm.), ob Artikel 7 des Londoner Abkommens über die Amnestie nicht nur den Separatisten, sondern auch den Kommunisten zugute kommen soll. Sie verlangt Ausdehnung der Amnestie auch auf das unbesetzte Gebiet.

Abg. Solmann (Soz.) unterstützt das Verlangen, die Amnestie im besetzten Gebiet möglichst weitgehend auszulagern. Er nimmt die Sozialdemokraten gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie in irgendeiner Weise den Separatismus gefördert hätten. (Lärm bei den Kommunisten.) Der sogenannte Schütz-Ausschuss war im Einvernehmen mit der Reichsregierung eingerichtet. Ihm gehörten auch Kommunisten an. (Widerspruch bei den Kommunisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. Koch (Dem.) Die deutschdemokratische Partei hat stets das größte Gewicht darauf gelegt, alle diejenigen mit aller Schärfe zu bekämpfen, die mit Gewalt gegen die Verfassung vorgehen. Gleichgültig, ob diese Bestrebungen von rechts oder von links kommen. Die deutschdemokratische Partei ist aus diesem Grunde grundsätzlich eine Gegnerin der Amnestie für politische Verbrechen. (Großer Lärm und Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

seine Pflicht verletzt. Wir sind stets Gegner des Separatismus gewesen, wir haben stets gegen die Loslösung der Rheinlande von Preußen angekämpft. (Rufe b. d. Komm.: Weisfeld!) So gewaltig die Gegensätze sind, die die rheinische Arbeiterschaft politisch trennen, im Kampf gegen den Separatismus hat die gesamte rheinische Arbeiterschaft immer ihre Pflicht getan.

Abg. Jenzen (Dt.-Soz.) Ich habe den Vorgängen von vorn, die sich verhältnismäßig schnell abgepielt haben, ganz in der Nähe beigewohnt und stelle fest, daß erst provoziert worden ist, als der kommunistische Stoßtrupp vordrang. (Große Unruhe b. d. Komm. Rufe: Elender Verleumder!) Von deutschösterreichischer Seite ist nicht provoziert worden. Den Unwillen der Kommunisten verstehe ich durchaus gegenüber dem Verhalten des sogenannten Demokraten Brodau. Jetzt will Herr Koch aus dem Borgehen für seine Partei ein politisches Geschäft machen; demgegenüber stelle ich weiter fest, daß gerade der Abg. Koch es war, der unter deutlichem Fingerzeig einen deutschösterreichischen Abgeordneten als „elenden Heher“ bezeichnet hat. (Große Unruhe b. d. Dem.) Nachher hat Herr Koch es abgestritten. Herr Koch soll also seinen eigenen Deutern Moral predigen.

Abg. Eberlein (Z.) bemerkt gegenüber den Kommunisten, daß die heute von ihnen angegriffenen Angehörigen des Zentrums ein volles Jahr lang in vorderster Front gegen den Separatismus gestanden haben.

Deutschösterreichische Schimpfkavonade.
Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) Der Abg. Koch hat die Sitten gehabt, zu behaupten, daß die Szene von vornhin auf meine Verantwortung herbeigeführt worden ist. Ich verstehe durchaus, wenn die Demokraten jetzt einen Ausweg suchen, angesichts der bodenlosen Gemeinheit, die sich ein Mitglied ihrer Partei zuschulden kommen ließ. (Große Unruhe und Jurufe.) Der Ausdruck ist unparlamentarisch. Aber die deutsche Sprache bietet mir keinen anderen Ausdruck. Ich habe auch nicht das Geringste von meiner Kennzeichnung zurückzunehmen. (Fortdauernder großer Lärm in der Mitte u. b. d. Dem.) Eine Rekerstiefe trennt mich von den Kommunisten, aber ich erkenne an, sie haben doch noch mehr Idealismus als die verkommenen und verfallenen Repräsentanten der Reichsversammlung von 1848, der heutigen sogenannten demokratischen Partei. (Fortdauernder allgemeiner Lärm.) Herr Koch soll dann weiter gefast haben, ich wäre an die Tische der Demokraten vorgegangen und hätte mich dann heimlich gedrückt. Es muß schon ein anderer Kerl sein als er, wenn ich mich heimlich drücken soll. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Koch (Dem.) erklärt, sich nach dem Borgehen der Deutschösterreichischen gegen Brodau zu seinem Zwischenruf für berechtigt gehalten zu haben.

Abg. Solmann (Soz.) tritt wiederholt bei Behauptungen des Abg. Stoeder entgegen.

Abg. Stoeder (Komm.) erklärt, Solmann habe lediglich für die Zuzugung der Kommunisten plädiert, teilgenommen hätten diese an der Sitzung des Schlichtungsausschusses jedoch nicht.

Abg. Koch (Dem.) erklärt, sich nach dem Borgehen der Deutschösterreichischen gegen Brodau zu seinem Zwischenruf für berechtigt gehalten zu haben.

Abg. Solmann (Soz.) tritt wiederholt bei Behauptungen des Abg. Stoeder entgegen.

Abg. Stoeder (Komm.) erklärt, Solmann habe lediglich für die Zuzugung der Kommunisten plädiert, teilgenommen hätten diese an der Sitzung des Schlichtungsausschusses jedoch nicht.

Abg. Koch (Dem.) erklärt, sich nach dem Borgehen der Deutschösterreichischen gegen Brodau zu seinem Zwischenruf für berechtigt gehalten zu haben.

Abg. Solmann (Soz.) tritt wiederholt bei Behauptungen des Abg. Stoeder entgegen.

Abg. Stoeder (Komm.) erklärt, Solmann habe lediglich für die Zuzugung der Kommunisten plädiert, teilgenommen hätten diese an der Sitzung des Schlichtungsausschusses jedoch nicht.

Abg. Koch (Dem.) erklärt, sich nach dem Borgehen der Deutschösterreichischen gegen Brodau zu seinem Zwischenruf für berechtigt gehalten zu haben.

Abg. Solmann (Soz.) tritt wiederholt bei Behauptungen des Abg. Stoeder entgegen.

Abg. Stoeder (Komm.) erklärt, Solmann habe lediglich für die Zuzugung der Kommunisten plädiert, teilgenommen hätten diese an der Sitzung des Schlichtungsausschusses jedoch nicht.

Abg. Koch (Dem.) erklärt, sich nach dem Borgehen der Deutschösterreichischen gegen Brodau zu seinem Zwischenruf für berechtigt gehalten zu haben.

Das Publikum verläßt die Tribünen, ebenso räumen die im Saale anwesenden Regierungsvorsteher ihre Plätze, desgleichen die Vertreter der Presse auf der Journalistentribüne.

Der Abgeordnete Reddemeyer verläßt freiwillig den Saal. Dagegen warten die Abgg. Grube und Eppstein erst eine dreimalige Aufforderung der vom Präsidenten herbeigeholten Polizeibeamten ab, ehe sie sich entfernen.

Wiedereröffnung der Sitzung.
Als Präsident Wallraf wieder im Saale erscheint, rufen die Kommunisten: Nieder mit diesem Polizeiparlament!

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung wieder um 6½ Uhr mit einer Erklärung, von der auf der Tribüne infolge der dauernden lärmenden Unterbrechungen der Kommunisten nur Bruchstücke verständlich werden. Er führt etwa aus: Die polizeiliche Entfernung von Abgeordneten (Pfurufe bei den Kommunisten) aus diesem Saale steht einzig da in der Geschichte des Deutschen Reichstages. Ich hoffe, es wird auch das letzte sein. Das Recht des einzelnen Abgeordneten, seine Meinung hier auszusprechen, muß ebenso gewahrt werden wie die Würde des Reichstages. Wenn man mich noch zu weitergehenden Maßnahmen zwingt, und wenn dieser Zwang von Ihnen (zu den Kommunisten) ausgeht, werde ich durch meine Pflicht zu einem anderen Wege gezwungen.

Abg. Stoeder (Komm.) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung.
Präsident Wallraf: Ich erteile Herrn Stoeder das Wort nicht, da er mir erklärt hat, daß er auf den Vorfall von vornhin zurückkommen wolle. Gegen dieses mein Verhalten steht ihm zunächst der Einspruch an das Haus frei. Damit ist diese Sache für heute erledigt. (Beifall.)

Abg. Stoeder erhält das Wort auch nicht zu einer Erklärung sich genug eben ausgebrüllt!

Namentliche Abstimmung in zweiter Lesung.
Präsident Wallraf: Wir kommen zur Abstimmung. (Rufe bei den Kommunisten: Erklärung zur Abstimmung.) Ich bitte, mich nicht immerfort zu unterbrechen. Ich habe mich doch deutlich genug eben ausgedrückt!

Der Präsident macht von dem Vorschlag des Reichsrats Mitteilung, die Entschlüsse werden erst bei der dritten Lesung zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Haus ist damit einverstanden.

Zum Bankgesetz beantragt Abg. Koenen (Komm.) namentliche Abstimmung. Zur Unterfertigung dieses Antrages erheben sich auch die Nationalsozialisten, worauf die Kommunisten Bravo rufen.

Die Unterfertigung reicht aus.
Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Bankgesetzes mit 249 gegen 171 Stimmen. Dagegen haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschsozialen gestimmt.

Vor den weiteren Abstimmungen erhält das Wort zu einer Erklärung namens der Nationalsozialistischen Partei

Abg. Dr. Feld: Namens der Nationalsozialistischen Freiheitspartei habe ich zu erklären: Die Entschlüsse und Anträge werden sämtlich an der Sache vorbei. Sie sind nur ein Verzicht der Deutschnationalen Volkspartei, eine Brücke zu bauen. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei wird ihrer Auffassung dadurch Ausdruck geben, daß sie keine Stellung zu den Anträgen nimmt, sondern sich der Abstimmung enthält.

Abg. Dittmann
folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird wie bisher mit Entschiedenheit dafür wirken, daß die rechts-widrige Befehlsgebung des Reiches und der übrigen Sanctionsgebiete so rasch wie möglich, jedenfalls noch vor dem 15. August nächsten Jahres, aufgehoben und für die Rheinzone die am 10. Januar 1925 ablaufende Räumungspflicht pünktlich innegehalten wird. Getreu ihren Grundätzen und in Übereinstimmung mit Beschlüssen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationalen bekämpft die deutsche Sozialdemokratie jede Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung durch fremde Herrschaft und fordert die Räumung des gesamten besetzten Gebietes noch vor dem vertragsmäßigen Termin. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt weiter, daß nach Sinn und Wortlaut des Londoner Vertrages die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen von dem Zustande kommen der Deutschland zu gewährenden Anleihe abhängig sind. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt weiter, daß sie, wie sie es durch ihren Redner, den Abg. Scheidemann, schon am 25. Juli ausführlich hat darzulegen lassen, eine Allenschild Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges nicht angenommen hat. Zugleich stellt sie fest, daß die vorliegenden Anträge und Resolutionen an dem gegebenen Reichszustand und an der Lage des deutschen Volkes nicht zu ändern vermögen. Ihre Annahme soll lediglich zur Verschärfung der Totschilde dienen, daß verjagt wird, Mitglieder dieses Hauses durch Einräumung von Regierungsstellen und wirtschaftlichen Aufstellungen zu einer Veränderung seiner bisherigen Haltung zu bewegen. Aus diesem Grunde lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle diese Anträge und Resolutionen ab.

In namentlicher Abstimmung werden angenommen: das Privatbanknotengesetz, der Gesetzentwurf über die Liquidierung der Rentenbank und das Münzgesetz. Dagegen stimmten geschloffen die Kommunisten, Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Das Gesetz wird mit 247 gegen 173 Stimmen angenommen.

Ein Mitglied enthält sich der Abstimmung.
Zum Gesetz zur Ausbringung der Industriebelastung sind Abänderungsanträge gestellt.

Ein Antrag Dr. Schneider-Sachsen (D. Sp.) von nur redaktioneller Bedeutung gelangt zur Annahme, ebenso der Antrag, die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden entgegen dem Reichsratsbeschlusse für aufbringungs-pflichtig zu erklären, dieser mit den Stimmen der Deutschnationalen. In dieser Fassung kommt das Gesetz mit der gleichen Mehrheit wie die vorher genehmigten Gesetzentwürfe zur Annahme.

Es folgt
Die Abstimmung über das Reichsbahngesetz.
Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.) erklärt vor der Abstimmung: Nachdem wir gehört haben, daß die deutsche Regierung sich in London darauf festgelegt hat, daß eine Zweidrittelmehrheit über dieses Gesetz entscheiden soll, ziehen wir unsern Antrag zurück. Ich stelle aber fest, daß die Regierung sich festgelegt hat in dieser Frage, ohne jemals den Reichstag, der doch

zur Entscheidung berufen vor, zu hören. Auch dem Auswärtigen Ausschuss ist nichts mitgeteilt worden, wir hatten nicht einmal Kenntnis von dem Gutachten, auf dem die Stellung der Regierung beruhen soll.

Zur Abgabe einer Erklärung namens der kommunistischen Fraktion erhält das Wort

Abg. Stöcker (Komm.): Bei dieser wichtigen und entscheidenden Abstimmung fehlen neben drei inhaftierten Mitgliedern der kommunistischen Fraktion noch fünf weitere, die aus dem Hause ausgeschlossen worden sind. Diese absichtliche Schwächung der Opposition (Belächter) ist erst heute zum Teil noch herbeigeführt worden. Der Redner versucht hierauf eine ausführliche Darstellung der Vorfälle zu geben, die zu der Prägung im Reichstag geführt haben.

Präsident Wallraf ruft den Redner dreimal zur Sache und als der Abg. Stöcker trotzdem weiter versucht, eine Darstellung der betreffenden Vorgänge zu geben, befragt der Präsident das Haus darüber, ob der Abg. Stöcker noch weiter sprechen dürfe.

Mit großer Mehrheit wird dem Abg. Stöcker das Wort entzogen. (Stürmische Pluruse b. d. Komm.) Gegen die Wortentscheidung stimmten die Kommunisten und Nationalsozialisten.

Die Abstimmung über das Reichsbahngesetz ist wieder namentlich. Für die Vorlage waren 248, gegen 174 Stimmen bei einer Enthaltung abgegeben; sie findet also nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit und gilt damit als abgelehnt.

Das Reichsbahnpersonalgesetz wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Zum Mantelgesetz

liegen die bekannnten Anträge vor.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion zu diesen Anträgen, sie behalte sich für den Fall einer Annahme in zweiter Lesung die Stellung von Abänderungsanträgen in dritter Lesung vor. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Abg. Schölem (Komm.) gibt gleichfalls eine längere Erklärung ab. Um den Deutschen die ihre Zustimmung zu dem Londoner Votum nicht zu erreichen, sei die kommunistische Fraktion bereit gewesen, ihren in Frage kommenden Mitgliedern für die morgige Sitzung Urlaub zu erteilen. Leider sei es ihnen im letzten Rat unmöglich gemacht worden, irgendein Wort zu dieser Sache zu sagen. Sie hätten die feste Überzeugung, daß der deutschnationale Präsident den Ausschluß der Kommunisten nur herbeigeführt habe, um die Minderheit, die gegen das Eisenbahngesetz stimme, zu schwächen.

Der Antrag Japf-Becker-Curtius wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und eines Teils der Nationalsozialisten angenommen, ebenso der Antrag v. Raumer. In dieser Sitzung nimmt das Haus das Gesetz über die Londoner Konferenz in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 175 Stimmen an; ein Mitglied enthält sich.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus verträgt sich. Präsident Wallraf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Donnerstag, 10 Uhr, mit der Tagesordnung: Kleine Vorträge, dritte Lesung der Dames-Gesetze, Amnestie, Freifahrkarten.

Abg. Esler (Z.) beantragt, auch ein Ermächtigungsgesetz für die Regierung zur Einführung einer Erwerbslosenfürsorge für Seelente auf die Tagesliste zu setzen.

Abg. Feid (Natsoz.) und Koh (Komm.) wünschen Beratung der Amnestie vor den Dames-Gesetzen.

Abg. v. Guérard (Z.) rechnet mit einer Auflösung und beantragt deshalb, das Gesetz über die Freifahrkarten, da es zum Zweck habe, den Abgeordneten nach acht Tage nach der Auflösung die Freifahrkarten zu belassen, gleichfalls vor den Dames-Gesetzen zu beraten.

Abg. Schölem (Komm.) beschwert sich über das Verbot des Nachrichtenblattes der kommunistischen Reichstagsfraktion und beantragt, die Aufhebung des Verbots auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag Schölem wird abgelehnt, im übrigen wird die dritte Beratung der Dames-Gesetze an den Schluß der morgigen Tagesordnung gesetzt.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Ein deutscher Elektrizitätstrust?

Eine Industrie, mit der vor dem Kriege Deutschland an erster Stelle sich befand, die aber jetzt einen harten Kampf ums Dasein zu führen hat, ist die elektrotechnische Industrie. Ueber die gegenwärtige Lage dieses bedeutenden Gewerbezweiges und über die Maßnahmen, die zu seiner Wiedergesundung erforderlich wären, äußerte sich der Generaldirektor der Bergmann Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft in Berlin, Dr. Hissink, der kürzlich in einem Vortrage vor den Mitgliedern des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie. Die Darlegungen des Redners sind, auch vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, so bemerkenswert, daß sie hier zunächst auszugeweiht wiedergegeben seien:

Hissink begann damit, daß das deutsche Wirtschaftsleben zurzeit eine schwere Krise zu überstehen hätte. Vor dem Kriege lieferte die deutsche elektrotechnische Industrie nicht ganz die Hälfte der Weltproduktion. Etwa 30 bis 35 Proz. ihrer Erzeugung gingen ins Ausland. Jetzt hat die elektrotechnische Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika die unsrige überflügelt und ihre Ausfuhr be-

trächtlich gesteigert. Auch die anderen, insbesondere die europäischen Länder, haben während des Krieges starke elektrotechnische Industrien entwickelt und sie überdies durch Zollschutz und andere protektionistische Maßnahmen geschützt. Die Lage in der deutschen elektrotechnischen Industrie ist jetzt die, daß wir zu teuer produzieren und daß wir unsere Preise ermäßigen müssen, um auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden. Durch einfaches „Mehrarbeiten“ sei das Problem nicht zu lösen, vielmehr nur durch grundlegende Verbesserungen der Betriebseinrichtungen und der Betriebsweise. Nachdem Hissink die gegenwärtige Lage der Fabrikation im einzelnen, d. h. die Preise der Rohstoffe, den Stand der Löhne und der Arbeitszeit, die steuerlichen Lasten, die Höhe des Zinsfußes und die der Eisenbahnfrachten unterlucht hat, kommt er zu dem Kernpunkt seiner Ausführungen: Eine Besserung der Verhältnisse hänge davon ab, ob es in Deutschland möglich sei, eine wahrhafte Mechanisierung nach dem Muster der Ford-Werke in Amerika durchzuführen. Um die Mechanisierung, d. h. die Ausgestaltung einer rationalen Massenfabrikation anzubahnen, schlägt Hissink nicht mehr und nicht weniger als die Errichtung eines deutschen Elektrizitätstrustes vor, d. h. den Zusammenschluß aller elektrotechnischen Firmen wie AEG, Siemens, Bergmann, Brown Boveri u. Co., usw. zu einer Zentralgesellschaft, einer Vereinigten deutschen elektrotechnischen Industrie. Statt der jetzigen Konstruktionen, fabrikatorischen und kommerziellen Zersplitterung in zahlreiche einzelne Firmen sollte es in Zukunft nur noch eine Konstruktionsabteilung, eine einheitliche normalisierte und typisierte Massenfabrikation, eine Einkaufs- und eine Verkaufsorganisation geben. Durch eine derartige Neuorganisation der Industrie werde es möglich sein, die Herstellungskosten soweit zu verbilligen, daß der Weltmarkt wieder erobert werden könnte. Das aber sei dringend erforderlich. Denn in Deutschland müßten 20 Millionen Menschen durch Einfuhr von Lebensmitteln von dem Auslande ernährt werden, was nur möglich sei, wenn wir in der Lage wären, die Erzeugnisse unserer Arbeit in das Ausland zu exportieren.

Soweit Herr Hissink. Das Bemerkenswerteste an seinen Darlegungen ist, daß diese Vorschläge durchaus in der Linie unserer sozialistischen Vorstellungen von der weiteren Entwicklung der Wirtschaft liegen. Natürlich ist eine Trustbildung, wie die hier angestrebte, auch mit mancherlei Gefahren verknüpft. Herr Hissink entwickelt ja nicht ein sozialistisches, d. h. ein auf die Förderung der Allgemeinheit gerichtetes Projekt, sondern er spricht in Vertretung der kapitalistischen Geschäftsinteressen. Es ist möglich, daß ein Trust von dem gewaltigen Umfange der Vereinigten deutschen elektrotechnischen Industrie seine ungeheure wirtschaftliche Macht gegen die Interessen der Abgestellten und Arbeiter und auch gegen die der Abnehmer mißbrauchen würde. Indessen diese Gefahren können und müssen abgemindert werden durch starken gewerkschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Angestellten, Arbeiter und Abnehmer. Sind derartige Sicherheitsvorkehrungen aber einmal getroffen, so wäre es als ein Fortschritt zu einer höheren Stufe der Wirtschaft zu begrüßen, wenn es gelänge, die bisherige anarchische Produktionsweise des Kampfes aller gegen alle zu ersetzen durch eine leistungsfähige, normalisierte Massenfabrikation und durch eine einheitliche, großzügige Geschäftsabwicklung im Inlande wie im Auslande.

Dr.-Ing. W. Majerczik.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.		Rösgelreide, lose	
Gerstengraupen, lose	16,75—20,25	Kakao, fettarm	65,00—75,00
Gerstengrütze, lose	15,50—18,50	Kakao, leicht entölt	86,00—100,00
Halterflocken, lose	16,50—18,50	Tea, Souchon, gepackt	325,00—400,00
Hafersgrütze, lose	18,50—19,50	Tea, indischer, gepackt	407,00—470,00
Roggenmehl 0/1	13,00—14,00	Inlandszucker basis met.	37,50—38,50
Weizenmehl	18,50—20,00	Inlandszucker Raffinade	39,00—41,50
Maisgrütze	22,75—24,75	Zucker Würfel	44,00—47,50
70% Weizenmehl	16,75—17,75	Kunsthonig	30,00—36,00
Weizen-Auszugmehl	18,75—24,00	Zucersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Sojabohnen, Viktorja	15,75—19,50	Speisesirup dunkl. in Elm.	37,00—41,00
Sojabohnen, kleine	9,75—12,50	Marmelade Elefr. Erub.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, Ieri	20,00—24,00	Pflaumenmus in Eisern	35,00—40,00
Langbohnen, hanoverles.	27,00—30,50	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Linsen, kleine	20,00—25,50	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Linsen, mittel	31,00—36,00	Bratenschmalz in Tierces	82,00—82,50
Linsen, große	18,75—20,50	Bratenschmalz in Kibeln	83,00—84,00
Kartoffelmehl	35,50—42,50	Purelard in Tierces	79,50—80,50
Makkaronimehl	33,50—36,00	Purelard in Kisten	79,50—80,50
Schnittmehl, lose	17,75—20,00	Speisestärke in Packung	62, —
Bruchreis	15,50—16,50	Speisestärke in Kibeln	—
Rangoon Reis	18,00—18,50	Margarine, Handelsm. I.	66,00 —
Tafelreis, glasiert, Patna	23,25—31,00	desgl. II	60,00—63,00
Tafelreis, Java	30,00—36,00	Margarine, Spezialm. I.	80,00 —
Rinzapfel, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	69,00—71,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—43,00	Margarine III	—
Pflaumen, einsteint	50,00—55,00	Molkerbutter I. Flüsser	198,00—204,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00 —	Molkerbutter in Pack.	206,00—209,00
Rosinen in Kisten, Candia	65,00—70,00	Landbutter	203,00—208,00
Sultaninen Caraburnu	80,00—90,00	Auslandbutter in Flüsser	34,75—37,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	75,00—87,00
Mandeln, süße Bari	175,00—180,00	Aust. Speck, geräuchert	30,00—45,00
Mandeln, bittere Bari	155,00—160,00	Quadratkäse	30,00—45,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	100,00—115,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Bayr. Emmenthaier	165,00—175,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	108,00—115,00	Echter Emmenthaier	180,00—185,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Aust. ungezuck. Condensmilch 4 1/2 %	21,00—23,25
Rohkaffee Brasil	183,00—215,00	Inländische desgl. 4 1/2 %	16,50—17,50
Rohkaffee Zentralamerika 270,00—285,00		Inl. gez. Condensm. 4 1/2 %	25,00—25,50
Röstkaffee Brasil	230,00—260,00		
Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00		

Die Ursache der Betriebsstilllegungen.

Wiederholt haben wir dargelegt, daß die willkürliche Liebertierung der Produktion durch die Unternehmer Schuld an der gegenwärtigen Absatzkrise trägt. Das „Berl. Tagebl.“ bringt nun eine Reihe von interessanten Beispielen, wie deutsche Fabrikannten durch fehlerhafte Preis- und Exportpolitik die Absatzmöglichkeit nach dem Auslande untergraben. Eins sei hier wiedergegeben:

In der Gummwarenindustrie verfuhr ein deutscher Kommissionär eines New Yorker Hauses kürzlich einen Auftrag über 12 000 Duzend Gummischürzen unterzubringen. Eine bedeutende Fabrik lehnte jede Offerte rundweg ab, da sie nicht imstande sei, eine derartige Menge überhaupt anzufertigen. Gleichzeitig mit dieser Ablehnung las man aber in deutschen Zeitungen die Nachricht, daß bedeutende Fabriken dieser Branche ihre Belegschaften entließen und ihre Betriebe stilllegten.

Was hätte hier der Engländer oder Amerikaner getan? Nun, das was der Bericht über die Fertigenquete den britischen Tuchfabriken zum Vorwurf macht, daß sie nämlich, um sich die ausländische Kundenschaft zu erhalten und die beschäftigungslosen Arbeiter zu beschäftigen, die Aufträge um jeden Preis hereinengenommen hätten. Der einmal verlorene Kunde ist sehr schwer zurückzuholen und die einmal stillgelegte Fabrik wieder in Betrieb zu setzen, kostet mehr, als die Erhaltung der Substanz, wie diese Industriellen es nennen, ihnen einbringt, denn auch die stillliegende Fabrik geht an der Substanz. Außerdem aber würde jeder englische oder amerikanische Fabrikant eine zu große Order einfach mit keinem Konkurrenten geteilt haben. Die Sorge davor, daß der Konkurrent etwas von einem Auftrag abbekommen könnte und daß man lieber auf den Auftrag verzichtet, anstatt ihn zu teilen, kennt man nur in Deutschland.

Nun wird jene Fabrik einwenden, daß die gebotenen Preise für jene Gummischürzen zu niedrig waren. Jetzt steht jedenfalls, daß amerikanische Fabriken jenen Artikel zu einem um 50 Proz. niedrigeren Preise herstellen. Das Rohprodukt wird von beiden Herstellern an der gleichen Quelle gekauft. Die Seefracht für beide Teile ist gleich. Die Eisenbahnfracht für den amerikanischen Fabrikanten aber wiederum so hoch wie für den deutschen und der Arbeitslohn für die geringste Arbeiterin in der amerikanischen Fabrik beträgt immer noch mindestens 4 Dollar pro Tag, also so viel, wie die gleiche Arbeiterin in Deutschland in der Woche verdient. Wenn beide Teile zum gleichen Preis das Rohmaterial kaufen, dann müßte der deutsche Fabrikant bei weit niedrigeren Fracht- und Lohnkosten beträchtlich billiger sein. Umfahrsteuer kommt weder bei Ein- noch Ausfuhr in Betracht. Er ist um 100 Proz. höher.

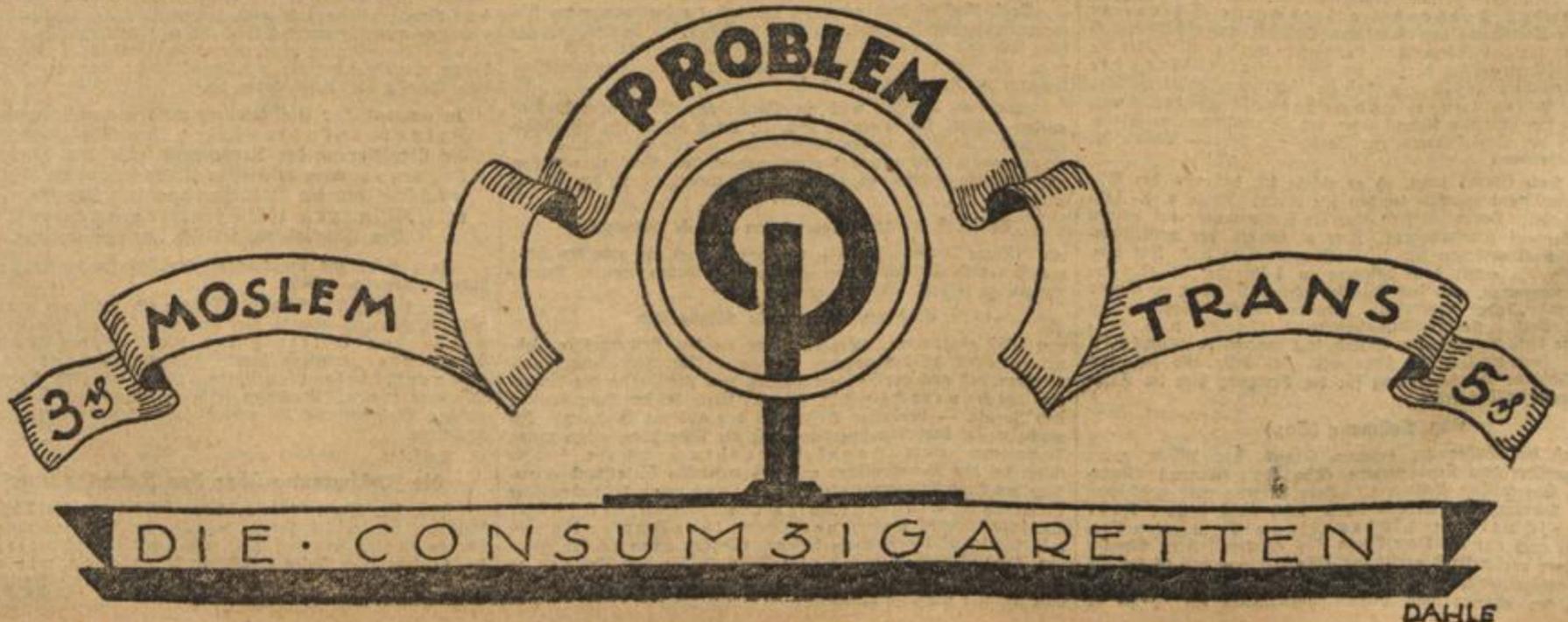
Wo liegt die Fehlerquelle? Die Antwort ist leicht. Der amerikanische Fabrikant handelt nach dem Prinzip: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, der deutsche nach dem umgekehrten: Kleiner Umsatz, großer Nutzen. Diese Riesenorder bringt prozentual einen zu geringen Nutzen, und der Fabrikant vergißt, daß mit der Massenproduktion die Herstellungspreise bei rationaler Arbeitsweise sinken müssen. Er verzichtet, schießt lieber den Betrieb wegen Mangels an Aufträgen und schimpft auf die zu billig arbeitende ausländische Konkurrenz.

Das ist nur eines von mehreren Beispielen. Immer ist das Ergebnis, daß die deutsche Industrie längst nicht genug tut, um sich den Forderungen des Weltmarktes anzupassen. Eher schließt man die Betriebe, das Heer der Arbeitslosen wächst. Die Kosten tragen die breiten Bevölkerungsmassen.

Ankämpfen kann man gegen dieses System nur durch starken Zusammenschluß der Arbeiterschaft in ihren politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen.

Um den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Um den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Spanien ist zwischen den Interessentengruppen ein erbitterter Kampf entbrannt, an dem die deutsche Arbeiterschaft nicht gleichgültig vorübergehen kann. Spanien hat in der Zeit, wo die deutsche Industrie mit Hilfe der Inflation einen großzügigen Schleudereport betreiben konnte, gegen die Einfuhr von Waren aus Deutschland hohe Schranken errichtet, indem es nicht nur die höchsten zulässigen Zölle auf deutsche Waren legte, sondern dazu noch einen besonderen Zuschlag von 80 Proz. erhob und so die Einfuhr deutscher Waren nach Spanien nahezu unmöglich machte. Besonders schwer wurde die deutsche Industrie von diesen Zollschranken nach der Stabilisierung betroffen; jetzt waren nämlich die deutschen Preise wesentlich über die Weltmarktpreise gestiegen, der spanische Sperrzoll aber bestand unvermindert fort und machte die Ausfuhr industrieller deutscher Fabrikate nach Spanien so gut wie unmöglich. Nun ist es der deutschen Regierung gelungen, mit Spanien einen Handelsvertrag zu verhandeln, der nach der Zustimmung des Reichstages bedarf. Der Vertrag, der bereits provisorisch in Geltung getreten ist, stärkt die Stellung der deutschen Industrie bei der Ausfuhr nach Spanien ganz außerordentlich. Nicht nur der 80prozentige Valutazuschlag soll in Wegfall kommen, sondern Deutschland kommt auch in den Genuß der Vorteile, die der spanische Vertragstarif bietet. Er beträgt nur die Hälfte bis ein Drittel des Höchsttarifes. Berücksichtigt man den Wegfall des Zuschlages, so würde der deutsche Export nach Spanien in Zukunft nur etwa mit einem Viertel des Zolles belastet sein, den er heute zu tragen hat. Wie jeder



Handelsvertrag, so fordert auch dieser Zugeständnisse von deutscher Seite. Insbesondere soll Deutschland keine Zölle auf Weine sowie auf einige Obst- und Gemüsesorten herabschicken. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Zollermäßigung den deutschen Weinbau einer heftigen Konkurrenz ausländischer Weine aussetzt. Da ohnehin aber der Weinbau von einer schweren Krise betroffen ist, muß diese Zollermäßigung auf die Lage der Winzer doppelt bedrohlich wirken.

Wie ist nun die Stellung der Interessenten? Für die Annahme des Handelsvertrages ist der weitaus überwiegende Teil der Industrie, die heute mehr als je den Export braucht. Die Handelskammern des rheinisch-westfälischen Gebietes und die von Plauen sowie die von München-Gladbach setzen sich mit größter Entschiedenheit für den Vertrag ein. Gegen ihn kämpfen die Winzerverbände und an ihrer Seite der Reichslandbund. Während bei den Winzern das bedrohte Eigeninteresse für ihre Haltung maßgebend ist, tritt in der Resolution des Reichslandbundes deutlich die Tendenz zutage, die der Landbund allgemein vertritt: die Abschließung Deutschlands gegen den fremden Handel. In demagogischer Weise legt man sich über das Interesse der deutschen Volkswirtschaft an der Warenausfuhr hinweg, ohne die Folgen zu berücksichtigen, die eine Gefährdung des Exports für die industrielle Bevölkerung haben muß.

Wie stark Deutschland vor dem Kriege seine Warenausfuhr nach Spanien steigern konnte, geht daraus hervor, daß in den vier Jahren von 1910-1913 der deutsche Export nach Spanien verdoppelt wurde. Er betrug 1913 143 Millionen Mark. Die Einfuhr spanischer Waren nach Deutschland erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 140 auf 198,7 Millionen Mark. Es trifft also schon zu, wenn die Interessenten der Industrie die Bedeutung des spanischen Handelsvertrages für den Absatz deutscher Waren mit allem Nachdruck betonen.

Die industrielle Arbeiterschaft kann keine andere Stellung einnehmen. Sie ist es, die heute am schwersten unter der Absatzkrise der deutschen Industrie leidet. Sie ist es, die einem unerschöpflichen Lohndruck und sozialen Kämpfen preisgegeben ist, weil die deutschen Waren nicht in genügendem Maße verkauft werden können. Sie ist der leidende Teil der Verkürzungen der Arbeitszeit und der Betriebseinschränkungen, die natürliche Begleiterscheinungen des Absatzmangels sind. Schon aus diesen Gründen muß die Arbeiterschaft für eine Erleichterung der Warenausfuhr eintreten. Es kommt hinzu, daß die Lasten, die der Dawes-Plan Deutschland auferlegt, nur bei einer starken Steigerung des Exports getragen werden können. Nachhaltig gefördert werden kann dieser aber nur durch den Abschluß langfristiger Handelsverträge, die Deutschland den Weg zum Weltmarkt öffnen. Uebrigens weist der Außenhandelsverband namens der den deutschen Außenhandel vertretenden deutschen Wirtschaftskreise in einer Eingabe an den Reichstag zutreffend darauf hin, daß die Ablehnung des Vertrages auch die künftige Handelspolitik Deutschlands erschweren würde.

Aus all diesen Gründen wird die Sozialdemokratie für die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages eintreten. Die Notlage des Weinbaues, die übrigens schon vor dem Handelsvertrag eingetreten hat, wird auf andere Weise bekämpft werden müssen. Es handelt sich hier um viele kleine Existenzen, die mühevoll vom Ertrag ihrer Arbeit leben und deren Berufsinteressen die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit verdienen. Auf die Dauer aber ist ihnen der Zollschutz keine Hilfe. Die Handelskammer Düsseldorf weist in einer Entschiedenheit darauf hin, daß die Nachteile, die dem Weinbau durch den Vertrag entstehen könnten, auf andere Weise, etwa durch

Steuerermäßigung, ausgeglichen werden können. Es wird auch an eine Kredithilfe zu denken sein, die dem Weinbau die Umstellung auf die veränderten Konkurrenzbedingungen erleichtert. In Deutschland werden immer noch vielfach Weinreben angebaut, die gegen Schädlinge sehr empfindlich sind. Der Schutz gegen solche Schädlinge bringt dem Weinbau hohe Ausgaben. Es gibt aber Rebenorten, die besonders im Ausland angebaut werden und die gegen die Schäden ungleich weniger empfindlich sind. Wenn es gelingt, durch geeignete Notstands- und Uebergangsmassnahmen den deutschen Weinbau zu fördern, dann wird die Sozialdemokratie dem ihre Hilfe nicht versagen. Der Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages ist aber eine Notwendigkeit für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und insbesondere für die industrielle Arbeiterschaft.

Hohe Pfünden neben dem Pleitegeier.

Dem einen sin Ubi ist dem anderen sin Nachtigall. Dieses Wort Friedrich Reuters erhält im Geschäftsleben täglich seine Bestätigung, wie überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Niedergang des einen die Voraussetzung für das Emporkommen des anderen bedeutet. Die massenhaften Konkurse der Gegenwart bilden die notwendige Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft. Es ist natürlich, daß dieser Rückbildungsprozeß von zahlreichen Opfern begleitet ist. Vielleicht sind hierunter Personen, die nur einen Teil dessen verlieren, was sie in den „glorreichen“ Zeiten der Inflation an mühelosen Gewinnen in ihre Kassen brachten. Doch wenn die Vereinigungskrisis für viele Personen Verluste mit sich bringt, so hat sie sich auf der anderen Seite zu einer äußerst lukrativen Konjunktur für eine kleine Schicht von Personen entwickelt. Dies sind die Kuffischpersonen, die von den Gerichten usw. dazu bestimmt werden, die Konkurse oder das Verfahren der Geschäftsaufsicht durchzuführen.

Nun ist an und für sich nichts dagegen einzuwenden, daß diese Leute für ihre Mühewaltung bezahlt werden. Ja die Bezahlung kann sogar angemessen sein, da es sich um Personen handelt, die über umfassende Geschäftskennntnis, gepaart mit rascher Entschlußkraft usw., verfügen müssen. Was aber zuweilen über die Honorierung für die Kuffischorgane in die Öffentlichkeit dringt, ist so hanefüßig, daß man es in einer Zeit der allgemeinen Verarmung nicht für möglich halten sollte. Der aufregendste Fall dieser Art kann wohl bei der Textilindustrie A.-G. Barmen (Tog), festgestellt werden. Ueber diese Firma und ihre Tochtergesellschaft, der Firma Riedel u. Co. A.-G., Lobberich, wurde vor einem Vierteljahr die Geschäftsaufsicht verhängt. Dem zuständigen Amtsgericht wurde ein Herr Dr. Spiker als aufsichtführende Person bestellt. Dieser Herr schickte sich wahrscheinlich nicht stark genug, die ihm übertragenen Aufgaben allein durchzuführen. Er zog unter Zustimmung des Barmer Amtsgerichtes noch zwei Personen (einen Juristen Rechtsanwalt Dr. Bernards und einen Gläubiger als Beirat) hinzu. Nun kommt das Schönste: Das Amtsgericht setzte für die beiden erstgenannten Aufsichtspersonen eine Vergütung im Falle der Tog auf je 40 000 Goldmark und im Falle der Riedel u. Co. auf je 23 000 Goldmark fest. Es entfällt mithin auf jede der beiden Personen eine Entschädigung von 63 000 Goldmark. Und dies für eine Tätigkeit, die sich auf einen Zeitraum von 10 Wochen beschränkt und durchschnittlich täglich 4 Stunden betragen haben soll. Am nun die 126 000 M. in der Konkursmasse sicherzustellen, beantragten die beiden Glückspilze, denen ein deutsches Amtsgericht einen so horrenden Gewinn in den Schoß warf, als wenn wir in Deutschland im Gelde schwämmen, ihre Honorarforderung als bevorrechtigt anzuerkennen. Bescheldenschaft ist eine Bier...

Da diese Herren und die vielen anderen, die heute eine gleiche Tätigkeit in den zahlreichen Konkurs- und Geschäftsaufsichtsverfahren ausüben, dies im Nebenamt betreiben, d. h. ihre Stellung oder ihre sonstigen Geschäfte keineswegs aufzugeben brauchen, werden hier riesige Nebengewinne erzielt. Man denke, einen Nebenverdienst von 63 000 M. in zehn Wochen! Bei der heutigen Lohnhöhe muß ein verheirateter Familienvater 42 Jahre, also sein ganzes Leben lang arbeiten, um eine ähnliche Einnahme zu erzielen. Aufreizender können wohl kaum keine Zahlen wirken. Unerklärlich ist es, wie das Barmer Amtsgericht solche Vergütungen festsetzen konnte. Welcher Maßstab hat hier zugrunde gelegen? Leben diese Herren im Wolkenludwigsheim? Immerhin haben sie sich das Verdienst erworben, für die Küstürung der Arbeiter über die Vortrefflichkeit der heutigen Gesellschaftsordnung zu sorgen, die das Hell in niedrigen Löhnen sieht und auf der anderen Seite riesige Summen unproduktiv nur so hinauswirft.

Zum Wöllersdorfer Skandal.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Erst jetzt werden nähere Einzelheiten über den Wöllersdorfer Skandal bekannt. Nach dem Staatsvertrag sollte der ehemalige österreichische Munitionsfabrikant Alden in Wöllersdorf mit dem österreichischen Staat stets die Majorität haben. Das ist durch die deutsche Gruppe, dem der Skarz-Konzern und Herr Pochwaldt angehört, hintertrieben worden, indem Alden der deutschen Gruppe das Stimmrecht seiner Aktien soweit überließ, daß diese tatsächlich die Majorität besaß. Damit war der Weg für die Veramsung von Wöllersdorf frei. Es wurden auf Grund eines verwickelten Systems von Gesellschaften und Tochtergesellschaften Werte zu einem Preise veräußert, der einfach lächerlich ist. Alden bekam für seine Freundschaft eine Vergütung von 10 bis 20 Proz. des jeweiligen Umschlages.

Dieser Skandal war nur möglich durch Bestechung und Korruption. Festgestellt wurde bei der amtlichen Untersuchung, daß ungeheure Summen für Bestechungsgelder verwendet worden sind, die selbst an staatliche Vertreter und Beamte gegeben wurden. Sehr vorwiegend erschienen eine Reihe von beamteten Persönlichkeiten, die vom Skarz-Konzern direkt Geld und gut dotierte Verwaltungsratsposten angenommen haben. Als schwer belastet kann heute schon Eggelsen Pittner, früher Sektionschef, gelten. Er hatte gute Verbindungen zur christlich-sozialen Partei, und man führt die bisherigen Vertuschungsversuche der Regierung auf ihn und seine guten Verbindungen zurück.

Das größte Stück hat sich aber die Majoritätsgruppe durch eine höchst sonderbare Kreditgewährung an die Wöllersdorf A.-G. geleistet. Bekanntlich mußte die Regie in Wöllersdorf ausgegeben werden, weil dem Betriebe jeder Kredit durch die Banken abgeschnitten wurde. Die Skarz-Gruppe übernahm dann die Verpflichtung, Darlehen zu gewähren. Sie tat das auch, berechnete aber derart hohe Provisionen usw., daß Wöllersdorf nur 30 Proz. der ausgemachten Darlehenssumme erhielt. Der Rest blieb unterwegs hängen.

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 25. August berechnete Großhandelsindexiffer des Statistischen Reichsamtes ist mit 120,9 gegenüber dem Stande vom 19. August (121,2) nahezu unverändert. Die Indexiffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 111,5 (Vorwoche 111,9), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 99,1 (99,5), Industriestoffe 133,4 (133,5), davon die Gruppe Koble und Eisen 129,5 (129,5), Inlandwaren 113,6 (113,3), Einfuhrwaren 167,4 (168,1).



NEUHEITEN

aus unseren Fabriken:



Komponist

in Kisten zu 50 Stück

das Stück

15³



Schaye Nares

50 Stück

20³



Das Stammgeschäft

50 Stück

20³



Die Hauptfabrik

50 Stück

30³

Aparte Aufmachungen. Edle Qualitäten. Bei Entnahme von Originalkisten 10% Rabatt.

Beachten Sie unsere Schaufenster!



Stadtgespräch!

Vor der abermaligen
Tabaksteuer-Erhöhung
ein neuer

Triumph der
Billigkeit:

Die bisherige 4³ Zigarette

KARMITRI **KLEON**

verkaufen wir
in unseren Berliner Niederlagen
solange der Vorrat reicht

zu **1 Pf.** das Stück

Goldbänderole!

Beeilen Sie den Einkauf!

Loeser & Wolff

Zentrale: Berlin C25, Alexanderstrasse 1

Arbeitersport.

Ein großes Werbefußballspiel findet auf dem Adler-Sportplatz, Christianstraße (Ede Schulstraße) am Sonnabend, 30. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, zwischen „Walhalla“ - Steffin (Kreismeister) und „Klemania“ - Berlin (Berliner Meister) statt. Am Sonntag, 31. August, nachmittags 4 1/2 Uhr: „Walhalla“ - Steffin gegen „Adler 12“, Berlin.

Freie Turnerschaft Steffin-Ordnung 1. - K. - L. - u. Sportverein Potsdam. Obige Mannschaften treffen sich am Sonntag, den 31. August, auf dem Gemarkungsplatz Potsdam, Wilhelmstraße. (Eingang Börsenstr.) zum

Freundschaftsspiel. Der Steffiner Kreismeister 1923 bringt eine schöne, gute Mannschaft mit und findet Potsdam gut vorbereitet, so daß allen Sportfreunden ein schönes Spiel geboten wird. Fußballspiele, Faustballspiele und turnerische Aufführungen umrahmen das Programm. Beginn der Spiele nachm. 3 Uhr. Am Sonnabend, den 30. August, veranstaltet der gastgebende Verein ein Sommerfest im Gesellschaftshaus, Berlin-Potsdam, Berliner Str. 102. Beginn 6 1/2 Uhr abends. Die Arbeiterhaft wird um Unterstützung beider Veranstaltungen gebeten.

SS. „Adler 12“. Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Weßberg, R. 56, Gaudstr. 6. Gäste willkommen. Am 29. August außerordentliche Sitzung. Erscheinen ist Pflicht! Anschriften zu richten an: Hans Tratz, R. 56, Gaudstr. 6.

Turnverein „Die Rotenfunke“. Ortsgruppe Berlin, Sprechst. Donnerstag, 28. August, pünktlich 8 Uhr. Gipsstr. 23. Probe für Frauen.

schwein. Jeder hat zu erscheinen, da Umkleehilfe für Körperbau nicht wenig ist.

Freie Turnerschaft Nordgruppe 4. Bezirk. Sonnabend, den 30. August, abends 8 Uhr, Gruppenübung bei Thiel, Stogly, Wredestraße, Ede Ringstraße. Rein Berlin darf fehlen und sind die Gruppenbeiträge mitzubringen.

Am Freitag erscheint der große **Paprika** die neue satirische Wochenchrift. Schläger Preis 30 Pfennig. Zu haben bei allen Zeitungsabnehmern.

KÖLNER MESSE

Der Großmarkt des Westens

HERBSTMESSE

Vorausweise für Einkäufer durch die Ortsvertretungen der Einzelhandelsverbände, die Handelskammern und die Verkehrsbüros.

14 - 19. Sept. 1924

Meizner Kinderwagen-Welthaus



10 Geschäfte **Andreas-Str. 23** am Platz

Wie im Frieden!
Feinste Massgarderobe
von 80.- G.-M. bis 130.- G.-M.
darunter feinste Kammgarns und Gabardine
bei Stoffgabe mit prima Zutaten 55.- G.-M.
Fritz Kuwalky, Berlin O. 27
Grüner Weg 26 - Alexander 4565.

Zähne 1.2 G.-M. Teilzahlung
auf
gestattet b. a. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecker Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Sensations-Angebot!!!
Herrenzimmer, Bibliothek, 2.10 m lang wirklich schwere moderne Bauart, innen Managon, mit schwerer Bildhauerarbeit. Mitte rund vorgebaut m. Kristallfaceten, besonders kompakter Schreibisch, komplett mit Tisch, Stühlen und Sessel, nur
Mk. 615.00.
Besichtigung führt zum Kauf.

Möbelhaus L. Hirschowitz,
nur Brunnenstr. 30.

Herrengarderoben
Albert Schenk
Köpenicker Straße 127,
hof rechts, kein Laden.
Neu eingeführt:
Damen-Gummi-Mäntel
Geöffnet 9-7 Uhr.
Nugentst!

KREDIT
Kleine Anzahlung
Gesamtlager in 4 Etagen
Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Knab- u. Kind-Anzüge
Tullen-Mäntel
Gummi-Mäntel
Sport- u. gestr. Hosen
Wundervolle Kostüme
Mäntel Kleider-
in besonderen Etagen
Möbel-Einrichtungen
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47

Bei kleinster Anzahlung und äußerst leichter, wöchentlicher oder monatlicher
Teilzahlung
kaufen Sie
MÖBEL
In gediegener Qualität
Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, Klubgarnituren, Einzelmöbel, Küchen, wie Schränke, Beistellen, Ruhebetten usw.
Billigste Preise!
Günstigste Kaufgelegenheit!
Gebr. Kassner
Bülowstraße 6, am Nollendorferplatz

Wenn Sie glauben
dass ein teuer ausgestatteter Löffel besser als ein aus Reicheffensen selbst hergestellter ist, so urteilen Sie nicht objektiv. Nicht Ausstattungs- und Preis - der innere Wert entscheidet. - In dieser Erkenntnis wurden jährlich Millionen überzeugt. Reicheffensen sind der Extrakt der gleichen edlen Stoffe, aus denen die ersten Löffelarten bestehen und ergeben Originalität edelster Art. Gleiches von Gleichem. Die Selbstbereitung mit Reicheffensen verschafft Ihnen ohne große Ausgaben den uneingeschränkten Genuss auch der sonst kostspieligsten Luxuslöffel. Erhältlich in Drogerien und Apotheken, echt aber nur mit Marke „Lichtberg“. Dr. Reichels Rezeptbuchlein daselbst umsonst oder kostenfrei durch **Otto Reichel, Berlin 43, S.O. 33, Eisenbahnstr. 4**

Elegante Anzüge 25 36, 55
auf Teilzahlung! 42, 68
Gummimäntel, Hosen konkurrenzlos billig. Modell-Anzüge u. Paletots nach Maß, aus modernsten Qualitätsstoffen, erstklassige Verarbeitung, garantiert guter Sitz, eigene Verarbeitung, daher rätselhaft billig. Teilzahlung gestattet. Gegen Legitimation werden die Sachen sofort ausgehändigt. Auf Wunsch kommt fachmännischer Vertreter ins Haus.
Scherzer & Broh, Andreasstr. 5
Ecke Breslauer Str. Am Schles. Bf. Tel. Königst. 6415

Ischias
Tüchtiges Haus- u. Wirtschaftspersonal meldet sich sofort auf eine **Kleine Anzeige im „Vorwärts“**

Für Hände und Haushalt.
Entfernt Fett, Farbe, Teer, Rost, Tinte und Fruchtflücke. Reinigt rasch und gründlich schmutzige Hände.
BESSER ALS JEDE SEIFE
KOKONA
REINIGER
Antiseptisch! **Großt die Haut nicht an!** Säurefrei!
Herstellerin: **Helmenwerk G. m. b. H., Berlin**
Magdeburger Str. 6, Fernspr.: Kurfürst 63 66
Thiamendorf (Kreis Krossen), Fernspr. Nr. 10

Achtung! Eine Intelligenz-Prob verbunden mit **Achtung!**
Wir suchen für unser Hustenpräparat **Primax-Verkauf.**
Bronchiol-Tabletten
als das führende, brutale Präparat gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhe und alle Erkältungskrankheiten **erhältlich in Apotheken und Drogerien** einen treffenden - das Präparat diegenden - gereinigten Zwerchfell, der sich leicht dem Vorkommen einträgt und eine oder mehrere Eigenschaften des Präparates wiederholt.
Es wird besonders darauf Wert gelegt, dass die Worte „Husten“ und „Heiserkeit“ mit Verstand und die Vorteile des Wirkstoffes herorgehoben werden. (Beispiel: „Bronchiol“ steht allseitig vor „Husten“ und „Heiserkeit“).
Die besten Einreibungen werden, wie folgt, prämiert:
I. Preis: 100,- Mark
II. „ 150,- „
III. „ 100,- „
10 Preispreis A 10,- „
20 „ 100,- „
oder 1 Dose Bronchiol-Tabletten.
Die prämierten Einreibungen werden unter Eigentum und Namen der Propagandawerke von uns verwendet werden. Einverständnis müssen bis spätestens 18. September 1924 in unserem Brief sein. Die Preisverteilung findet Anfang Oktober er. statt. - Die Aufhebung der Geschäftsleitung ist endgültig und unanfechtbar.
Pharmaceutische Abteilung der Westf. Essenzenfabrik, G. m. b. H., Dortmund.

An die **Bevölkerung Groß-Berlins**
Infolge der großen Geldknappheit ist heute jeder besonders verpflichtet, mit seinem schwer erworbenen Gelde sparsam umzugehen

Drei Mark sind heute viel Geld → **DEUTSCHES DREI MARK 1924**

Daher ist jeder verpflichtet, sich besonders vor Einkauf von Schuhwaren zu überzeugen, ob er auch wirklich billig kauft und vor allem, ob er **gut und billig** kauft.

Wie dem größten Teil der Berliner Bevölkerung bekannt ist, bringen wir infolge Kassaeinkaufs **Damen-, Herren- und Kinderschuhe** zu besonders billigen Preisen, so z. B. **Herrenstiefel, echt Rindbox 7.90, echt Boxcall 9.80, Orig. Goodyear Welt, moderne Formen, 12.50, Herren-Halbschuhe, prima R-Box und R-Chevreauspitze oder runde Form, erstklassiges Fabrikat 7.90, Orig. Goodyear Welt, echt Boxcall 9.80, Damen-Schuhe, echt R-Chevreau und Chromleder 4.90, braun echt Chevreau 5.90, echt Boxcall prima Material und prima Fabrikat, auf Rand gedoppelt und Maklay braun und schwarz 9.80. Moderne Schiebessange 7.90-9.80, Damen-Hausschuhe, Dirndlstoff, frische Farben, 95 Pf. Leder-Kladerstiefel, 18-20, 1.90. Größere Kinderstiefel billig. Wir bitten, unsere 17 Schaufenster zu besichtigen.**

Großdetail Schuh-Lokal Behrndt
Münzstraße 25, Frankfurter Allee 54, Kottbuser Damm 13.

3 Mark
3 Wochenrate
Baum & Co.
Gustav Kronleuchter Fabrik
Berlin C 34
Neue Schönhauser Str. 11

Gegründet 1890
Centralhaus modern. Herrenkleidung
Neue Friedrichstraße 35
oben der Zentralkirche
bietet an jedermann elegante **Herren-Garderoben**
1. Gesellschaft, Straße u. Sport artig u. nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 2 M. an
Große Auswahl neuester Stoffe!
Zuschneider und Werkstätten im Hause!
Kein Warenkredithaus!

Achtung
Händler, Kantinen und Gastwirte!
Ihren Bedarf in fast sämtlichen **Marken-Zigaretten, Zigarren, Kau- und Schnupftabaken** decken Sie am besten in der **Tabakwaren-Großhandlung S. Schönborg**, Prenzlauer Straße 46, vorn l. 1 Minute vom Alexanderplatz.

Der Fluch des Arbeiterlebens.

Der bekannte englische Geschichtsschreiber Thomas Carlyle erzählt in seinem 1843 erschienenen Werk „Vergangenheit und Gegenwart“ folgende Episode:

„Als ich an einem sonnigen Tag im letzten Herbst am Armenhaus von St. Joes in Huntington vorüberritt, sah ich auf hölzernen Bänken, im Angesicht ihres Gefährnisses und eingeschlossen von seiner Mauer, etwa fünfzig und mehr Männer sitzen. Große, harte Gestalten, die meisten jung oder in mittlerem Alter, in anständiger Haltung, viele von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehende Menschen. Sie saßen dort nahe beieinander, aber in eckiger Art von Betäubung, vor allem in einem Schweigen, das auffallend wirkte. Am Schweigen, denn — was sollten sie sagen? „Ringsherum liegt eine Erde, rufernd: Komm, grabe mich um, komm — ernte von mir. Und wir — sitzen hier verzaubert.“ In den Augen und auf den Stirnen dieser Männer lag ein düsterer Ausdruck, nicht von Verger, sondern vonummer und Scham, von mannsfähigem, unaussprechlichem Elend und Müdigkeit. Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an! Wir sitzen hier gefesselt — wir wissen nicht, warum. Die Sonne scheint, die Erde ruft — und die herrschenden Mächte und Unmächte verbieten uns, zu gehorchen. Sie sagen uns, es sei unmöglich.“ — In all dem lag etwas, das mich an Dantes „Hölle“ erinnerte, und ich ritt schnell weiter.“

Es gibt wohl kaum eine ergreifendere Schilderung der Arbeitslosigkeit, dieses Fluches des Arbeiterdaseins, als diese Darstellung des Dahinvegetierens starker, arbeitswilliger Männer im Armenhaus von St. Joes. Für Carlyle war diese Szene, die ihn an Dantes „Hölle“ erinnerte, eine Episode der Anfang der vierziger Jahre in England herrschenden Wirtschaftskrise. Für den Arbeiter der kapitalistischen Industrie ist sie ein Sinnbild seines gesamten Daseins. Gefeßt an die Maschinerie der modernen Industrie, ist er allen Widerprüchen und Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems ausgeliefert, für dessen Sünden und Fehler er am schwersten zu büßen hat. Außerstande, sie zu beseitigen, solange das kapitalistische System besteht, wird er zwischen Unsicherheit und Furcht hin- und hergeworfen und in Perioden langwährender Wirtschaftskrise in den Abgrund völliger Hoffnungslosigkeit geschleudert.

Ueber die schreckliche Furcht im Leben der Arbeitslosen schreibt Henry W. Robinson, anknüpfend an Carlyle, in der englischen Zeitschrift „New-Reader“:

„Als einer, der oft genug krankenlernte, was Arbeitslosigkeit bedeutet, der oft genug voll Angst gewesen ist, kann ich wohl sagen, daß die Furcht eine der schlimmsten Prüfungen für die Menschen ist. Furcht und ihre Schwester — Unsicherheit — immer voll Angst sein um die nächste Zukunft, immer im Zweifel leben, was jetzt wieder geschehen wird, immer unsicher sein, was man tun, wofür sich wenden soll, das ist eine Qual, mit der verglichen die Ratten der Inquisition sanft waren! Aber es gibt noch schlimmere Fliegen, die der Arbeitslose erdulden muß. Wenn wir nochmals den Satz Carlyles: Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an!“ Er las im düsteren Ausdruck dieser Arbeitslosen keinen Verger — aber Nummer und Scham. Es ist die Scham, die am tiefsten leidet. Es ist die Scham der Arbeitslosigkeit in einer geschäftigen Welt, und aus ihr entsteht Verwahrlosung und Verlust der Selbstachtung. Das war es, warum der Blick dieser ehrlichen Arbeiter zu sagen schien: „Sieh uns nicht an.“

Der Wunsch nach Arbeit, nach „irgendetwas zu tun“, wurzelt tief in jeder Menschennatur. Ein Arbeitsloser, den sie von der Werkstätte fortgeschickten, sagte einst zu mir: „Meine Hände schmerzen nach Arbeit! Sie schmerzen wie die Brust einer Frau, wenn sie einen Säugling vor Hunger schreien hört!“ Was ist das für ein Unfug, wenn wir die Unwissenheit in ihrer überhebenden und spöttischen Art reden hören: „Ach, die Arbeitslosen! Sie werden nie aufhören, arbeitslos zu sein, solange sie in Faulheit von ihrer Rente leben können.“ Ich glaube nicht, daß auch nur fünf Prozent der Arbeitslosen es vorzögen, in Untätigkeit von einer Rente weiterzuleben. Sieh die nur den Mann an, der außer Arbeit war und während einiger Wochen „kummelte“ und darum kämpfte, sich und die Seinen von der Rente durchzubringen. Wir werden an ihm dieselben Zeichen der Verzweiflung finden, wie Carlyle bei den Arbeitslosen von St. Joes, dieselbe Stumpfheit und dasselbe Schweigen, derselbe düstere Ausdruck von Nummer und Scham und Müdigkeit, derselbe Blick, der zu sagen scheint: „Sieh mich nicht an!“ Und dieser Verfall von Geist und Charakter ist mit körperlichem Verfall verknüpft, so daß, wenn endlich Arbeit für ihn kommt, er sie kaum übernehmen kann. Nach wenigen Minuten muß er aufhören, er kämpft um Luft und kann nicht weiter.“

Man kann nicht eindringlich genug auf diese verheerende Wirkung der Arbeitslosigkeit auf Körper und Geist des Arbeiters hinweisen. Für die meisten bürgerlichen Politiker und die gesamte Unternehmerpresse bestehen diese Probleme nicht. Für sie erschöpft sich der Inhalt der Sozialpolitik in der Forderung der völligen Beseitigung des Arbeitslosenstandes und der Herauspressung von Mehrarbeit aus der Arbeiterschaft — trotz der täglich wachsenden Millionenarmee der Arbeitslosen in Deutschland.

Anders jedoch stehen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, als die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft, der Frage der Arbeitslosigkeit gegenüber. Für sie ist die zentrale Frage der Wirtschafts- und Sozialpolitik, hinter der alle anderen zurücktreten müssen. Es darf nicht geschehen, daß die Arbeiterklasse aus dem Schützengraben des Krieges nun in den Schützengraben der Arbeitslosigkeit hineingetrieben wird. Es darf nicht geschehen, daß die Masse der werteschöpfenden Arbeiter nun, nach allen Opfern der letzten Jahre, auch noch die Zeche bezahlt für eine sinnlose Wirtschaftspolitik und die letzten Reste ihrer sozialpolitischen Errungenschaften preisgibt, weil eine eigenrührige

und kurzfristige Unternehmerkaste sich jahrelang einem wüsten Spekulationssturm hingab, statt die Produktion rationaler und wirtschaftlicher zu gestalten.

Im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit, diese Geißel des Arbeiterlebens, gibt es keine Sonderinteressen der einen oder der anderen Kategorie der Arbeiterschaft. Nichts verhängnisvoller als die Taktik der Kommunisten, die die Arbeitslosen gegen die in Arbeit stehenden auszuspielen und sich ihre Verzweiflungsstimmung zunutze machen, um die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei herunterzureißen. Ein solches Treiben ist Selbstmord! Nur wenn alle Arbeiter fest zusammenstehen, kann durch gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum auch den Arbeitslosen geholfen werden. Nur wenn die große Masse der Arbeiterschaft aus ihrer Gleichgültigkeit herausgeht und energisch die zielbewußte, mit den realen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen rechnende Politik der Sozialdemokratie unterstützt, können allgemeine Zustände geschaffen werden, die die Zahl der Arbeitslosen vermindern und die Summe des Elends verringern, die das kapitalistische System ihnen auferlegt. Stärkung der Gewerkschaften und Stärkung der Sozialdemokratischen Partei bedeutet deshalb auch Arbeit im Interesse der Arbeitslosen, bedeutet die beste und zweckmäßigste Unterstützung jener Tausenden, die durch die herrschende Wirtschaftskrise der Mutlosigkeit und der Verzweiflung ausgeliefert werden.

Schulzoll!



Aleingarten? — Pachtvertrag? — Is nich mehr, mein Lieber! — Jetzt wird wieder Roggen gebaut!

Fabrikator vor Feierabend.

Gespräche mit Arbeiterinnen.

Ueber den grauen Häusern des Ostens blüht ein großer Laubenschwamm, sich zerleitend und wieder findend, eben noch an eine dunkle Wolke gemahnend, dann schon wieder von albrigem Glanze schimmernd, wie eine Verheißung.

Die Hochbahnzüge brausen hin und wieder ein und aus. Dort unten das vielstellige Bahnhofs der Warschauer Straße und weiter hinaus die vielen Mietkasernen, die im ewigen Wechselstrom ihre Menschen zur Fabrik, zu den Warenhäusern und Kontoren und wieder zu sich und wieder zurück strömen lassen.

Es ist halb vier Uhr nachmittags. Wenige Menschen auf der Straße. Vergeblich ruft eine alte Frau nach ihrer Mittagszeitung aus. Sie klammert sich noch an den Mittag, obwohl es bald Abend ist. Sie will leben. Ich komme ins Gespräch mit ihr, frage sie, wann Feierabend bei „D's riam“ ist. O, sie weiß gut Bescheid. Siebzehn Jahre war sie dort als Reinemachefrau. „Ja, vor dem Kriege ist es besser dort gewesen. Aber jetzt, bei den 30 Stunden Arbeit mit fünf Mark nach Hause gehen, bei den 24 bis 26 Pfennigen für die Stunde, das reicht nicht her und hin. Und am frühen Morgen, um 4 Uhr aufstehen. Ja, wenn noch durchgearbeitet würde, 48 Stunden. Aber dann gäbe es wieder eine Abendschicht von 45 bis 8 Uhr abends. Ja, ich war siebzehn Jahre dort. Im Sommer, wo es noch viel zu tun gab, da wurde alle Augenblicke eine ohnmächtig. Diese Hitze auch, und das ins Feuer sehen. Da kriegen die Mädchen schlechte Augen. Und die Fenster zu, die Säle gepropft voll damals, das Gasfeuer und draußen die Hitze — das kann man sich ja denken.“

„Ja, ja, siebzehn Jahre war ich dort, als Reinemachefrau,“ ist wieder ihr Refrain. Ein Leben voll Mühe und Arbeit, still und tapfer getragen zieht an einem vorüber. Was war vor den 17 Jahren, welche Geschichte — ein wenig Jugend, ein wenig Glück und dann da und dort gearbeitet — vielleicht verheiratet, wirtschaftlicher Druck und dann der letzte Refrain, der sich ihr einprägte: „Siebzehn Jahre war ich dort.“

An einer Ecke von „D's riam“ steht eine ältere Verkäuferin. Jahrelang schon hat sie dort ihren Platz inne. Das Geschäftchen geht schlecht. So wenig Verdienst zieht bei den Leuten. Es reicht kaum aus. So viele Entlassungen gab es dadrin. Ja, wenn man Geld beläme, sie wollte mehr Aufmachung bringen. Nicht nur so ein Körbchen voll. Und lockende Bilder gaulen an ihr vorüber. Doch das Geld ist knapp. Kein Geld mehr unter den Leuten. Wer welches hat, der rückt nicht raus, und die anderen... Auf einmal sieht sie mich an. Biegsam passieren doch noch Wunder. „Ich bin ehlich, auf Heller und Pfennig zahlte ich Darlehen zurück.“ Doch der Traum zerrinnt, denn für mehr als ein paar Zigaretten langt es auch bei mir nicht.

Es ist bald 45. Ein großer Teil drinnen muß bis fünf Uhr bleiben. Der Betrieb braucht eine Pflanzstunde oder Ueberstunde in den mehr beschäftigten Abteilungen. Vor dem Tore sammeln sich die Reinemachefrauen für die Spätschicht. Gestalten dabei, die ergreifen müssen. Berührt, blassgelb und eingefallen. Hungrige, dunkelumschattete Augen. Knöchrige, verarbeitete Hände. Jemandem bringt für jemand von der Zeitung Essen von draußen. Wierige Blicke. Spitze Worte. „Die können sich mästen!“ „Natürlich. Sollten mal leben wie wir.“ „Die paar Pfennige!“ „Ich bin 15 Jahre da, ich kriego einen Pfennig mehr die Stunde.“ „Zusammenhalten!“ „Mehr Lohn verlangen!“ „Ja, Ihr habt gut gesprochen.“ „Wenn wir gar nichts mehr haben. Kausgeschmissen!“ „Jehn andere schieden sich die Finger danach.“ „Es reicht nicht her, nicht hin, aber immerhin was.“ Und gebückte, armselige Gestalten ducken sich noch tiefer aus Angst vor dem Nichts.

Und die Mädchen, wie verdienen die? „Meine Tochter kommt mit 12 Mark nach Hause.“ „Manche haben 15 Mark, manche 18 Mark, ein paar schinden sich im Afford bis 22 Mark.“ „Der Stundenlohn beträgt ja auch nur an 24 bis 27 Pfennige.“ „Wie sollen sich die Mädchen was anschaffen?“ Am Leib hungern müssen sie sich ihr Sommerfädchen und ihre Schuhe.

Ältere Männer karren eine Kiste von einem Fabrikgebäude zum anderen. „Ja, die sind lange hier. Die haben es gut.“ „Die Mädchen sind bald abgenutzt.“ „Das braucht stinke Finger, scharfe Augen.“ „Ach, sucht Euch was anderes!“ „Aber die Männer do: Mit dem Kinderwagen rein, mit dem Leichenwagen raus.“

„Dort kommt ein Betriebsrat, mit dem mühten Sie mal sprechen.“ Ein Teil der Belegschaft verläßt die Fabrik. Zu beiden Seiten steht ein Portier. Die Wappen und Marktaschen werden abgeholt. Viele junge Mädchen dabei. Unterernährt. Strophulös. Reiz geteilt. Das hübsche Sommerkleidchen aus billigem Stoff oder Frotte, man sieht es bei den meisten, ist vom Munde abgespart. Das hübsche Kleiderversteck so bitter erdarbt. Die Sorge um Essen und Kleidung, und nochmals Essen und Kleidung, und ab und zu noch das Lachen über einen schönen Abend, darum dreht sich ihre Welt. Und ich denke an Heinrich Heine, an seine „Suppenlogik mit Knädelgründen“, die in die hungrigen Mägen zuerst Eingang finden müsse...

Und die Gewerkschaft? Die Moskauer Spaltungspolitik hat unendlichen Schaden gestiftet. Dieses Schimpfen auf die „gelben Amsterdamer Betrüger“ ließ die Drückerberger von der einen Seite und manche ehliche Rabikale von der anderen abspringen. Und dann diese grausige Zeit der Inflation. Eben glaubte man noch, das Geld reicht für ein Brot und schon schrumpfte es zu einer Brotschmitze zusammen! Und dann die schlechten Goldmarktarife, die der abgekämpften, in sich uneinigen Arbeiterschaft aufgezwungen wurden...

„Es muß doch einmal anders kommen,“ sagt eine Arbeiterin. Und eine andere: „Benigstens kann man jetzt eintreten, wenn es auch an allen Ecken und Kanten fehlt.“

„Der Dawes-Plan!“ Ein paar Männer lassen das Wort hochfliegen wie eine Rakete. „Und dann der Schulzoll.“ „Wir müssen doch wieder alles ausbaden.“ „Ja, wenn wir Arbeiter einig wären.“ „Wir sind ja doch wieder die Dummen.“ Und die Frauen horchen hin und her und seufzen: „Ach, wenn es nur besser würde.“ Ihre Nerven sind erschöpft, vollständig erschöpft von den furchtbaren Kriegsjahren, den Zuständen der Revolution und den Jahren der Inflation. Sie sind zermürbt von der übermenschlichen Belastung.

Und die jungen Mädchen verbüßen, kaum daß sie recht aufgeblüht waren. Nur da und dort ein helles Lachen, das siegreich trotz allem sich erhebt...

Und in den Strohen der Reichen Glanz und Luxus. Mit lässiger Hand in einer Luxusdiele für ein paar Stunden Prossen und Großtum Geld herausgeworfen, was manche Mädchen hier im ganzen Jahre verdienen. Lavengiangirls. Neueste Moden. Jazzband. Blasierte Gesichter. Welch eine andere Welt, die aus dem Herzblut der Menschen hier, aus ihren nicht gelebten Freuden, aus der Arbeit ihrer fleißigen Hände immer noch ihren tollen Hegenabbath feiern kann. Wie lange noch?

Denn es ist wirklich kein Anlaß zum Schwarzsehen! Es war eine Freude, sich mit den Betriebsräten zu unterhalten und mit der Betriebsrätin. Wie sie kampffroh in die Zukunft sehen und den gewerkschaftlichen Boden wieder beackern, denn der gewerkschaftliche Gedanke nimmt wieder zu.

Es geht langsam, aber sicher wieder aufwärts, das war das fast allgemeine Gefühl. Freilich muß die Arbeiterschaft sich erst ein wenig erholen. „Erst müssen wir wieder Nimm in den Knochen haben,“ sagte mir ein Arbeiter. Und er hat recht. Hunger und Elend, sie zermürben, aber bauen nicht auf und ihre Verzweiflungsausbrüche sind von kurzer Dauer. Und wer in Rechnung zieht, was die deutsche Arbeiterklasse über sich ergehen lassen mußte, der kann nur verwundert sein, noch so viel Kampfsgeist vorzufinden. Die Stabilisierung brachte zugleich eine verjüngte Kampfkraft für die Gewerkschaften und die Partei und je mehr die wirtschaftliche Lage sich bessert, um so mehr wird die Position der Arbeiterklasse sich stärken.

Und wenn jetzt die Kommunisten nach ihren Gepflogenheiten ein neues „revolutionäres“ Brillantfeuerwerk ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse entfachen wollten, hieße das unverantwortlich die letzte Kraft der deutschen Arbeiterklasse verpuffen.

Die nächste Zeit geht um Suppentopf, Brotkorb, Kleiderliste und Wohnung. Ist erst diesen Fragen ein Teil ihrer qualenden Schwere genommen, wird die Arbeiterklasse wieder ihren Gesichtstreis weiten und zu neuen Kämpfen stürmen können.

Und aus den Fabriktoren werden frohere Menschen strömen, denen nach ihrer Arbeit das Wort „Feierabend“ nicht mehr wie ein höhn Klingen muß. Bruno Schönianz.

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA Henkel's putz- und Scheuermittel)

